

### **3. Vertrieb amtlicher Pressenachrichten von den europäischen Kriegsschauplätzen: von der antinapoleonischen Koalition zu nationalen Unabhängigkeiten?**

Die Untersuchung geht im dritten Teil der Frage nach, wie sich der Bund gegen Napoleon formierte und wie die einzelnen Nationen ihre Unabhängigkeit bewahrten. Auskunft über die Koalitionsbildung geben vor allem die tagesaktuelle Berichterstattung und zeitnah veröffentlichte amtliche Dokumente, die sich an ein breites Publikum richteten. Die Darstellung des Koalitionsaufbaus folgt der Chronologie der Staatenbeitritte während der Kriegsmonate 1813/14. Der Bund erweiterte sich infolge des Vormarsches der Alliierten auf dem Kontinent ausgehend von Russland in Richtung Frankreich. Die abgedruckten Informationen über die Allianzentscheidung eines europäischen Staates werden gebündelt, in chronologischer Reihenfolge zusammengefasst und in ihrer Besonderheit vorgestellt. Im Idealfall charakterisierten fünf Schritte den öffentlichen Bündnisbeitritt eines europäischen Staates: Erstens kündigten die alliierten Militärs in Aufrufen den Eintritt in fremdes Gebiet vorab an. Zweitens machten die Verbündeten die gegnerische Zivilbevölkerung in Proklamationen mit den Argumenten für einen Bündnisanschluss und für einen Kriegseintritt auf Seiten der Koalition vertraut. Drittens verkündete ein Regierungsvertreter den Bündniswechsel seines Staates zugunsten der Allianz und erklärte Frankreich den Krieg. Viertens regelten Verordnungen eines Beitrittsstaates die Organisation von Kriegsfreiwilligen im Innern. Fünftens bemühten sich die Koalitionsmitglieder durch amtliche Anweisungen, die administrativen Einrichtungen in ihren Heimatländern zu erneuern. Weil die Verbündeten für die Nachrichten-distribution über die Bündniserweiterungen verantwortlich blieben, erhielten die Leser nur geringen Einblick in vorhandene Interessenkonflikte zwischen den europäischen Regierungen – vor allem den Entscheidungsträgern aus Russland, Österreich und England. Sie konnten nur Überblickswissen über die Entwicklung der erfolgreichen Staatenverbindung sammeln.

#### **3.1. Die Fortsetzung des russischen Verteidigungskrieges Alexanders I. gegen Frankreich in Europa**

Den Beginn der antinapoleonischen Allianz markierte für die deutschen Kriegsbericht-erstatte der Entschluss des russischen Kaisers Alexander I., den Krieg gegen die Fran-zosen nach dem gescheiterten Russlandfeldzug Napoleons vom Winter 1812 über die

russischen Grenzen hinauszutragen.<sup>1</sup> Eine intensive Pressekampagne der russischen Generalität begleitete die Ausdehnung des Kriegsschauplatzes nach Europa. Sie bildete die Grundlage für die Meinungsbildung des deutschen Publikums. Amtliche Dokumente definierten den Kampf des russischen Kaisers als einen europäischen Kampf für den Rückerhalt nationaler Unabhängigkeit von Napoleon und staatlicher Souveränität. Das strategische Problem der russischen Regierung, potenzielle Bündnispartner aus den noch existierenden französischen Bündnisssystemen herauszulösen, wurde durch die abstrakte Formulierung der russischen Kriegsziele verschleiert.

### 3.1.1. Die Selbstdarstellung und Fremdwahrnehmung Russlands als Befreier Europas und der deutschen Nation

Die Initiative des Zaren vom Winter 1812, den Krieg gegen Napoleon in Europa fortzuführen,<sup>2</sup> erhielt im Vergleich mit dem russischen Truppeneinsatz gegen die Türkei<sup>3</sup> und Persien<sup>4</sup> zunächst besonders breite publizistische Aufmerksamkeit. Als Motiv für die Kriegsinitiative Alexanders I. benannten die Pressemänner nicht machtpolitische oder territoriale Interessen,<sup>5</sup> sondern für sie begründete Napoleons verfehlte Europapolitik während der vergangenen Jahre allein den Beginn der Kampagne.<sup>6</sup>

Um die Kriegsziele Alexanders I. über die Grenzen des Zarenreiches hinaus bekannt zu machen, hatte die russische Militärführung bereits um die Jahreswende 1812/13 begon-

---

<sup>1</sup> Vgl. Eich 1986, S. 13ff, 101ff.

<sup>2</sup> Neben dem militärischen Vorgehen bemühte sich die russische Regierung gleichzeitig auch darum, auf diplomatischem Weg neue Bündnispartner zu finden. Vgl. Rückblicke auf einige der wichtigsten Ereignisse des Jahres 1812. In: KRO, 1813, H. 1.1, S. 31; o.T. In: PC, 5.4.1813, H. 3, S. 4; Ausländische Angelegenheiten. Dänemark. In: DDB I, 18.4.1813, H. 4, S. 3; Historische Darstellungen einzelner Ereignisse des Krieges. In: AM, 1813, H. 1, S. 137f; Uebersicht der neuesten Vorfälle. In: RDVB, 4.5.1813, H. 15, S. 6; Inländische Angelegenheiten. Bremen, den 28. April. In: Beilage DDB II, 30.4.1814, H. 67, S. 1; Eich 1985, S. 76ff.

<sup>3</sup> Vgl. Bulletins der kaiserlich-russischen Armee. In: AM, 1813, H. 1, S. 6; Rückblicke auf einige der wichtigsten Ereignisse des Jahres 1812. In: KRO, 1813, H. 1.1, S. 9f.

<sup>4</sup> Vgl. o.T. In: RDVB, 17.4.1813, H. 8, S. 2; Persien. In: PC, 21.4.1813, H. 12, S. 7; o.T. In: PC, 22.12.1813, H. 152, S. 2; Europa zu Anfange des Jahres 1814. In: KRO, 1814, H. 5.1, S. 106f; Uebersicht der neuesten Zeitgeschichte. In: RM, 17.3.1814, H. 28, S. 3; Rußland. In: TB I, 17.3.1814, H. 31, S. 133.

<sup>5</sup> Vgl. Eich 1986, S. 101ff; Sellin 2001, S. 42ff.

<sup>6</sup> Vgl. Europa zu Anfange des Jahres 1814. In: KRO, 1814, H. 5.1, S. 107f; Inländische Angelegenheiten. Genauer Bericht über das Treffen in und bey Lüneburg. In: DDB I, 13.4.1813, H. 2, S. 1f; Beiträge zur Geschichte des letzten Feldzugs. Uebersicht des Rückzugs der französischen Armee in Rußland, von einem russischen General. In: DDB I, 25.4.1813, H. 9, S. 3f; Der Feldzug von 1813 bis zum Waffenstillstand. In: AM, 1813, H. 2, S. 155f; Hillgruber, Andreas: Formveränderung in der Koalitionsführung in der Epoche 1792/1815 – ein Aufriß. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, Jg. 1966, H. 17, S. 276.

nen, Proklamationen herauszugeben.<sup>7</sup> Ein Teil der abgedruckten Erklärungen richtete sich an die eigenen Truppen. Die Armeebefehle des Generals Peter Graf von Wittgenstein vom 6./12. Dezember 1812<sup>8</sup>, des Generals Michail Fürst Kutusow von Smolensk vom 21. Dezember 1812<sup>9</sup>, Zar Alexanders I. aus Wilna vom 6. Januar 1812<sup>10</sup> sowie die Rede des Generalsuperintendenten aus Lyk vom 21. Januar 1813<sup>11</sup> forderten die Soldaten auf, den erfolgreichen Kampf um die russische Souveränität als einen Krieg für die Unabhängigkeit aller europäischen Nationen von Frankreich fortzuführen. Ein anderer Teil der russischen Aufrufe wandte sich direkt an die Zivilbevölkerung der zu besetzenden Gebiete des alten deutschen Reiches und spezifizierte die russischen Kriegsziele.<sup>12</sup> Deklarationen mit Titeln wie „An das deutsche Volk“<sup>13</sup>, „Aufruf an die deutschen Fuersten“<sup>14</sup>, „An die Deutschen“<sup>15</sup>, „Aufruf an die Deutschen, sich unter den Fahnen des Vaterlandes und der Ehre zu sammeln“<sup>16</sup>, „Liebe deutsche Jünglinge und Männer[...]“<sup>17</sup> und „Aufruf zur allgemeinen Bewaffnung“<sup>18</sup> erläuterten, dass die

<sup>7</sup> Vgl. Eich 1986, S. 108ff, 130f; Sellin 2001, S. 55.

<sup>8</sup> Vgl. Armeebefehl, den 3/15 December. In: AM, 1813, H. 1, S. 204ff; Armee-Befehl, den 3/15 Dezember. In: RT, 1813, H. 1, S. 92ff; Aufruf der Russen an die Preußen. In: ND, 1813, H. 1, S. 21f.

<sup>9</sup> Vgl. Des Fürsten Kutusow Befehl an die russische Armee. In: AM, 1813, H. 1, S. 195ff; Des Fürsten Kutusows Befehl an die Armee. In: RT, 1813, H. 2, S. 31ff; Des Fürsten Kutusows Befehl an die russische Armee. In: MG, 1813, H. 1, S. 34f.

<sup>10</sup> Vgl. Befehl Sr. Majestät des Kaisers Alexander am Tage vor dessen Abreise von Wilna, den 6. Januar 1813, an die russischen Truppen. In: AM, 1813, H. 1, S. 193f; Befehl, Sr. Majestät des Kaisers Alexander am Tage vor dessen Abreise von Wilna, den 6ten Januar 1813 an seine Truppen. In: RT, 1813, H. 1, S. 95f; Befehl Sr. Majestaet des Kaisers Alexander am Tage vor dessen Abreise von Wilna, den 6ten Januar 1813, an die Truppen. In: MG, 1813, H. 1, S. 33; Armeebefehl am Tage vor der Abreise des Russischen Kaisers aus Wilna. In: ADA, 1814, H. 1, S. 44.

<sup>11</sup> Vgl. Anrede des General-Superintendenten Gisevius an den Kaiser Alexander, bei dessen Ankunft zu Lyk, den 21. Januar 1813. In: MG, 1813, H. 1, S. 36; Rede des Superintendenten Gisevius in Lyk an den Kaiser Alexander. In: RT, 1813, H. 2, S. 12f.

<sup>12</sup> Vgl. Inlaendische Angelegenheiten. Die Fortschritte der Russen. In: DDB I, 15.4.1813, H. 3, S. 1; o.T. In: RDVB, 6.4.1813, H. 3, S. 1; Beschluß des im vorigen Stück abgebrochenen Aufsatz'. In: RDVB, 24.4.1813, H. 11, S. 4; Historische Darstellungen einzelner Ereignisse des Krieges. Darstellung der preußisch-russischen Campagne im Jahre 1813. In: AM, 1813, H. 1, S. 137f; Eich 1985, S. 108ff, 128ff; Graf, Gerhard: Gottesbild und Politik: eine Studie zur Frömmigkeit in Preussen während der Befreiungskriege 1813-1815. Göttingen 1993, S. 19.

<sup>13</sup> Vgl. An das deutsche Volk. In: MG, 1813, H. 1, S. 64ff.

<sup>14</sup> Vgl. Aufruf an die deutschen Fuersten. Aus dem russischen Lager. In: MG, 1813, H. 1, S. 94ff; Aufruf an die deutschen Fürsten. Aus dem russischen Lager. In: JAN II, 1814, H. 2.2, S. 141ff.

<sup>15</sup> Vgl. An die Deutschen. In: MG, 1813, H. 1, S. 60ff; Aus dem Hauptquartier Dessau ist folgende Bekanntmachung erlassen: An die Deutschen. In: PC, 5.5.1813, H. 20, S. 1f.

<sup>16</sup> Vgl. [Arndt, Ernst Moritz]: Die Glocke der Stunde. In: MG, 1813, H. 2, S. 36ff; E[rnst].M[oritz].A[rndt].: Die Glocke der Stunde in drei Zügen. In: RT, 1813, H. 3, S. 10ff; E[rnst].M[oritz].A[rndt].: Die Glocke der Stunde in drei Zügen. In: RT, 1813, H. 4, S. 7ff; E[rnst].M[oritz].A[rndt].: Die Glocke der Stunde in drei Zügen. In: RT, 1813, H. 5, S. 19ff.

<sup>17</sup> Vgl. Russische allgemeine Aufforderungen. In: ND, 1813, H. 1, S. 31f; Der Kaiserl. Russische General Graf von Wittgenstein an die Deutschen. In: MG, 1813, H. 1, S. 117f.

<sup>18</sup> Vgl. Des Kaiserl. Russischen General Grafen von Wittgenstein Aufruf zur allgemeinen Bewaffnung. In: MG, 1813, H. 2, S. 179; Aufruf zur allgemeinen Bewaffnung. In: RDVB, 10.4.1813, H. 5, S. 4ff.

Truppen Alexanders I. außerhalb der russischen Grenzen für den Rückgewinn der deutschen Freiheit gegen Napoleon kämpften. Die russischen Absichtserklärungen erweckten die Erwartung, dass die Deutschen durch einen Kriegseintritt auf russischer Seite ihre Nation erneuern könnten.<sup>19</sup>

Die Redlichkeit der Kriegsziele Alexanders I. bewiesen dem deutschen Publikum die Meldungen über das mustergültig friedfertige Verhalten der russischen Soldaten gegenüber der preußischen Zivilbevölkerung.<sup>20</sup> Gerade die russischen Kosaken, die bislang in Europa als „Barbaren“ gegolten hatten,<sup>21</sup> erschienen nunmehr als Überbringer der lang ersehnten nationalen Freiheit.

### 3.1.2. Die Schilderung der Einnahme Warschaus durch russische Truppen

Das Herzogtum Warschau, eine Staatenstiftung Napoleons, gewann während der ersten Kriegsmonate 1813 in den deutschen Gazetten an Bedeutung, als die russischen Soldaten durch das Warschauer Gebiet in Richtung Preußen zogen.<sup>22</sup>

Einzelne Aufrufe der russischen Generalität, die den Vormarsch russischer Truppen in den ehemals polnischen Gebieten vorbereiteten,<sup>23</sup> konnten deutsche Leser im übersetzten Wortlaut rezipieren. Die russischen Erklärungen entkräfteten alle Hoffnungen und Gerüchte, dass das Königreich Polen wieder errichtet würde,<sup>24</sup> und regelten die administrative Übernahme des Herzogtums. Alexander stellte in seiner Proklamation vom 24. Dezember 1812 allen Polen Straffreiheit in Aussicht, wenn sie der Warschauer Regierung ihren Gehorsam aufkündigten und sich der russischen Armee anschlossen.<sup>25</sup>

---

<sup>19</sup> Vgl. Der Herausgeber an das Publicum. In: RDVB, 1.4.1813, H. 1, S. 2; o.T. In: Beilage RDVB, 3.5.1813, H. 2, S. 7; Bulletin. Hauptquartier Stralsund, den 5ten Juni 1813. In: PC, 10.6.1813, H. 41, S. 2; Beleuchtung und Widerlegung eines schändlichen Libells des geheimen Justizrathes Crome in Gießen. In: NF, 1813, H. 2, S. 186; Zeune [August]: Elsaß und Lothringen für Deutschland durchaus nothwendig. Ausspruch Friedrichs des Zweiten. In: DB II, 28.5.1814, H. 137, S. 33f.

<sup>20</sup> Vgl. Uebersicht über die neuesten Vorfälle. In: RDVB, 29.4.1813, H. 13, S. 4; Hamburg, den 15ten April. In: PC, 19.4.1813, H. 11, S. 4; Auszüge aus eingelaufenen Briefen. In: RDVB, 4.5.1813, H. 15, S. 5; o.T. In: PC, 6.6.1813, H. 41, S. 2.

<sup>21</sup> Vgl. Der Kriegsschauplatz. In: PC, 2.4.1813, H. 1, S. 2; o.T. In: RDVB, 20.4.1813, H. 1, S. 7; Uebersicht über die neuesten Vorfälle. In: RDVB, 27.5.1813, H. 25, S. 7.

<sup>22</sup> Vgl. o.T. In: RDVB, 1.4.1813, H. 1, S. 6f.

<sup>23</sup> Vgl. Der Kaiserl. Russische General fordert, dass die Deputation der Stadt Warschau, aus allen Staenden zusammengesetzt, sich zu ihm begeben, und die Schlüssel der Stadt mitbringe. In: ADA, 1814, H. 1, S. 159; Bekanntmachung des Kaiserl. Russischen Oberfeldherren Fuerst Kutusow an die Praefecten und Beamten des Herzogthums Warschau. In: ADA, 1814, H. 1, S. 110f.

<sup>24</sup> Vgl. Schreiben aus Warschau. In: RT, 1813, H. 4, S. 70ff.

<sup>25</sup> Vgl. Kaiserlich Russisches Manifest, betreffend die General-Amnestie fuer alle Einwohner der ehemals Polnischen, jetzt Russischen, Provinzen. In: ADA, 1814, H. 1, S. 29f; Amnestie proclamirt vom Kaiser Alexander für die Bewohner der ehemals Polnischen, jetzt russischen Provinzen. In: RT, 1813, H. 2, S. 27ff; Amnestie, proklamirt vom Kaiser Alexander für die Bewohner der ehemals polnischen, jetzt

Nachträglich legitimierte eine Proklamation, die unter dem Titel „Die Bürger Warschau an ihre im Felde stehenden Mitbrüder“ publik wurde, die russische Kriegsinitiative. Sie rief die noch in französischen Diensten stehenden polnischen Soldaten zur Desertion auf. Sie sollten nicht länger gegen ihre eigenen Landsleute und die Interessen Europas kämpfen.<sup>26</sup> Meldungen, dass polnische Freiwilligenverbände sich unter russischer Führung zusammenfänden,<sup>27</sup> bestätigten zudem die Akzeptanz der Okkupation. Die deutschen Zeitungsmacher billigten die russische Besatzung des Herzogtums Warschau.<sup>28</sup> Niemand reflektierte, dass der Zar von Russland vor der französischen Invasion nicht der alleinige Regent dieses Territorium gewesen war. Eine rechtliche Begründung für die Annexion bestand nicht.<sup>29</sup>

### **3.2. Die öffentliche Suche des Zaren nach Bündnispartnern für seinen Feldzug gegen Napoleon und für die Freiheit Europas**

Den Vormarsch russischer Truppen in nordwestdeutschen Gebieten bereiteten die deutschen Redaktionen seit März 1813 durch die Edition weiterer russischer Aufrufe vor. Einige Manifeste richteten sich speziell an die Bevölkerung des Königreichs Preußen, der ehemals deutschen Territorien des Königreichs Westfalen, der Hansestädte und des Königreichs Sachsen. Andere Erklärungen waren an alle Deutschen adressiert. Der Zar stellte all denjenigen den Rückerhalt von Freiheitsrechten in Aussicht, die sich an der russischen Kriegsinitiative beteiligten. Deutsche Fürsten, die sich zu einem Bündniswechsel entschlossen, edierten ihrerseits eigene Proklamationen für ihre Untertanen, in denen sie ihren Kriegseintritt mitteilten. Die Hintergrundgespräche zwischen Repräsentanten Russlands und deutschen Regenten blieben dem Publikum genauso verborgen wie die Inhalte eingegangener Bündnisvereinbarungen. Dagegen bemühten sich die

---

russischen Provinzen. In: MG, 1813, H. 2, S. 117ff; Narocnickij, Aleksey L.: Rußland und die napoleonische Hegemonialpolitik: Widerstand und Anpassung. Aus: Aretin, Karl Otmar Freiherr von; Ritter, Gerhard A. (Hrsg.): Europa zwischen Revolution und Restauration 1797-1815. Drittes Deutsch-Sowjetisches Historikertreffen in der Bundesrepublik Deutschland. München, 13.-18. März. Stuttgart 1987, S. 180.

<sup>26</sup> Vgl. Die Bürger Warschau an ihre im Felde stehenden Mitbrüder. In: RT, 1813, H. 4, S. 67ff; Die Bürger Warschau an ihre im Felde stehenden Mitbrüder. In: MG, 1813, H. 2, S. 119f.

<sup>27</sup> Vgl. o.T. In: RDVB, 13.4.1813, H. 6, S. 3; o.T. In: PC, 26.4.1813, H. 15, S. 7; Auszüge aus eingelaufenen Briefen. In: RDVB, 27.4.1813, H. 12, S. 2f; Ausländische Angelegenheiten. Polen. In: DDB I, 30.4.1813, H. 12, S. 3.

<sup>28</sup> Vgl. Ausländische Angelegenheiten. Polen. In: DDB I, 18.4.1813, H. 5, S. 3.

<sup>29</sup> Vgl. Weis, Eberhard: Der Durchbruch des Bürgertums 1776-1847. Frankfurt a. M. u.a 1978, S. 326; Sellin 2001, S. 47ff.

Pressemänner, Nachrichten in Umlauf zu setzen, die die europaweite positive Resonanz auf die Bündnisbemühungen des Zaren manifestierten.

### 3.2.1. Die Betrachtung der Koalitionsentscheidung Preußens

Der Bündniswechsel Preußens, den Alexanders I. Ausdehnung des Verteidigungskriegs nach Europa notwendigerweise verlangte, war ein zentraler Gegenstand der Tagesliteratur.<sup>30</sup> Bereits seit der Jahreswende 1812/13 hatten russische Militärs Proklamationen<sup>31</sup> mit Titeln wie „Aufruf der Russen an die Preußen“ ediert und im Königreich Preußen verbreiten lassen.<sup>32</sup> Die Erklärungen, die auch Eingang in die deutschen Blätter fanden, popularisierten die Kriegsziele Alexanders I. noch vor dem Eintritt russischer Truppen in preußische Gebiete. Der preußischen Bevölkerung versprach der Zar, dass die russischen Truppen nach der Verteidigung der eigenen Unabhängigkeit nun für die Souveränität Preußens kämpfen würden.

Als sich die Meldungen verdichteten, dass russische Truppen auf preußischem Gebiet vorrückten<sup>33</sup> und Berlin Mitte März 1813 besetzt hatten,<sup>34</sup> wurden die zuvor geschürten Erwartungen durch die Nachricht vom außenpolitischen Kurswechsel König Friedrich Wilhelms III. von Preußen erfüllt. Er war Ende Februar 1813 im Hauptquartier zu Kalisch ein Bündnis mit Alexander I. eingegangen. Der Monarch, der sich aus der preußischen Hauptstadt nach Breslau zurückgezogen hatte, ließ von dort aus unmittelbar nach dem Einzug des Zaren am 15. März 1813<sup>35</sup> eine Serie von Proklamationen öffentlich machen, in denen er seinen Untertanen die Gründe für den Kriegseintritt Preußens mitteilte. In dem Aufruf „An mein Volk“ vom 17. März 1813 ließ der Monarch erklären, dass Frankreich seit Abschluss des Tilsiter Friedens 1807 seine Macht

---

<sup>30</sup> Vgl. Meurer, Karl Ulrich: Die Rolle nationaler Leidenschaften der Massen in der Erhebung 1813 gegen Napoleon. Freiburg 1953, S. 14ff; Stulz, Percy: Fremdherrschaft und Befreiungskampf. Die preußische Kabinettspolitik und die Rolle der Volksmassen in den Jahren 1811 und 1813. Berlin 1960, S. 145ff; Hillgruber 1966, S. 275; Nipperdey, Thomas: Deutsche Geschichte 1800-1866. Bürgerwelt und starker Staat. München 1983, S. 83.

<sup>31</sup> Vgl. An die Einwohner Memels. In: AM, 1813, H. 1, S. 198f; An die Einwohner Memels. In: MG, 1813, H. 1, S. 37ff.

<sup>32</sup> Vgl. Aufruf der Russen an die Preußen. In: ND, 1813, H. 1, S. 20f; Aufruf an die Einwohner Preußens. In: MG, 1813, H. 1, S. 40ff; An die Preußen. In: MG, 1813, H. 1, S. 43ff; An die Preußen. In: RT, 1813, H. 1, S. 1ff; Aufruf an die Einwohner Preußens. In: RT, 1813, H. 1, S. 91f; Aufruf an die Einwohner Preußens. In: AM, 1813, H. 1, S. 203f.

<sup>33</sup> Vgl. Kriegsereignisse. In: KRO, 1813, H. 1.3, S. 363.

<sup>34</sup> Vgl. Bei dem Einzuge des Yorkschen Corps in Berlin am 17. März 1813. In: RT, 1813, H. 4, S. 1f; Der Triumph-Einzug des Grafen von Wittgenstein in Berlin. Anders erzählt, als in den Berliner Zeitungen. In: RT, 1813, H. 4, S. 79.

<sup>35</sup> Vgl. Weis 1978, S. 329.

gegenüber Preußen missbraucht habe. Um Preußens Fortbestand, Souveränität und Prosperität aber in der Zukunft zu sichern und einen allgemeinen Frieden auf dem Kontinent zu errichten, müsse der Kampf gegen Frankreich fortgeführt werden. Das Staatsoberhaupt prognostizierte, dass Preußen wie zuvor Russland, Spanien und Portugal siegen werde.<sup>36</sup> In seiner Proklamation „An mein Kriegsheer“ vom 19. März 1813 ermunterte Friedrich Wilhelm III. seine Soldaten,<sup>37</sup> mit ihm für den Rückgewinn der Freiheit und Unabhängigkeit Preußens in den Krieg zu ziehen.<sup>38</sup> Das „Edict wegen Aufhebung des sogenannten Continentalsystems und der hinfuehro von ueberseeischen Waaren zu erhebenden Abgaben“ gab der Monarch am 20. März 1813 heraus, um den preußischen Handel zu beleben.<sup>39</sup> In der Proklamation „An die Bewohner der ehemahligen durch den Frieden von Tilsit abgetretenen Preußisch-Deutschen Provinzen“ vom 6. April 1813 forderte der Regent seine früheren Untertanen auf, sich freiwillig seiner Fürsorge anzuvertrauen, um seinen territorialen Ansprüchen auf den Besitz alter preußischer Gebiete frühzeitig Geltung zu verschaffen.<sup>40</sup> Nach der Bekanntmachung des Bündniswechsels wurde die politische Autorität des Monarchen aber bald durch Meldungen in Frage gestellt, dass der preußische General Johann David Ludwig York Graf von Wartenberg bereits am 30. Dezember 1812 mit dem russischen General Johann Diebitsch eine Kon-

---

<sup>36</sup> Vgl. Preußens Vereinigung mit Rußland. An mein Volk. In: ND, 1813, H. 1, S. 37ff; Der Koenig von Preußen, Friedrich Wilhelm III. an sein Volk. In: MG, 1813, H. 1, S. 110f; Hintze, Otto: Der Geist der Erhebung von 1813. In: Neue Jahrbücher für Pädagogik, 16. Jg. (1913), S. 230ff; Ibekken, Rudolf: Preußen 1807-1813. Staat und Volk als Idee und in Wirklichkeit. Köln, Berlin 1970, S. 394ff; Schneider 1978, S. 921; Carl, Horst: Der Mythos des Befreiungskriegs. Die "martialische Nation" im Zeitalter der Revolutions- und Befreiungskriege 1792-1815. Aus: Langewiesche, Dieter; Schmidt, Georg (Hrsg.): Föderative Nation. Deutschlandkonzepte von der Reformation bis zum Ersten Weltkrieg. München 2000, S. 73.

<sup>37</sup> Vgl. Das Preußische Kriegsheer. In: ND, 1813, H. 1, S. 43; Der Koenig von Preußen, Friedrich Wilhelm III. an seine Armee. In: MG, 1813, H. 1, S. 112f.

<sup>38</sup> Die Redaktionen veröffentlichten noch weitere Verordnungen Friedrich Wilhelms III., welche die Organisation der preußischen Freiwilligenbewegung einleiteten. Vgl. Koenigl. Preußische Cabinetts-Ordre an die Majore von Luetzow, Sarnowsky und Petersdorf, betreffend die Erlaubniß zur Errichtung eines Freycorps; und Bekanntmachung des Staatsraths zu Dohna-Wundlacken. 1813. Febr. 19. In: ADA, 1814, H. 1, S. 176; Auszug aus der Verordnung über den Landsturm. In: PC, 10.5.1813, H. 23, S. 1; Das freiwillige Preußische Militair, Landwehr und Landsturm. In: ND, 1813, H. 2, S. 132ff; Blumenthal, Maximilian: Der Preußische Landsturm von 1813. Auf archivalischen Grundlagen dargestellt. Berlin 1900, S. 22f.

<sup>39</sup> Vgl. Lossagung des Preuß. Staats von dem Continentalsystem. In: ND, 1813, H. 1, S. 105f.

<sup>40</sup> Vgl. An die Bewohner der ehemahligen durch den Frieden von Tilsit abgetretenen Preußisch-Deutschen Provinzen. In: PC, 16.4.1813, H. 9, S. 1; An die Bewohner der ehemahligen durch den Frieden von Tilsit abgetretenen preußischen Provinzen. In: MG, 1813, H. 2, S. 183ff; Wiederanschließung der alten preußisch-deutschen Provinzen an das Mutterland. In: ND, 1814, H. 5, S. 507; Kurzgefaßte Zeitungs-Nachrichten. In: RDVB, 17.4.1813, H. 8, S. 7; Wiederaufnahme des Cottbuser Kreises. In: ND, 1813, H. 1, S. 100ff; Der Koenigl. Preuß. General v. Blücher an die Einwohner des Cottbußschen Kreises. In: MG, 1813, H. 1, S. 115f; Alte Fürsten, welche wieder als Regenten auftreten. In: ND, 1814, H. 5, S. 569.

vention in Tauroggen abgeschlossen habe. Ob York diese Vereinbarung, die einen Teil Ostpreußens unter dem Eindruck der vorrückenden russischen Truppen für neutral erklärt und den preußischen Allianzwechsel vorbereitet hatte, eigenmächtig oder auf Weisung des preußischen Königs eingegangen war, blieb umstritten.<sup>41</sup> Das Ansehen Friedrich Wilhelms III. sicherten aber viele Redaktionen in der Folgezeit dadurch, dass sie diplomatische Zeugnisse preußischer Regierungsvertreter<sup>42</sup> und zeithistorische Beiträge mit offiziösem Charakter<sup>43</sup> edierten, die geeignet waren, das außenpolitische Geschick des Monarchen zu belegen.<sup>44</sup>

---

<sup>41</sup> Vgl. Kriegsergebnisse. In: KRO, 1813, H. 1.3, S. 372; Preussen. In: DDB I, 2.5.1813, H. 13, S. 4; Ueber den, Preussen betreffenden, Bericht des Herzogs von Bassano an Napoleon. In: Beilage RDVB, 3.5.1813, H. 2, S. 1ff; Einleitung. In: FZ, 6.10.1813, H. 1, S. 2; Politische Verhältnisse der Europäischen Staaten im Anfange des Jahres 1813. In: KRO, 1814, H. 2.1, S. 98f; Politische Verhältnisse der Europäischen Staaten. In: KRO, 1813, H. 2.2, S. 190; Der General-Lieutenant von York und sein Corps. In: ND, 1813, H. 3, S. 254f; Der Feldzug von 1813 bis zum Waffenstillstand. In: AM, 1813, H. 2, S. 155ff; Kurze Uebersicht des Feldzuges vom Jahre 1812. In: GMD, 1813, H. 3, S. 78f; Blick auf das Jahr 1813. In: DB II, 8.1.1814, H. 62, S. 111, 124f; Das Jahr 1813. In: TB I, 6.1.1814, H. 1, S. 3; Haupt-Uebersicht der Begebenheiten des Jahres. 1813. In: FZ, 23.1.1814, H. 49, S. 1; Convention dem Koenigl. Preußischen General von York und dem Kaiserl. Russischen General Grafen von Wittgenstein. In: ADA, 1814, H. 1, S. 40f; Verhandlungen und Beschluß des Franzoesischen Erhaltungs-Senates aus Anlaß der Convention zwischen dem General York und Grafen von Wittgenstein. In: ADA, 1814, S. 87ff; Das Jahr 1813. In: NEM, 1814, H. 1, S. 55f; Das Jahr 1813. In: NEM, 1814, H. 2, S. 261f; Preußen und sein Heer. In: RM, 7.2.1814, H. 9, S. 1; Blick auf Deutschlands Nationalbewaffnung. In: TB II, 21.3.1814, H. 33, S. 119f; Tc.: Klio's Rechtfertigung. 1813. In: NEM, 1814, H. 3, S. 302; Uebereinkunft des Generals von York, mit dem General v. Diebitsch. In: Beilage NEM, 1814, H. 3, S. 424f; Nothwendige Ruege. In: DN, 1814, H. 5, S. 110ff; Andreas 1955, S. 523f; Koch, Rainer: Der Wiener Kongreß und die Neuordnung Europas. Aus: Hecker 1994, S. 101ff.

<sup>42</sup> Vgl. Auslaendische Angelegenheiten. Frankreich. In: DDB I, 29.4.1813, H. 11, S. 2; Auslaendische Angelegenheiten. Frankreich. In: DDB I, 22.4.1813, H. 7, S. 3f.

<sup>43</sup> Vgl. Ueber den, Preussen betreffenden, Bericht des Herzogs von Bassano an Napoleon. In: Beilage RDVB, 3.5.1813, H. 2, S. 4; Uebersicht der neuesten Vorfälle. In: RDVB, 8.5.1813, H. 17, S. 8; Die sieben glorreichen und die sieben unglücklichen Jahre der preußischen Monarchie. In: ND, 1813, H. 3, S. 289; Napoleons Benehmen gegen Preußen seit dem Tilsiter Frieden; aktenmäßig dargestellt, von einem Sachkundigen. In: FZ, 12.11.1813, H. 12, S. 1ff; Napoleons Benehmen gegen Preußen seit dem Tilsiter Frieden; aktenmäßig dargestellt, von einem Sachkundigen. In: FZ, 18.11.1813, H. 15, S. 1ff; Napoleons Benehmen gegen Preußen seit dem Tilsiter Frieden; aktenmäßig dargestellt, von einem Sachkundigen. In: FZ, 20.11.1813, H. 16, S. 1f; Napoleons Benehmen gegen Preußen seit dem Tilsiter Frieden; aktenmäßig dargestellt, von einem Sachkundigen. In: FZ, 29.11.1813, H. 22, S. 2ff; Napoleons Benehmen gegen Preußen seit dem Tilsiter Frieden; aktenmäßig dargestellt, von einem Sachkundigen. In: FZ, 9.12.1813, H. 32, S. 4f; Napoleons Benehmen gegen Preußen seit dem Tilsiter Frieden; aktenmäßig dargestellt, von einem Sachkundigen. In: FZ, 10.12.1813, H. 33, S. 2f; Napoleons Benehmen gegen Preußen seit dem Tilsiter Frieden; aktenmäßig dargestellt, von einem Sachkundigen. In: FZ, 11.12.1813, H. 34, S. 2ff; Napoleons Benehmen gegen Preußen seit dem Tilsiter Frieden; aktenmäßig dargestellt, von einem Sachkundigen. In: FZ, 13.12.1813, H. 35, S. 2f; Napoleons Benehmen gegen Preußen seit dem Tilsiter Frieden; aktenmäßig dargestellt, von einem Sachkundigen. In: FZ, 15.12.1813, H. 36, S. 3ff; Napoleons Benehmen gegen Preußen seit dem Tilsiter Frieden; aktenmäßig dargestellt, von einem Sachkundigen. In: Beilage FZ, 31.1.1814, H. 51, S. 1f; Das Benehmen der französischen Regierung gegen Preußen seit dem Tilsiter Frieden; aktenmäßig dargestellt. In: DB II, 1.12.1813, H. 42, S. 409ff; Das Benehmen der französischen Regierung gegen Preußen seit dem Tilsiter Frieden. In: DB II, 22.12.1813, H. 53, S. 598ff; Das Benehmen der französischen Regierung gegen Preußen seit dem Tilsiter Frieden. In: DB II, 22.1.1814, H. 69, S. 244ff; Das Benehmen der französischen Regierung gegen Preußen seit dem Tilsiter Frieden. In: DB II,



Neben den preußischen Proklamationen brachten die Redaktionen aber auch einen „Aufruf an die Deutschen“ des russischen Generals Michael Kutusow von Smolensk in Umlauf, den er in Kalisch am 13./25. März 1813 ediert hatte. Ohne auf die Vertragsbestimmungen des Kalischer Bündnispaktes zurückzugreifen, zeigte er die Relevanz des russisch-preußischen Bündnisschlusses für die Erneuerung Deutschlands auf. Alexander I. und Friedrich Wilhelm III. kämpften, so hieß es im Aufruf, für den Rückgewinn der deutschen Unabhängigkeit von Frankreich. Die beiden Monarchen planten den Rheinbund als napoleonisches Konstrukt aufzulösen, und den deutschen Fürsten und Völkern anheim zu stellen, die staatliche Neuordnung auszugestalten und eine Verfassung zu erarbeiten. Zudem verpflichteten sich die Regenten, den Krieg gegen Napoleon so lange fortzusetzen, bis die Unabhängigkeit aller europäischen Staaten – auch Frankreichs – erneuert sei.<sup>45</sup> Kutusows Erklärung eröffnete dem deutschen Publikum zwar eine nationalpatriotische Perspektive auf den russisch-preußischen Kampf, verschwieg aber, dass das Kalischer Bündnistraktat vom 28. Februar 1813 keine Hinweise auf die Befreiung, die Bewahrung der Freiheit und die Einheit der deutschen Na-

---

18.2.1814, H. 84, S. 484ff; Das Benehmen der französischen Regierung gegen Preußen seit dem Tilsiter Frieden. In: Beilage DB II, 7.3.1814, H. 1, S. o.A.; Das Benehmen der französischen Regierung gegen Preußen seit dem Tilsiter Frieden. In: Beilage DB II, 7.3.1814, H. 2, S. o.A.; Napoleons Benehmen gegen Preussen seit dem Tilsiter Frieden; aktenmäßig dargestellt, von einem Sachkundigen. In: JAN II, 1814, H. 1.2, S. 49ff; Napoleons Benehmen gegen Preussen seit dem Tilsiter Frieden; aktenmäßig dargestellt, von einem Sachkundigen. In: JAN II, 1814, H. 2.2, S. 126ff; Das Benehmen der französischen Regierung gegen Preußen seit dem Tilsiter Frieden. In: ND, 1814, H. 6, S. 81ff; Kotzde, Wilhelm: Der Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte: Kurze Geschichte der Freiheitskriege 1813-15. Berlin 1913, S. 3ff.

<sup>44</sup> Viele Schriftleitungen griffen daneben aber auch auf königliche Bekanntmachungen zurück, die über die Stiftung von Ehrenzeichen, Münzen und Monumenten Auskunft gaben und das Gedenken an die preußischen Kriegshelden förderten. Vgl. Urkunde über die Stiftung des eisernen Kreuzes. In: FZ, 22.11.1813, H. 17, S. 3; Urkunde ueber die Stiftung des eisernen Kreuzes. In: Beilage NEM, 1814, H. 1, S. 143ff; Hütte, Werner Otto: Die Geschichte des Eisernen Kreuzes und seine Bedeutung für das preußische und deutsche Auszeichnungswesen von 1813 bis zur Gegenwart. Bonn 1968, S. 25ff; An mein Kriegsheer. In: FZ, 18.1.1814, H. 47, S. 1; An mein Kriegsheer. In: PC, 26.1.1814, H. 15, S. 1; Der König von Preußen hat, wie wir in der Feldzeitung Nro. 47. lesen, noch von Frankfurt aus nachstehende Proklamation erlassen. In: TB II, 5.2.1814, H. 14, S. 53; Verordnung über die Stiftung eines bleibenden Denkmals für die, so im Kampfe für Unabhängigkeit und Vaterland blieben. In: PC, 4.6.1813, H. 37, S. 1; Nachrichten aus dem Vaterlande. In: FZ, 13.12.1813, H. 35, S. 4; Ueber den preußischen Heldengeist. In: DB II, 17.12.1813, H. 50, S. 553ff.

<sup>45</sup> Vgl. Des Kaiserl. Russischen General-Feldmarschalls Fürsten Kutusoff Smolenskoi Aufruf an die Deutschen. In: MG, 1813, H. 2, S. 177ff; Aufruf an die Deutschen. In: PC, 5.4.1813, H. 3, S. 1f; Förster, Friedrich: Napoleon und Preussen 1806-1815. Berlin 1867, S. 275; Tiedemann, Helmut: Der deutsche Kaisergedanke vor und nach dem Wiener Kongreß. Breslau 1932, S. 60; Griewank 1954<sup>2</sup>, S. 43f; Braubach, Max: Von der Französischen Revolution bis zum Wiener Kongreß. Bruno Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 3. Stuttgart 1970, S. 81f; Nipperdey 1983, S. 82; Akaltin 1997, S. 27; Winkler, Heinrich August: Der lange Weg nach Westen. Bd 1. Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik. München 2000, S. 61; Sellin 2001, S. 56.

tion enthielt.<sup>46</sup> Vielmehr hatten Alexander I. und Friedrich Wilhelm III. den Vertrag dazu genutzt, in Geheimartikeln ihre territorialen Interessen gegenüber dem Bündnispartner zu wahren. Preußen sicherte sich ein Gebiet in der Größe seines Staates von 1806 und Russland beanspruchte den Besitz des noch zu schaffenden Königreichs Polens.<sup>47</sup>

### 3.2.2. Die Hinweise auf die russische Agitation in Nordwestdeutschland

Der nordwestdeutsche Kriegsschauplatz geriet durch den russischen Truppeneinmarsch im Frühjahr 1813 nur für kurze Zeit in das Zentrum des publizistischen Interesses.<sup>48</sup>

Seit dem Jahresbeginn 1813 hatten sich die Nachrichten verdichtet, dass in Nordwestdeutschland spontane Erhebungen gegen die französische Fremdherrschaft stattfänden.<sup>49</sup>

Dieses Unabhängigkeitsstreben nahm die russische Militärführung auf und verband es mit den eigenen Kriegszielen. Zwei Aufrufe des russischen Generals Peter von Wittgenstein aus dem Berliner Hauptquartier vom 4./16. März 1813 richteten sich direkt an die Bevölkerung ehemaliger deutscher Fürstentümer und Reichsstädte und bereiteten die Auflösung des Königreiches Westfalen vor. Beide Proklamationen verfolgten das Ziel, die Loyalität der Adressaten gegenüber Frankreich und Napoleons Herrschaftsvertretern zu erschüttern. Das erste Manifest wandte sich „An die Einwohner des Kurfürstenthums Hannover, des Fürstentums Lauenburg, der freien Reichsstädte Hamburg, Lübeck und Bremen, des Gebietes von Münster. An die Einwohner der Herzogthümer Westphalen und Berg, des Fürstenthums Ostfriesland, der Graffschaft Mark und der Herrschaften Lingen und Tecklenburg usw.“<sup>50</sup> Die zweite Erklärung erging „An die Einwohner des Herzogthums Braunschweig-Wolfenbüttel, der auf dem linken Ufer der Elbe gelegenen Theile der Altmark und Magdeburg, des Gebietes von Halle, des Hildesheimischen, der Stadt Goslar, des Landes Halberstadt, Hohenstein, des Gebietes

---

<sup>46</sup> Vgl. Kraehe 1963, S. 157f; Griewank 1954<sup>2</sup>, S. 47.

<sup>47</sup> Vgl. Sellin 2001, S. 55f.

<sup>48</sup> Vgl. Erste Epoche des Feldzugs der Allirten, vom Ausbruch der Feindseligkeiten bis zu Ende August 1813. In: KRO, 1813, H. 3.3, S. 332; Meurer 1953, S. 70ff.

<sup>49</sup> Vgl. Ein Blick auf Europa. In: RDVB, 8.4.1813, H. 4, S. 3; o.T. In: RDVB, 13.4.1813, H. 6, S. 1ff; o.T. In: PC, 19.4.1813, H. 11, S. 2; Uebersicht des Krieges (Mitgetheilt aus dem Hauptquartier). In: PC, 26.4.1813, H. 15, S. 2f; Inlaendische Angelegenheiten. Nord-Deutschland. In: DDB I, 25.4.1813, H. 9, S. 1; Weis 1978, S. 330.

<sup>50</sup> Vgl. Russische allgemeine Aufforderungen. In: ND, 1813, H. 1, S. 30f; An die Einwohner des Kurfürstenthums Hannover, des Fürstenthums Lauenburg, der freien Reichsstädte Hamburg, Lübeck und Bremen, des Gebietes von Münster. An die Einwohner der Herzogthümer Westphalen und Berg, des Fürstenthums Ostfriesland, der Graffschaft Mark und der Herrschaften Lingen und Tecklenburg usw. In: MG, 1813, H. 1, S. 122f.

Quedlinburg, der Graffschaft Mansfeld, des Eichsfeldes, von Treffurt, Mühlhausen und Nordhausen. An die Einwohner der Graffschaft Stollberg-Wernigrode, der Staaten von Hessen-Cassel, von Rinteln und Schaumburg, des Gebietes von Katzenellenbogen, von Corvey, Göttingen und Taubenhagen, von Hohenstein und Elbingrode, der Bisthümer Osnabrück und Paderborn, von Minden, Ravensburg und der Graffschaft Rietberg-Kaunitz.“<sup>51</sup> Den Bewohnern der genannten Territorien stellte Wittgenstein in Aussicht, von der französischen Fremdherrschaft durch russische Truppen befreit zu werden. Im Gegenzug forderte der General von ihnen, dass sie Widerstand gegen die französischen Truppen und die Verwaltung leisten sollten. Nach der Einnahme weiter Teile Westfalens brachten die Redaktionen dann immer wieder Meldungen, die die positive Resonanz auf die alliierten Kriegsziele illustrierten. Vielerorts würde sich bereits wieder ein „deutscher Geist“ regen,<sup>52</sup> obwohl die staatliche Zukunft ungewiss war.

Als die russischen Truppen in den norddeutschen Gebieten vorrückten, trug die russische Pressepolitik auch dem vormaligen Status der Hansestädte Hamburg, Bremen und Lüneburg als freie Reichsstädte Rechnung. Die Deklarationen des russischen Generals Baron Friedrich Karl von Tettenborn waren eigens für Aufständische in den Hansestädten verfasst. Den Hanseaten gab der General Mitte März 1813 die Zusage, dass Alexander I. ihren Freiheitskampf unterstütze.<sup>53</sup> Nach der Einnahme Lübecks<sup>54</sup> und

---

<sup>51</sup> Vgl. Russische allgemeine Aufforderungen. In: ND, 1813, H. 1, S. 28f; Aufruf an die Einwohner des Herzogtums Braunschweig-Wolfenbüttel, der auf dem linken Ufer der Elbe gelegenen Theile der Altmark und Magdeburg, des Gebiets von Halle, des Hildesheimischen, der Stadt Goslar, des Landes Halberstadt, Hohenstein, des Gebiets Quedlinburg, der Grafschaft Mansfeld, des Eichsfeldes von Treffurt, Mühlhausen und Nordhausen. An die Einwohner der Grafschaft Stollberg-Werningerode, der Staaten von Hessen-Cassel, von Rinteln und Schaumburg, des Gebiets von Katzenellenbogen, von Corvey, Göttingen und Taubenhagen, von Hohenstein und Elbingerode, der Bisthümer Osnabrueck und Paderborn, von Minden, Ravensberg und der Grafschaft Rietberg-Kaunitz. In: MG, 1813, H. 1, S. 119ff; Aufruf an die Einwohner des Kurfürstentums Hannover, der Herzogthums Lauenburg, des Herzogthums Oldenburg, der freien Reichsstaedte Hamburg, Luebeck und Bremen, des Fuerstenthums Muenster. An die Einwohner der herzogthuemer Westphalen und Berg, des Fuerstenthums Ostfriesland, der Grafschaft Mark und der Grafschaften Linen und Tecklenburg u.s.w. In: MG, 1813, H. 1, S. 122f.

<sup>52</sup> Vgl. Uebersicht über die neuesten Vorfälle. In: RDVB, 27.5.1813, H. 25, S. 5; vgl. auch Auslaendische Angelegenheiten. Königreich Westphalen. In: DDB I, 29.4.1813, H. 11, S. 3f; Herfurth, Helmuth: Die französische Fremdherrschaft und die Volksaufstände vom Frühjahr 1813 in Nordhannover. Hildesheim, Leipzig 1936, S. 83f; Meurer 1953, S. 90ff; Heitzer, Heinz: Insurrectionen zwischen Weser und Elbe. Volksbewegungen gegen die französische Fremdherrschaft im Königreich Westfalen (1806-1813). Berlin 1959, S. 248ff.

<sup>53</sup> Vgl. Aufruf des Kaiserl. Russisch Obersten, Barons von Tettenborn an die Bewohner des linken Ufer der Niederelbe. In: MG, 1813, H. 1, S. 132ff; Aufruf eines Russen an die preussischen Länder jenseits der Elbe. In: PC, 4.10.1813, H. 107, S. 3f; An die Einwohner von Bremen. In: ZF, 16.10.1813, H. 9, S. 1f.

<sup>54</sup> Vgl. Aufruf des Kaiserl. Russ. Obersten, Baron von Tettenborn an die Einwohner von Luebeck. In: MG, 1813, H. 1, S. 131; Besetzung von Lübeck, nebst Tettenborns Proclamation vom 20. März 1813. In: ND, 1813, H. 2, S. 152f; Lübeck. In: PC, 10.4.1813, H. 6, S. 2f.

Hamburgs<sup>55</sup> durch russische Truppen initiierte Tettenborn den Aufbau von Freiwilligenverbänden, um die gewonnene Freiheit auch zu sichern.<sup>56</sup> Alle Gerüchte, dass die Verbündeten die Hansestädte nicht in die Unabhängigkeit entlassen, sondern an Dänemark abtreten würden, entlarvten die Journalisten als französische Falschmeldungen.<sup>57</sup>

Unerwartet erreichten das Publikum Ende März 1814 Nachrichten, dass die Fürsten beider Mecklenburger Herzogtümer den Rheinbund verlassen und sich der Koalition Alexanders I. und Friedrich Wilhelms III. angeschlossen hätten, um die Souveränität ihrer Territorien zu behaupten. Herzog Friedrich Franz I. von Mecklenburg-Schwerin hatte am 25. März 1813 in einer Erklärung bekannt gemacht,<sup>58</sup> dass er sich wegen seiner großen Vaterlandsliebe als einer der ersten deutschen Fürsten zum Bündniswechsel entschlossen habe. Nach der Einnahme Preußens und Norddeutschlands durch Russland betrachte er es als seine Aufgabe, sich für die Befreiung aller deutschen Staaten einzusetzen,<sup>59</sup> und forderte alle wehrfähigen Untertanen auf, sich in Freiwilligenverbänden zusammenzufinden.<sup>60</sup> Nur fünf Tage später, am 30. März 1813, verkündete Herzog Karl von Mecklenburg-Strelitz ebenfalls seinen Beitritt zur Kriegskoalition.<sup>61</sup> Der Fürst gab

---

<sup>55</sup> Vgl. Proclamation des Kaiserl. Rußisch. Obersten, Barons von Tettenborn an die Hamburger. In: MG, 1813, H. 1, S. 130; Besetzung von Hamburg, dabei Baron von Tettenborns Proclamation und Bekanntmachungen vom 15., 19. und 29. März 1813. In: ND, 1813, H. 2, S. 148ff; Aus dem Hamburger Correspondenten vom 30sten März. Hier sind folgende Proclamationen und Bekanntmachungen erschienen. In: PC, 2.4.1813, H. 1, S. 4; o.T. In: Beilage PC, 2.4.1813, H. 1, S. 1f.

<sup>56</sup> Einen Schwerpunkt der Kriegsberichterstattung während des Frühjahrsfeldzuges bildete Hamburg. Die Hansestadt geriet wenige Wochen nach der Einnahme durch russische Truppen erneut unter französische Herrschaft. Vgl. Zeitungs-Berichte. In: RDVB, 3.4.1813, H. 2, S. 2f; o.T. In: PC, 19.4.1813, H. 11, S. 3; Kriegsvorfälle. In: RDVB, 20.4.1813, H. 9, S. 1; Kriege an der Niederelbe. Schreiben aus Hamburg, den 16. April, In: PC, 21.4.1813, H. 12, S. 4; Hamburg, den 18ten April. In: PC, 23.4.1813, H. 13, S. 2; Uebersicht der neuesten Vorfälle. In: RDVB, 29.5.1813, H. 26, S. 7f; Boitzenburg, vom 31sten Mai. In: Beilage PC, 4.6.1813, H. 37, S. 1; Uebersicht über die neuesten Vorfälle. In: RDVB, 5.6.1813, H. 29, S. 7; Uebersicht der neuesten Vorfälle. In: RDVB, 10.6.1813, H. 31, S. 2; Uebersicht der neuesten Vorfälle. In: RDVB, 29.6.1813, H. 39, S. 4.

<sup>57</sup> Vgl. Inlaendische Angelegenheiten. Hamburg, den 15. April. In: DDB I, 16.4.1813, H. 4, S. 2; Hamburg, den 15ten April. In: PC, 19.4.1813, H. 11, S. 4.

<sup>58</sup> Vgl. Vitense, Otto: Die deutschen Befreiungskriege 1813-1815 mit besonderer Berücksichtigung der Teilnahme der Mecklenburger. Neubrandenburg 1913, S. 13, S. 19ff; Bloch, Hermann: Mecklenburg zu Beginn der Freiheitskriege; Rede, gehalten in der Universität am 28. Februar 1913 bei der akademischen Feier zur Erinnerung an d. Befreiungskriege. Rostock 1913, S. 22ff.

<sup>59</sup> Vgl. Beitritt des Herzogs von Mecklenburg-Schwerin zum europäischen Bunde. In: ND, 1814, H. 5, S. 510ff.

<sup>60</sup> Der Aufruf Franz' I. traf auf positive Resonanz unter den wehrfähigen Männern des Herzogtums, wie die edierten Meldungen über die erfolgreiche Organisation von Freiwilligenverbänden in der Folge belegten. Vgl. Zeitungs-Berichte. In: RDVB, 3.4.1813, H. 2, S. 2; Schwerin, den 21. April 1813. In: PC, 24.4.1813, H. 14, S. 3f; Uebersicht über die neuesten Vorfälle. In: RDVB, 29.4.1813, H. 13, S. 3.

<sup>61</sup> Vgl. Bloch 1913, S. 25; Endler, Karl August: Die Geschichte des Landes Mecklenburg-Strelitz (1701-1933). Hamburg 1935, S. 54ff; Kentmann, Alex: Das Herzogtum Mecklenburg-Strelitz in den

an, Freiwillige für den Krieg zu mobilisieren,<sup>62</sup> um neue Anerkennung unter den Deutschen zu gewinnen.<sup>63</sup> Die überraschenden Bündniswechsel der Mecklenburger Herzöge, die dynastische Beziehungen an den Zarenhof banden, boten den Kriegsberichterstattem aber keinen Anlass, über die Wahrung russischer Interessen in Norddeutschland zu sinnieren.<sup>64</sup>

Nach dem Rückzug der französischen Truppen aus den nord- und nordwestdeutschen Gebieten erhielt das Publikum verspätet Kenntnis von der Gründung eines alliierten Verwaltungsrates für die befreiten Gebiete. Die „Bekanntmachung“ Kutusows vom 26. März/6. April 1813, die wie die erste Proklamation aus dem Kalischer Hauptquartier stammte, präsentierte die Aufgaben der neuen Institution. Sie sollte die Bewaffnung von Kriegsfreiwilligen organisieren und die Verwaltung in Einklang mit den bestehenden Behörden restrukturieren. Die Administration unterstellten Alexander I. und Friedrich Wilhelm III. dem Freiherrn Heinrich Friedrich Carl vom Stein.<sup>65</sup> Den Lesern blieb verborgen, dass die Alliierten den Zentralrat bei seiner Gründung am 9. März 1813 ursprünglich mit umfassenden Vollmachten ausgestattet hatten, um über die militärischen und finanziellen Reserven in den befreiten Gebieten zu verfügen.<sup>66</sup> Weil aber der Herzog von Mecklenburg-Schwerin die neue Verwaltung als Eingriff in seine Souveränität betrachtet und seinen Anschluss an das Bündnis zunächst verweigert hatte,<sup>67</sup> hatte man die Aufgabenbereiche des Rates am 4. April 1813 drastisch eingeschränkt. Die Administrative Steins sollte, wie auch Kutusow bekannt machte, die künftigen Verhandlungen mit deutschen Fürsten über ihren freiwilligen Bündnisbeitritt nur überwachen. Über die Arbeitserfolge des Verwaltungsrates und über Steins ambitionierte Deutsch-

---

Befreiungskriegen und seine Verhandlungen mit dem Zentralverwaltungsrat. Rostock 1931, S. 10ff, 90ff.

<sup>62</sup> Anfang April 1813 ordnete Herzog Karl dann die Einrichtung von Freiwilligenverbänden an. Vgl. o.T. In: RDVB, 3.4.1813, H. 4, S. 6f; Inlaendische Angelegenheiten. Nord-Deutschland. In: DDB I, 17.5.1813, H. 19, S. 1; o.T. In: PC, 4.6.1813, H. 37, S. 2; Aus dem Mecklenburgischen vom 16ten Juli. In: PC, 25.6.1813, H. 49, S. 4; Uebersicht der neuesten Vorfälle. In: RDVB, 29.6.1813, H. 39, S. 4.

<sup>63</sup> Vgl. o.T. In: RDVB, 3.4.1813, H. 4, S. 6f; o.T. In: PC, 30.4.1813, H. 17, S. 3; Inlaendische Angelegenheiten. Nord-Deutschland. In: DDB I, 17.5.1813, H. 19, S. 1; Nachträge zu diesem Zuge. In: DN, 1814, H. 3, S. 26ff.

<sup>64</sup> Vgl. Kraehe 1963, S. 56f.

<sup>65</sup> Vgl. Bekanntmachung. In: PC, 16.4.1813, H. 9, S. 1; Aufruf der Russen an die Preußen. In: ND, 1813, H. 1, S. 19f; Inlaendische Angelegenheiten. Nord-Deutschland. In: DDB I, 20.4.1813, H. 6, S. 1; Ein Blick auf Europa. In: RDVB, 8.4.1813, H. 4, S. 4f; Lübeck. In: PC, 10.4.1813, H. 6, S. 3, Uebersicht der Zeitungs-Berichte. In: RDVB, 27.4.1813, H. 12, S. 8; Goette 1892, S. 166f; Wetzel, Paul: Die Genesis des am 4. April 1813 eingesetzten Zentral-Verwaltungsrates und seine Wirksamkeit bis zum Herbst diesen Jahres. Greifswald 1907, S. 57ff; Ullmann 1914/15, S. 281ff; Kentmann 1931, 1ff; Weber 1991, S. 49; Kimminich 1992, S. 36; Schroeder 1994, S. 454; Hundt 1996, S. 34ff.

<sup>66</sup> Vgl. Kraehe 1963, S. 157.

landpolitik setzten die Redaktionen während der Folgewochen keine weiteren Nachrichten in Umlauf.

### 3.2.3. Der Blick auf die Bündnisweigerung des sächsischen Königs und die gleichzeitige Koalitionsbereitschaft seiner Untertanen

Über die Bündnisbereitschaft des Königreichs Sachsen bestand für das deutsche Publikum nach Bekanntgabe des Allianzwechsels Preußens lange Unklarheit.

Anlass für Mutmaßungen boten die Reiseaktivitäten des sächsischen Monarchen seit Ende Februar 1813. Nach dem Einmarsch russischer Truppen in Preußen hatte Friedrich August von Sachsen seine Dresdner Residenz verlassen. Unmittelbar vor seiner Abreise nach Plauen hatte der Regent ein Manifest verbreiten lassen, das Sachsens Treue gegenüber dem Rheinbund öffentlich beteuerte.<sup>68</sup> Viele Journalisten werteten die königliche Abwesenheit dennoch vorschnell als ein Indiz, dass der Monarch plane, sich dem russisch-preußischen Kampf gegen Napoleon anzuschließen, und daher seine Person dem französischen Einfluss entzogen habe.<sup>69</sup> Die Absenz des Königs nutzten alliierte Militärs, um Aufrufe zu edieren, die exklusiv an seine Untertanen adressiert waren. Blüchers Proklamation „An die Sachsen“ vom 23. März 1813<sup>70</sup>, Wittgensteins „Aufforderung an die Sachsen“ vom 11./25. März 1813<sup>71</sup> und Tettenborns Erklärung „An die Sachsen“ vom 29. März 1813<sup>72</sup> forderten die Einwohner Sachsens auf, sich unabhängig von bestehenden Weisungen ihres Königs gegen Napoleon zu erheben und den russisch-preußischen Truppen anzuschließen. Als Ende April 1813 Gerüchte über die bevorstehende Rückkehr des sächsischen Königs nach Dresden kursierten, erwarteten die Zeitungsmacher, dass Friedrich August sich dort mit dem russischen Zaren und dem preu-

---

<sup>67</sup> Vgl. Ebd., S. 195.

<sup>68</sup> Vgl. Politische Verhältnisse der Europäischen Staaten im Anfange des Jahres 1813. In: KRO, 1813, H. 2.1, S. 102f; Kurzgefaßte Zeitungs-Nachrichten. In: RDVB, 15.4.1813, H. 7, S. 7; Patent des Königs von Sachsen, bei seiner Entfernung aus seiner Residenz Dresden. In: MG, 1813, H. 1, S. 102ff; Königl. Saechsische Bekanntmachung, betreffend die Verlegung der Residenz nach Plauen. In: ADA, 1814, H. 1, S. 179f; Meurer 1953, S. 81ff.

<sup>69</sup> Vgl. o.T. In: PC, 14.4.1813, H. 8, S. 2; Kurzgefaßte Zeitungs-Nachrichten. In: RDVB, 15.4.1813, H. 7, S. 7; Kurzgefaßte Zeitungs-Nachrichten. In: RDVB, 17.4.1813, H. 8, S. 7; Inlaendische Angelegenheiten. Sachsen. In: DDB I, 20.4.1813, H. 6, S. 2; Lange 1912, S. 16ff.

<sup>70</sup> Vgl. Aufforderung an die Sachsen. In: ND, 1813, H. 2, S. 142ff; Proclamation des Königl. Preuß. Generals Blücher an Sachsens Einwohner. In: MG, 1813, H. 1, S. 108f.

<sup>71</sup> Vgl. Aufforderung an die Sachsen. In: ND, 1813, H. 2, S. 140ff; Proklamation des Kaiserl. Russisch. Generals Grafen von Wittgenstein an die Sachsen. In: MG, 1813, H. 1, S. 105ff.

<sup>72</sup> Vgl. Aufforderung an die Sachsen. In: ND, 1813, H. 2, S. 144f.

bischen König verbünden werde.<sup>73</sup> Vielerorts, teilten sie mit, träten sächsische Soldaten bereits eigenmächtig aus französischen Diensten aus und schlossen sich den Verbündeten an.<sup>74</sup> Allen Mutmaßungen zum Trotz kam der mächtigste Sachse tatsächlich Mitte Mai nach Dresden, nachdem Napoleon sich auf dem sächsischen Kriegsschauplatz – in den Schlachten bei Lützen am 2. Mai 1813 und Bautzen am 20. Mai 1813 – behauptet hatte. Sachsens Regent hielt Napoleon, der ebenfalls in Dresden residierte, die Treue.<sup>75</sup> Daraufhin kündigten Pressemänner öffentliche Sanktionen gegen die Verbündeten an. Aus Enttäuschung über die Bündnisverweigerung Friedrich Augusts beabsichtigten Alexander I. und Friedrich Wilhelm III., ein „Manifest der Verbündeten gegen den König von Sachsen“ herauszugeben.<sup>76</sup> Diese Verlautbarung, die die sächsischen Untertanen endgültig von ihrem König separieren sollte, wurde jedoch nicht veröffentlicht.

Auch wenn der außenpolitische Kurswechsel des sächsischen Regenten auf sich warten ließ, würdigten die Publizisten doch immer wieder die klare politische Haltung seiner Untertanen. Im Gegensatz zu ihrem Oberhaupt lehnten sie, so hieß es, Sachsens Allianz mit Frankreich ab<sup>77</sup> und befürworteten einen Anschluss an die russisch-preußische Koalition.<sup>78</sup>

---

<sup>73</sup> Vgl. o.T. In: RDVB, 1.5.1813, H. 14, S. 4f; Schreiben aus Dresden. In: RDVB, 20.4.1813, H. 9, S. 6; o.T. In: PC, 26.4.1813, H. 15, S. 6; Sachsen. Dresden, den 22sten April. In: PC, 26.4.1813, H. 15, S. 7; Uebersicht über die neuesten Vorfälle. In: RDVB, 29.4.1813, H. 13, S. 2; Inlaendische Angelegenheiten. Sachsen. In: DDB I, 4.5.1813, H. 14, S. 2f.

<sup>74</sup> Vgl. o.T. In: RDVB, 6.4.1813, H. 3, S. 8; o.T. In: RDVB, 15.4.1813, H. 7, S. 1f; Uebersicht der Zeitungs-Berichte. In: RDVB, 27.4.1813, H. 12, S. 8; Hamburg, vom 24sten April. In: PC, 30.4.1813, H. 17, S. 2; Uebersicht über die neuesten Vorfälle. In: RDVB, 1.5.1813, H. 14, S. 8; Aus dem Schreiben eines Offiziers des v. Bülowischen Corps, aus Belitz vom 16ten Mai. In: PC, 19.5.1813, H. 28, S. 1.

<sup>75</sup> Vgl. Aus einem Schreiben aus Görlitz, vom 20sten Mai. In: PC, 24.5.1813, H. 31, S. 2; Uebersicht der neuesten Vorfälle. In: RDVB, 29.5.1813, H. 26, S. 7; Opitz, Alfred: Sachsen und die sächsische Frage in den Jahren der napoleonischen Fremdherrschaft und des Wiener Kongresses. In: Blätter für deutsche Landesgeschichte, 12 (1985), S. 246f; Sellin 2001, S. 61.

<sup>76</sup> Vgl. Aus einem Schreiben aus Görlitz, vom 20sten Mai. In: PC, 24.5.1813, H. 31, S. 2; Inlaendische Angelegenheiten. Sachsen. In: DDB I, 28.5.1813, H. 27, S. 3; Uebersicht der neuesten Vorfälle. In: RDVB, 29.5.1813, H. 26, S. 7; Uebersicht der neuesten Vorfälle. In: RDVB, 8.5.1813, H. 17, S. 6; Uebersicht über die neuesten Vorfälle. In: RDVB, 27.5.1813, H. 25, S. 1f; Uebersicht der neuesten Vorfälle. In: RDVB, 17.6.1813, H. 34, S. 3.

<sup>77</sup> Vgl. Berlin, vom 19. Mai. In: PC, 21.5.1813, H. 29, S. 2.

<sup>78</sup> Vgl. E[rnst].M[oritz].A[rndt].: Friedrich August, und Sachsen. Ein kurzer politischer Ueberschlag. In: PC, 6.6.1813, H. 38, S. 3.

### 3.2.4. Die Hoffnung auf finanzielle und militärische Hilfestellung aus England

Die deutschen Journalisten richteten ihren Blick immer wieder auf die Außenpolitik des vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland. Die Berichterstattung konzentrierte sich auf die englische Regierungspolitik, die jede Aufstandsbemühung eines europäischen Staates gegen Napoleon zu unterstützen suchte.

Die Redaktionen setzten diverse Einzelnachrichten über Englands diplomatische Anstrengungen in Umlauf, um die Mächtekonstellation innerhalb des europäischen Staatensystems zugunsten der Alliierten zu wenden. Der englischen Regierung sei es beispielsweise gelungen, Friedensverträge mit Dänemark<sup>79</sup> und Neapel zu schließen,<sup>80</sup> ein Allianz- und Subsidienabkommen mit Schweden zu ratifizieren<sup>81</sup> und Bündnisverhandlungen am Wiener Hof aufzunehmen.<sup>82</sup> Den Schriftleitungen dienten Londoner Parlamentsreden als Quellen, um die Debatten von Vertretern aus dem Ober- und Unterhaus über die Fortsetzung des Kriegseinsatzes auf dem Kontinent abzubilden.<sup>83</sup> Unter den britischen Volksvertretern war demnach beispielsweise die Frage umstritten, wie der englische Feldzug in Spanien fortgesetzt werden sollte,<sup>84</sup> nachdem es Feldmarschall Wellington gelungen war, die Truppen des Königs Joseph I. von Spanien aus Madrid bis hinter den Ebro zu vertreiben<sup>85</sup> und an die französischen Grenzen vorzudringen.<sup>86</sup>

<sup>79</sup> Vgl. Zeitungs-Berichte. In: RDVB, 3.4.1813, H. 2, S. 3; Beschluß des im vorigen Blatte angebrochenen Aufsatzes. In: RDVB, 8.4.1813, H. 4, S. 3; Auslaendische Angelegenheiten. England. In: DDB I, 9.5.1813, H. 17, S. 1; Englische Parlaments-Nachrichten. Sitzungen vom 3ten bis 11ten Mai. In: PC, 28.5.1813, H. 33, S. 2; Nachtrag zu der letzten Übersicht der neuern Vorfälle. In: RDVB, 1.6.1813, H. 27, S. 5.

<sup>80</sup> Vgl. o.T. In: PC, 9.4.1813, H. 5, S. 3; Auslaendische Angelegenheiten. Neapel. In: DDB I, 13.4.1813, H. 2, S. 3; o.T. In: RDVB, 13.4.1813, H. 6, S. 3.

<sup>81</sup> Vgl. Beschluß des im vorigen Blatte angebrochenen Aufsatzes. In: RDVB, 8.4.1813, H. 4, S. 3; o.T. In: PC, 16.7.1813, H. 61, S. 2f; Aeußere Verhältnisse des Britischen Reiches im Jahre 1813. In: KRO, 1813, H. 3.1, S. 77; Webster, Charles: The Foreign Policy of Castlereagh. 1812-1815. London 1963<sup>2</sup>, S. 108.

<sup>82</sup> Vgl. o.T. In: PC, 5.4.1813, H. 3, S. 4; London, vom 6ten April. In: PC, 19.4.1813, H. 11, S. 3; London, vom 9ten April. In: PC, 23.4.1813, H. 12, S. 3; Uebersicht der Zeitungs-Berichte. In: RDVB, 27.4.1813, H. 12, S. 8.

<sup>83</sup> Vgl. Rückblicke auf einige der wichtigsten Ereignisse des Jahres 1812. In: KRO, 1813, H. 1.1, S. 10f; Der Feldzug von 1813 bis zum Waffenstillstand. In: PC, 27.9.1813, H. 103, S. 4.

<sup>84</sup> Vgl. o.T. In: RDVB, 6.4.1813, H. 3, S. 1ff; Ueber Portugal in Bezug auf den Insurrektions-Krieg in der spanischen Halb-Insel. In: EM, 1813, H. 1.3, S. 185; Uebersicht des Krieges. (Mitgetheilt aus dem Hauptquartier.) In: PC, 26.4.1813, H. 15, S. 1.

<sup>85</sup> Vgl. o.T. In: PC, 5.4.1813, H. 3, S. 4; Ein Blick auf Europa. In: RDVB, 8.4.1813, H. 4, S. 4; o.T. In: RDVB, 13.4.1813, H. 6, S. 3; Uebersicht der Zeitungs-Berichte. In: RDVB, 27.4.1813, H. 12, S. 8; Uebersicht der neuesten Vorfälle. In: RDVB, 20.5.1813, H. 22, S. 4; Zarkoje Selo, vom 22sten April. In: PC, 30.5.1813, H. 34, S. 2f.

<sup>86</sup> Vgl. Uebersicht des Krieges. (Mitgetheilt aus dem Hauptquartier.) In: PC, 26.4.1813, H. 15, S. 1; o.T. In: PC, 26.5.1813, H. 32, S. 4; Uebersicht der neuesten Vorfälle. In: RDVB, 29.5.1813, H. 26, S. 8;



Die Abgeordneten diskutierten gleichzeitig aber auch bereits darüber, unter welchen Bedingungen die englische Regierung einen Frieden mit Frankreich, und zwar mit dem exilierten Bourbonen Ludwig XVIII., schließen könne,<sup>87</sup> um den Krieg gegen Napoleon zu beenden. In Bezug auf die englische Deutschlandpolitik tradierten viele Blätter einfach eine Erklärung des Kabinetts. Der König von Großbritannien und Irland werde auch künftig nicht auf seinen Besitz des Großherzogtums Hannover, das Napoleon dem König von Westfalen unterstellt hatte, verzichten.<sup>88</sup> Dementsprechend konnten die Leser die Meldungen nicht überraschen, dass England den alliierten Kriegseinsatz in Norddeutschland großzügig finanziell und militärisch unterstützte<sup>89</sup> und Kriegsgerät in die alte Provinz Hannover schaffen ließ.<sup>90</sup> Das öffentliche Interesse an den alliierten Erfolgen in Norddeutschland war in London nach Darstellung deutscher Englandkorrespondenten so groß,<sup>91</sup> dass sogar Privatpersonen Vereine gründeten, um die deutschen Freiheitskämpfer mit zusätzlichen Geldspenden zu unterstützen.<sup>92</sup> Auch wenn die Schreiber aufgrund der vielschichtigen Nachrichtenlage keine konkreten

Nachtrag zu der letzten Übersicht der neuern Vorfälle. In: RDVB, 1.6.1806, H. 27, S. 7; Andreas 1955, S. 558.

<sup>87</sup> Vgl. England. In: PC, 2.4.1813, H. 1, S. 3f; Beschluß des im vorigen Blatte angebrochenen Aufsatzes. In: RDVB, 8.4.1813, H. 4, S. 2f; o.T. In: PC, 19.4.1813, H. 11, S. 4; Auslaendische Angelegenheiten. England. In: DDB I, 25.5.1813, H. 25, S. 3; Uebersicht über die neuesten Vorfälle. In: RDVB, 27.5.1813, H. 25, S. 5; London, vom 18ten Mai. In: PC, 28.5.1813, H. 33, S. 2; Nachtrag zu der letzten Übersicht der neuern Vorfälle. In: RDVB, 1.6.1813, H. 27, S. 7.

<sup>88</sup> Vgl. Inlaendische Angelegenheiten. Nord-Deutschland. In: DDB I, 29.4.1813, H. 11, S. 1; Uebersicht der neuesten Vorfälle. In: RDVB, 4.5.1813, H. 15, S. 7; Lange, Günther: Die Rolle Englands bei der Wiederherstellung und Vergrößerung Hannovers 1813-1815. In: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte. 28. Jg. (1956), S. 96ff; Gruner, Wolf D.: England, Hannover und der Deutsche Bund 1814-1837. Aus: Birke, Adolf M.; Kluxen, Karl (Hrsg.): England und Hannover – England and Hannover. München 1986, S. 86.

<sup>89</sup> Vgl. Uebersicht über die neuesten Vorfälle. In: RDVB, 27.5.1813, H. 25, S. 3; o.T. In: RDVB, 1.4.1813, H. 1, S. 3f; o.T. In: RDVB, 6.4.1813, H. 3, S. 8; o.T. In: PC, 9.4.1813, H. 5, S. 3; Inlaendische Angelegenheiten. Preussen. In: DDB I, 11.4.1813, H. 1, S. 2; Kriegsvorfälle. In: RDVB, 20.4.1813, H. 9, S. 1; Uebersicht des Krieges. (Mitgetheilt aus dem Hauptquartier.) In: PC, 26.4.1813, H. 15, S. 2; Uebersicht der Zeitungs-Berichte. In: RDVB, 27.4.1813, H. 12, S. 8; Uebersicht über die neuesten Vorfälle. In: RDVB, 29.4.1813, H. 13, S. 2; Uebersicht der neuesten Vorfälle. In: RDVB, 6.5.1813, H. 16, S. 7; London, vom 27sten April. In: PC, 21.5.1813, H. 29, S. 4; Nachtrag zu der letzten Übersicht der neuern Vorfälle. In: RDVB, 1.6.1806, H. 27, S. 5; Schlußwort der Redaction zu vorstehendem Aufsatz. In: DB II, 26.6.1814, H. 150, S. 251ff; Brandes, Karl Friedrich: Graf Münster und die Wiederersterhung Hannovers 1809-1815. Berlin 1938, S. 44ff.

<sup>90</sup> Vgl. Kriegsschauplatz. Aus dem Briefe eines Offiziers aus Hamburg vom 9ten April. In: PC, 14.4.1813, H. 8, S. 1; o.T. In: RDVB, 13.4.1813, H. 6, S. 2; Uebersicht der neuesten Vorfälle. In: RDVB, 6.5.1813, H. 16, S. 7; Uebersicht der neuesten Vorfälle. In: RDVB, 20.5.1813, H. 22, S. 3; Akaltin 1997, S. 27.

<sup>91</sup> Vgl. Schreiben aus London, vom 23sten April. In: PC, 17.5.1813, H. 27, S. 3; Uebersicht über die neuesten Vorfälle. In: RDVB, 27.5.1813, H. 25, S. 7f.

<sup>92</sup> Vgl. Auslaendische Angelegenheiten. England. In: DDB I, 9.5.1813, H. 17, S. 2; London, vom 27sten April. In: PC, 21.5.1813, H. 29, S. 4, Das Europäische Gleichgewicht. In: RDVB, 25.5.1813, H. 23, S. 1; o.T. In: PC, 28.5.1813, H. 33, S. 2; Schlußwort der Redaction zu vorstehendem Aufsatz. In: DB II, 26.6.1814, H. 150, S. 251ff.

Erwartungen in den künftigen Beistand Englands für die Verbündeten setzen konnten, schien dieses doch seine traditionelle Rolle als Bürge der europäischen und damit auch deutschen Freiheit zu erfüllen.<sup>93</sup>

Im Vergleich mit Englands Kriegsendagement auf der Iberischen Halbinsel und in Norddeutschland erhielt in der deutschen Militärpublizistik der zeitgleich auf dem nordamerikanischen Kontinent geführte Kampf gegen die Vereinigten Staaten von Amerika nur geringes Gewicht.<sup>94</sup> Die beiden Kriegsschauplätze verband für die Verfasser nur die Frage, ob der russische Kaiser Alexander I. nach Amerika eingeladen worden sei und dadurch als Friedensvermittler vom europäischen Kriegsschauplatz abgezogen werde.<sup>95</sup>

### 3.2.5. Die Kritik an der militärischen Zurückhaltung Schwedens

Die Entscheidung der schwedischen Regierung von der Jahreswende 1812/13,<sup>96</sup> sich nach dem Bundesschluss mit Russland im April 1812 gegen Napoleon und das französische Kontinentalsystem zu stellen, bot den deutschen Lesern lange Anlass zu Spekulationen.

Die Redaktionen setzten im Frühjahr 1813 Meldungen in Umlauf, nach denen der schwedische König Truppen unter Befehl des Kronprinzen Carl Johann Bernadotte nach Norddeutschland entsandt habe.<sup>97</sup> Der Feldherr selbst habe seinen Soldaten vor der Abreise erklärt, dass Schweden sich künftig für die Ruhe der nordeuropäischen Völker

---

<sup>93</sup> Vgl. Fragmente einer Abhandlung: über die mögliche Wiederherstellung des politischen Gleichgewichts. England und das Haus Hannover. In: KRO, 1814, H. 6.2, S. 338f.

<sup>94</sup> Vgl. o.T. In: PC, 5.4.1813, H. 3, S. 4; Aeußere Verhältnisse des Britischen Reiches im Jahre 1813. In: KRO, 1813, H. 3.1, S. 74f.

<sup>95</sup> Vgl. London, vom 14ten Mai. In: PC, 28.5.1813, H. 33, S. 2; o.T. In: PC, 24.7.1813, H. 65, S. 3; Aeußere Verhältnisse des Britischen Reiches im Jahre 1813. In: KRO, 1813, H. 3.1, S. 74f; Nordamerika. In: PC, 6.8.1813, H. 73, S. 3; o.T. In: PC, 8.10.1813, H. 108, S. 3; Auslaendische Angelegenheiten. Großbritannien. London, den 22. Maerz. In: DDB II, 30.3.1814, H. 50, S. 3.

<sup>96</sup> Vgl. Officielle Actenstücke, beygestellt dem Berichte an Se. Majestät den König von Schweden, durch dessen Minister des Staats und der auswärtigen Angelegenheiten, datirt Stockholm den 7. Jänner 1813. In: AM, 1813, H. 2, S. 71ff; Bericht an seine Majestaet den König von Schweden, von seinem Minister der auswärtigen Angelegenheiten. Stockholm, vom 7. Januar 1813. In: MG, 1813, H. 2, S. 121ff; Bericht an Se. Majestaet den Koenig von Schweden, von seinem Minister der auswaertigen Angelegenheiten, vom 7. Januar 1814. In: ADA, 1814, H. 1, S. 44ff; Brief Seiner Königlichen Hoheit des Kronprinzen von Schweden an Se. Majestät den Kaiser der Franzosen, vom 23. März 1813. In: PC, 22.9.1813, H. 100, S. 2ff; Brief Sr. königl. Hoheit des Kronprinzen von Schweden an Se. Maj. den Kaiser der Franzosen. Vom 23sten März 1813. In: DB I, 16.10.1813, H. 2, S. 13ff; Beschluß des Briefes Sr. königlichen Hoheit des Kronprinzen von Schweden. In: DB I, 17.10.1813, H. 3, S. 20ff; Aktenstücke in Bezug den auf gegenwärtigen Krieg. In: KRO, 1813, H. 4.2, S. 187ff; Eich 1986, S. 135; Schroeder 1994, S. 448.

<sup>97</sup> Vgl. Europa zu Anfange des Jahres 1814. In: KRO, 1814, H. 5.1, S. 111f; Ein Blick auf Europa. In: RDVB, 8.4.1813, H. 4, S. 6; Das Jahr 1813. In: TB II, 8.1.1814, H. 2, S. 6; Blick auf das Jahr 1813. In: DB II, 8.1.1814, H. 62, S. 128; Blick auf das Jahr 1813. In: DB II, 10.1.1814, H. 63, S. 138f.

einsetzen werde.<sup>98</sup> Im April 1813 verdichteten sich dann die Nachrichten, dass die Krieger an der Küste Schwedisch-Pommerns, einer vormaligen schwedischen Provinz, gelandet seien.<sup>99</sup> Bernadotte habe den Einwohnern Pommerns unmittelbar nach seiner Ankunft verkündet, dass er in die schwedische Provinz gekommen sei, um mit ihnen gegen Napoleon als den gemeinsamen Feind Nordeuropas zu kämpfen.<sup>100</sup> Doch die angekündigte Bildung einer schwedisch-pommerschen Legion unter Führung des Kronprinzen fand nicht statt.<sup>101</sup> Das Ausbleiben eines Kriegseinsatzes der schwedischen Truppen und Bernadottes stieß ab Mitte Mai 1813 auf öffentliche Kritik.<sup>102</sup> Obwohl der Kronprinz die russisch-preußischen Kriegsziele grundsätzlich bestätigt hatte, beschränkte er seinen Einsatz doch auf die militärische Präsenz seines Aufgebotes in Schwedisch-Pommern. Einzelne Zeitungsschreiber monierten, dass die schwedischen Soldaten es versäumt hätten, auf Seiten der russisch-preußischen Truppen an der Niederelbe ins Feld zu ziehen<sup>103</sup> oder sich an der Befreiung der Hansestädte und Hannovers zu beteiligen.<sup>104</sup>

Erst Anfang Juni 1813 – unmittelbar vor Abschluss des Waffenstillstandes – erhielt das Publikum dann unvermittelt Kenntnis davon, dass Bernadotte seine Versprechen an die Deutschen einlöse und beginne, Kriegsfreiwillige aus Schwedisch-Pommern in seine schwedischen Truppenverbände aufzunehmen.<sup>105</sup>

---

<sup>98</sup> Vgl. Inlaendische Angelegenheiten. Schwedisch-Pommern. In: DDB I, 18.5.1813, H. 20, S. 3; Der Kronprinz Generalissimus an seine Waffenbrüder im Innern. In: PC, 14.5.1813, H. 25, S. 1; Uebersicht der neuesten Vorfälle. In: RDVB, 20.5.1813, H. 22, S. 3.

<sup>99</sup> Vgl. Zeitungs-Berichte. In: RDVB, 3.4.1813, H. 2, S. 2; (Schwedische Armee in Deutschland: offiziell). In: PC, 7.4.1814, H. 4, S. 2; o.T. In: RDVB, 10.4.1813, H. 5, S. 7f; Kriegsschauplatz. Aus dem Briefe eines Offiziers aus Hamburg vom 9ten April. In: PC, 14.4.1813, H. 8, S. 1; Kurzgefaßte Zeitungs-Nachrichten. In: RDVB, 17.4.1813, H. 8, S. 7f; o.T. In: RDVB, 24.4.1814, H. 11, S. 7; o.T. In: PC, 26.4.1813, H. 16, S. 7; Uebersicht über die neuesten Vorfälle. In: RDVB, 29.4.1813, H. 13, S. 3; o.T. In: RDVB, 25.5.1813, H. 24, S. 8.

<sup>100</sup> Vgl. Bekanntmachung des Kronprinzen von Schweden, welche an der Pommerschen Küste abgegeben worden. In: RT, 1813, H. 2, S. 67f.

<sup>101</sup> Vgl. Inlaendische Angelegenheiten. Schwedisch-Pommern. In: DDB I, 16.4.1813, H. 4, S. 2; Inlaendische Angelegenheiten. Schwedisch-Pommern. In: DDB I, 25.4.1813, H. 9, S. 1; Uebersicht der neuesten Vorfälle. In: RDVB, 8.5.1813, H. 17, S. 6f.

<sup>102</sup> Vgl. Uebersicht der neuesten Vorfälle. In: RDVB, 4.5.1813, H. 15, S. 6; Uebersicht der neuesten Vorfälle. In: RDVB, 8.5.1813, H. 17, S. 6.

<sup>103</sup> Vgl. Uebersicht über die neuesten Vorfälle. In: RDVB, 27.5.1813, H. 25, S. 3.

<sup>104</sup> Vgl. Schreiben aus Hamburg, vom 21sten April. In: PC, 27.5.1813, H. 32, S. 2.

<sup>105</sup> Vgl. Bulletin. Hauptquartier Stralsund, den 5ten Juni 1813. In: PC, 10.6.1813, H. 41, S. 2.

### 3.2.6. Die Beobachtung des taktischen Lavierens Österreichs gegenüber beiden Kriegsparteien

Ein fester Bestandteil der aktuellen Kriegsberichterstattung waren auch Spekulationen über den Eintritt Österreichs in den Krieg<sup>106</sup>, nachdem dieses sich angesichts der Ausdehnung des russischen Verteidigungskrieges nach Europa seit dem Januar 1813 neutral gegenüber beiden Kriegsparteien verhielt.<sup>107</sup>

Die abgedruckten Vermutungen beschrieben mögliche Handlungsweisen der Wiener Regierung: Einige Journalisten bezweifelten grundsätzlich den Bündniswechsel Österreichs. Ein unüberwindbares Hindernis für Österreichs Vereinigung mit Russland und Preußen sei, dass die Tochter des österreichischen Kaisers Franz I., Marie Luise, die Gemahlin Napoleons und damit Kaiserin von Frankreich war.<sup>108</sup> Andere Zeitungsmacher brachten einfach gerüchteweise die Nachrichten in Umlauf, die Österreichs Bündniswechsel verkündeten.<sup>109</sup> Viele von ihnen werteten die Aufrüstung der österreichischen Truppen<sup>110</sup> als ein Indiz für einen bevorstehenden Kriegseintritt von Franz I.<sup>111</sup>

---

<sup>106</sup> Vgl. Nipperdey 1983, S. 85; Luckwaldt, Friedrich: Österreich und die Anfänge des Befreiungskrieges von 1813: Vom Abschluss der Allianz mit Frankreich bis zum Eintritt in die Koalition. Berlin 1898 (Nachdruck Vaduz 1965), S. 187ff.

<sup>107</sup> Vgl. Weis 1978, S. 328,

<sup>108</sup> Vgl. Ein Blick auf Europa. In: RDVB, 8.4.1813, H. 4, S. 3; Auszug eines Briefes, den ein vornehmer Officier in der russischen Armee an seinen Freund in London geschrieben hat. In: Beilage RDVB, 26.4.1813, H. 1, S. 3; Auszüge aus eingelaufenen Briefen. In: RDVB, 27.4.1813, H. 12, S. 4.

<sup>109</sup> Vgl. Schreiben aus Dresden. In: RDVB, 20.4.1813, H. 9, S. 6; Inlaendische Angelegenheiten. Oestreich. In: DDB I, 25.4.1813, H. 9, S. 2; Aus einem Schreiben aus der Gegend von Meißen vom 8ten Mai. In: PC, 10.5.1813, H. 24, S. 1; o.T. In: PC, 14.5.1813, H. 25, S. 1; Inlaendische Angelegenheiten. Preussen. In: DDB I, 18.5.1813, H. 20, S. 1ff; o.T. In: PC, 19.5.1813, H. 28, S. 2; Breslau, vom 17ten Mai. In: PC, 23.5.1813, H. 30, S. 1; Aus dem Schreiben eines Preußischen Offiziers aus Baruth vom 20sten Mai, Mittags 12 Uhr. In: PC, 23.5.1813, H. 30, S. 1; Inlaendische Angelegenheiten. Preussen. In: DDB I, 25.5.1813, H. 25, S. 1; Inlaendische Nachrichten. Preussen. In: DDB I, 28.5.1813, H. 27, S. 1; Aus einem Schreiben eines Preußischen Offiziers aus Ogerose bei Kalau den 28sten Mai. In: PC, 31.5.1813, H. 35, S. 1; Uebersicht über die neuesten Vorfälle. In: RDVB, 5.6.1813, H. 29, S. 6.

<sup>110</sup> Vgl. o.T. In: RDVB, 10.4.1813, H. 5, S. 8; Inlaendische Angelegenheiten. Oestreich. In: DDB I, 15.4.1813, H. 3, S. 2; Uebersicht des Krieges. (Mitgetheilt aus dem Hauptquartier.) In: PC, 26.4.1813, H. 15, S. 1f; o.T. In: PC, 26.4.1813, H. 15, S. 7; Uebersicht über die neuesten Vorfälle. In: RDVB, 29.4.1813, H. 13, S. 2; Prag, den 24sten April. In: PC, 1.5.1813, H. 18, S. 2; Uebersicht der neuesten Vorfälle. In: RDVB, 8.5.1813, H. 17, S. 6; Aus einem Schreiben aus Liegnitz vom 24sten Mai. In: PC, 31.5.1813, H. 35, S. 1; Uebersicht der neuesten Vorfälle. In: RDVB, 6.6.1813, H. 30, S. 5.

<sup>111</sup> Als Beleg publizierten die Neugründungen eine Wiener Verordnung des österreichischen Kaisers vom 16. April 1813, welche die Finanzaufwendungen für die österreichische Armee mehrdeutig erläuterte. Vgl. Unter dem 16ten April ist zu Wien folgende Kaiserl. Verordnung erschienen. In: PC, 24.4.1813, H. 14, S. 3; Inlaendische Angelegenheiten. Oestreich. In: DDB I, 27.4.1813, H. 10, S. 3; Auszüge aus eingelaufenen Briefen. In: RDVB, 27.4.1813, H. 12, S. 4; Politische Verhältnisse der Europäischen Staaten. Österreich. In: KRO, 1814, H. 2.2, S. 196; Inlaendische Angelegenheiten. Luebeck, den 16. Januar. In: DDB II, 21.1.1814, H. 12, S. 3.

Die abgedruckten Meldungen über die österreichische Bündnisbereitschaft, die von offiziellen Stellen weder bestätigt noch revidiert wurden, konnten die außenpolitische Aktivität der Wiener Regierung belegen, ohne dass ihre Zielsetzung offenbar wurde.

Über die Führungsrolle Metternichs in der österreichischen Außenpolitik und seine Verhandlungstaktik während des Frühjahrsfeldzuges, die macht- und sicherheitspolitischen Interessen des Kaiserreichs Österreich sowohl gegenüber Frankreich als auch gegenüber Russland und Großbritannien zu wahren, wurden die deutschen Leser nicht aufgeklärt.<sup>112</sup> Der Abschluss einer geheimen Waffenstillstandskonvention zwischen Österreich, Russland und Preußen bereits am 18./30. April 1813 – als der Frühjahrsfeldzug gegen Napoleon noch andauerte – blieb dementsprechend geheim.<sup>113</sup>

### 3.2.7. Die Hinweise auf Oppositionsbestrebungen in Frankreich und unter Napoleons Bündnispartnern

Die kurzzeitigen Erfolge der verbündeten Truppen in Norddeutschland beeinflussten nach Auskunft von Frankreichkorrespondenten auch die Stabilität von Napoleons Universalmonarchie und des französischen Kontinentalsystems. Sie erschütterten Napoleons Position im Innern Frankreichs und untergrub die Loyalität seiner europäischen Verbündeten.

Seit Beginn der Kriegshandlungen hatten die Schriftleitungen neben den tagesaktuellen Kriegsberichten immer auch Beiträge über die Existenz von innenpolitischen Spannungen im Kaiserreich Frankreich redigiert.<sup>114</sup> Als Ursachen für die darin offenkundig werdende Unzufriedenheit der französischen Bevölkerung galten den Journalisten zunächst die wiederholt durchgeführten Konskriptionen, die Täuschungen durch die unglaubwürdige Pariser Presse und das Übermaß der polizeilichen Kontrollmaßnahmen.<sup>115</sup> Angesichts der alliierten Siege habe aber besonderen Unmut unter den Franzosen der Umstand erregt, dass das Corps Législatif<sup>116</sup> und der Pariser Senat<sup>117</sup> der Friedenssehnsucht des Volkes gegenüber Napoleon keinen Ausdruck verliehen. Sie seien also nur

---

<sup>112</sup> Vgl. Kraehe 1963, S. 166f, 171f; Griewank 1954<sup>2</sup>, S. 57.

<sup>113</sup> Vgl. Eich 1986, S. 136.

<sup>114</sup> Vgl. o.T. In: RDVB, 10.4.1813, H. 5, S. 6f; Nachtrag zu der letzten Übersicht der neuern Vorfälle. In: RDVB, 1.6.1813, H. 27, S. 4ff.

<sup>115</sup> Vgl. Uebersicht über die neuesten Vorfälle. In: RDVB, 29.4.1813, H. 13, S. 4.

<sup>116</sup> Vgl. Paris, den 29sten März. In: PC, 16.4.1813, H. 9, S. 3f.

<sup>117</sup> Vgl. Auslaendische Angelegenheiten. Frankreich. In: DDB I, 18.4.1813, H. 5, S. 3f; o.T. In: PC, 16.7.1813, H. 61, S. 1.

nachgeordnete Befehlsempfänger des Staatsoberhauptes.<sup>118</sup> Die deutschen Reporter identifizierten als Hauptproblem französischer Oppositioneller, dass ihr Hass und ihre Kritik an Napoleons Friedenspolitik im Kaiserreich Frankreich keinen öffentlichen Ausdruck finden könnten.<sup>119</sup>

Neben den politischen Stimmungsschwankungen des französischen Volkes während des Frühjahrs 1813 wiesen die Zeitungsmacher immer wieder auch auf die positive Resonanz der Militärallianz bei der Bevölkerung in beinahe allen Territorien hin, deren Regenten mit Napoleon noch eng verbunden waren. Ausländische Korrespondenten meldeten, dass spontane Sympathiebekundungen für die Verbündeten in den ehemals holländischen Gebieten<sup>120</sup>, in der Schweiz<sup>121</sup>, im Königreich Italien<sup>122</sup> und im Königreich Neapel<sup>123</sup> stattfänden. Aus den Rheinbundstaaten erhielten die Presse männer regelmäßig Nachrichten zugespielt, dass die Bewohner die alliierten Kriegsziele befürworteten<sup>124</sup> und auf den baldigen Bündniswechsel ihrer Landesfürsten warteten.<sup>125</sup> Unter den Mitgliedern der Staatenföderation hielten viele Autoren die Bündnisbereitschaft der Könige von Bayern<sup>126</sup> und Württemberg<sup>127</sup> für besonders ausgeprägt.

---

<sup>118</sup> Vgl. Verhandlungen und Beschluß des Franzoesischen Erhaltung-Senates aus Anlaß der Convention zwischen dem General York und Grafen von Wittgenstein. In: ADA, 1814, H. 1, S. 87ff; Rede des Franzoesischen Kaisers bey Eroeffnung der Sitzung des gesetzgebenden Koerpers. In: ADA, 1814, H. 1, S. 165ff; Rede vom Kaiser Napoleon, gehalten im gesetzgebenden Corps zu Paris am 14. Januar 1813, mit Bemerkungen. In: RT, 1813, H. 4, S. 44ff; o.T. In: RDVB, 13.4.1813, H. 6, S. 3f; Beschluß des im vorigen Stücke abgebrochenen Aufsatzes. In: RDVB, 15.4.1813, H. 7, S. 6f.

<sup>119</sup> Vgl. o.T. In: Beilage RDVB, 2.6.1813, H. 5, S. 1f; o.T. In: RDVB, 6.4.1813, H. 3, S. 2f; Ueber den, Preussen betreffenden, Bericht des Herzogs von Bassano an Napoleon. In: Beilage RDVB, 3.5.1813, H. 2, S. 4.

<sup>120</sup> Vgl. Auslaendische Angelegenheiten. England. In: DDB I, 11.4.1813, H. 1, S. 2f; Uebersicht des Krieges. (Mitgetheilt aus dem Hauptquartier.) In: PC, 26.4.1813, H. 15, S. 1; Inlaendische Angelegenheiten. Preussen. In: DDB I, 27.4.1813, H. 10, S. 1f.

<sup>121</sup> Vgl. Ein Blick auf Europa. In: RDVB, 8.4.1813, H. 4, S. 4; Uebersicht des Krieges. (Mitgetheilt aus dem Hauptquartier.) In: PC, 26.4.1813, H. 15, S. 1.

<sup>122</sup> Vgl. Uebersicht des Krieges. (Mitgetheilt aus dem Hauptquartier.) In: PC, 26.4.1813, H. 15, S. 13; Mannheim, den 1sten Jan. In: PC, 12.1.1814, H. 6, S. 3; o.T. In: RDVB, 13.4.1813, H. 6, S. 8.

<sup>123</sup> Vgl. Nachtrag zu der letzten Übersicht der neuern Vorfälle. In: RDVB, 1.6.1813, H. 27, S. 7; Auslaendische Angelegenheiten. Frankreich. In: DDB II, 27.1.1814, H. 16, S. 3.

<sup>124</sup> Vgl. Ein Blick auf Europa. In: RDVB, 8.4.1813, H. 4, S. 4; Inhalt verschiedener eingelaufener Briefe. In: RDVB, 24.4.1813, H. 11, S. 7; Uebersicht des Krieges. (Mitgetheilt aus dem Hauptquartier.) In: PC, 26.4.1813, H. 15, S. 13; Uebersicht der neuesten Vorfälle. In: RDVB, 8.5.1813, H. 17, S. 7; Aus einem Schreiben aus Görlitz, vom 20sten Mai. In: PC, 24.5.1813, H. 31, S. 2; Der Feldzug von 1813 bis zum Waffenstillstand. In: AM, 1813, H. 2, S. 100ff; Erklärung mehrerer Offiziere der Hülfsstruppen des Rheinbunds. In: MG, 1813, H. 1, S. 100f; Merkwürdige Erklärung mehrerer Offiziere der Hülfsstruppen des Rheinbundes. In: JAN II, 1814, H. 2.2, S. 161ff.

<sup>125</sup> Vgl. Hamburg, den 3ten May. In: PC, 10.5.1813, H. 23, S. 2f; o.T. In: PC, 19.4.1813, H. 11, S. 2; Vermischte Nachrichten. In: ZF, 23.9.1813, H. 1, S. 3; Armeieberichte. Hauptquartier Saarmund, den 28. August. In: Beilage PC, 30.8.1813, H. 87, S. 2.

<sup>126</sup> Vgl. Inlaendische Angelegenheiten. Bayern. In: DDB I, 11.4.1813, H. 1, S. 2; Auslaendische Angelegenheiten. Frankreich. In: DDB I, 13.4.1813, H. 2, S. 3; Auslaendische Angelegenheiten.

Auch wenn die Verbündeten im Frühjahr 1813 keine definitive Kriegsentscheidung herbeiführen konnten, hatten die neuen Presseorgane doch dazu beigetragen, das Bild von der unangreifbaren Hegemonie Napoleons in Frankreich und Europa gravierend zu beschädigen.

### 3.2.8. Die Missbilligung von Dänemarks Treue gegenüber Frankreich

Unter den Bündnispartnern Frankreichs erwies sich Dänemark nach Meinung deutscher Berichtersteller während des Frühjahrsfeldzuges 1813 als besonders zuverlässig. Dänemark zeigte keinerlei Bereitschaft, der antinapoleonischen Allianz beizutreten.<sup>128</sup> Ein bekanntes Hindernis für den Bündniswechsel Dänemarks war, dass der König Frederick VI. gegenüber Schweden den Besitz Norwegens beanspruchte.<sup>129</sup> An der norwegischen Frage scheiterte dann auch ein Versuch englischer, schwedischer und russischer Diplomaten Ende Mai 1813, einen Frieden mit Dänemark unabhängig von Napoleon zu schließen.<sup>130</sup> Infolgedessen mehrten sich ab Anfang Juni die Befürchtungen, dass Dänemark Frankreich die Treue zu halten plane<sup>131</sup> und Schweden sowie Russland den Krieg erklären wolle.<sup>132</sup>

---

Bayern. In: DDB I, 18.4.1813, H. 5, S. 4; o.T. In: RDVB, 8.4.1813, H. 5, S. 1; Uebersicht der neuesten Vorfälle. In: RDVB, 4.5.1813, H. 15, S. 7; Bitterauf 1913, S. 147.

<sup>127</sup> Vgl. Auslaendische Angelegenheiten. Württemberg. In: DDB I, 15.4.1813, H. 3, S. 3; Auslaendische Angelegenheiten. Württemberg. In: DDB I, 6.5.1813, H. 15, S. 2; Stuttgart, den 24sten. April. In: PC, 21.5.1813, H. 29, S. 3.

<sup>128</sup> Vgl. Ein Blick auf Europa. In: RDVB, 8.4.1813, H. 4, S. 3ff; o.T. In: PC, 15.1.1814, H. 8, S. 1; o.T. In: PC, 19.4.1813, H. 11, S. 3; Nachtrag zu der letzten Übersicht der neuern Vorfälle. In: RDVB, 1.6.1806, H. 27, S. 5; Berliner Blätter enthalten folgenden Auszug eines Briefes aus der Rede von Perth in der Insel Rügen vom 30sten Mai. In: PC, 4.6.1813, H. 37, S. 1.

<sup>129</sup> Vgl. Auslaendische Angelegenheiten. England. In: DDB I, 15.4.1813, H. 3, S. 2; Uebersicht der neuesten Vorfälle. In: RDVB, 4.5.1813, H. 15, S. 5f; Uebersicht der neuesten Vorfälle. In: RDVB, 6.5.1813, H. 16, S. 7; Inlaendische Angelegenheiten. Schwedisch-Pommern. In: DDB I, 18.5.1813, H. 20, S. 3; o.T. In: PC, 23.5.1813, H. 30, S. 3; o.T. In: PC, 2.6.1813, H. 36, S. 2; Christiana den 24. Mai. In: PC, 21.7.1813, H. 64, S. 2; Schroeder 1994, S. 459.

<sup>130</sup> Vgl. Bekanntmachung. In: PC, 2.6.1813, H. 36, S. 1; Berliner Blätter enthalten folgenden Auszug eines Briefes aus der Rede von Perth in der Insel Rügen vom 30sten Mai. In: PC, 4.6.1813, H. 37, S. 1; o.T. In: PC, 9.6.1813, H. 40, S. 2; Bulletin. Hauptquartier Stralsund, den 5ten Juni 1813. In: PC, 10.6.1813, H. 41, S. 2f; Uebersicht über die neuesten Vorfälle. In: RDVB, 12.6.1813, H. 32, S. 2; o.T. In: PC, 2.7.1813, H. 52, S. 4; Fortsetzung der im letzten Stück abgebrochenen Staatsschriften. In: PC, 3.7.1813, H. 54, S. 3f; o.T. In: PC, 28.7.1813, H. 68, S. 1.

<sup>131</sup> Vgl. o.T. In: PC, 16.6.1813, H. 44, S. 1; Uebersicht der neuesten Vorfälle. In: RDVB, 29.6.1813, H. 39, S. 4; o.T. In: PC, 21.7.1813, H. 64, S. 4.

<sup>132</sup> Tatsächlich erklärte Dänemark Preußen und Russland erst nach dem alliierten Sieg bei Leipzig am 22. Oktober 1813 den Krieg. Vgl. Königlich dänische Erklärung gegen Rußland. In: TEU, 1814, H. 3, S. 46ff.

### 3.3. Die publizistische Protektion der Geheimverhandlungen der Allianzteilnehmer und -kandidaten

Nachdem es den Alliierten während des Frühjahrsfeldzuges nicht gelungen war, in den Schlachten bei Lützen am 2. Mai 1813 und Bautzen am 20. Mai 1813 einen definitiven Sieg über Napoleon zu erringen, gingen sie Anfang Juni 1813 mit Frankreich einen Waffenstillstand ein, um einen Friedensschluss auszuhandeln. Die Zeit der Waffenruhe planten beide Kriegsparteien aber auch dazu zu nutzen, die eigenen Truppenverbände zu verstärken und neue Verbündete, insbesondere Österreich, zu einem Kriegseintritt auf der eigenen Seite zu bewegen. Die Wiener Regierung bemühte sich in dieser Situation, Einfluss auf die Friedensgespräche zu nehmen und das Kalischer Angriffs- und Verteidigungsbündnis zu revidieren. Mit Beginn des Waffenstillstandes und diplomatischer Kontakte wandelte sich die propagandistische Strategie der Verbündeten. Repräsentanten der russisch-preußischen Allianz bemühten sich nicht länger, die Zivilbevölkerung eines möglichen Bündnisstaates mittels Proklamationen in ihre publizistische Kriegsführung einzubinden, sondern verhandelten unter Ausschluss der Öffentlichkeit direkt mit den einzelnen Vertretern europäischer Regierungen über neue Allianzkonstellationen und über den Frieden auf dem Kontinent. Die Ergebnisse dieser Unterhandlungen teilten die Alliierten dem Publikum nur bruchstückhaft mit.

#### 3.3.1. Die kritische Presse zum Waffenstillstandstraktat von Pläswitz

Anfang Juni 1813 machten die Redaktionen abrupt die ersten Nachrichten über den Abschluss eines Waffenstillstandes zwischen Russland, Preußen und Frankreich bekannt. Die einzelnen Bestimmungen des Traktates wären während einer Konferenz im Kloster Wahlstatt bei Liegnitz von französischen, russischen und preußischen Gesandten ausgehandelt worden.<sup>133</sup>

Die Zeit der Waffenruhe war nach Auskunft von Kriegsberichterstatern zunächst vom 4. Juni bis zum 30. Juli 1813, also auf acht Wochen, begrenzt,<sup>134</sup> wurde aber dann bis

---

<sup>133</sup> Vgl. Französische Kriegsberichte. In: PC, 30.6.1813, H. 52, S. 3; Aus Sachsen, vom 6ten Juni. In: PC, 10.6.1813, H. 41, S. 1; Uebersicht über die neuesten Vorfälle. In: RDVB, 12.6.1813, H. 31, S. 1; Kriegereignisse. In: KRO, 1813, H. 2.3, S. 329.

<sup>134</sup> Vgl. Berlin, vom 8ten Juni. In: PC, 9.6.1813, H. 40, S. 1; Aus Sachsen, vom 6ten Juni. In: PC, 10.6.1813, H. 41, S. 1; Neueste Kriegs-Begebenheiten bei dem Armee-Corps Generale von Woronzow und v. Tschernitscheff. In: PC, 10.6.1813, H. 41, S. 2; o.T. In: PC, 13.6.1813, H. 42, S. 3; Uebersicht der neuesten Vorfälle. In: RDVB, 10.6.1813, H. 31, S. 1.



zum 10. August verlängert.<sup>135</sup> Nachdem der Vertragstext Mitte Juni in einigen Blättern abgedruckt worden war, entwickelte sich der Waffenstillstand schnell zu einem umstrittenen Gegenstand der publizistischen Diskussion.<sup>136</sup> Einige Journalisten betonten den Umstand, dass Napoleon in einer für ihn strategisch schwierigen Situation die Initiative ergriffen und die verbündeten Mächte um einen Waffenstillstand gebeten habe.<sup>137</sup> Andere Schreiber kritisierten, dass die alliierten Streitkräfte mit Beginn der Waffenruhe ihren militärisch-strategischen Vorteil gegenüber den französischen Truppen verlören.<sup>138</sup> Die Chance zum Durchmarsch der verbündeten Truppen bis zum Rhein sei wegen der vereinbarten Demarkationslinie vertan.<sup>139</sup> Die alliierten Monarchen hätten allen Handlungsspielraum verspielt und könnten mit Frankreich nur noch einen nachteiligen und entehrenden Frieden schließen.<sup>140</sup> Die Mehrzahl der Berichtersteller rechnete jedoch damit, dass alle Friedensverhandlungen scheitern und die Koalitierten die Zeit der Waffenruhe dazu nutzen würden, um sich militärisch auf die Fortsetzung des Krieges vorzubereiten.<sup>141</sup>

Die Erwartungshaltung der zuletzt Genannten bestätigte sich mit der Wiederaufnahme der Kriegshandlungen am 16. August 1813. Die Diskussion über die Vor- und Nachteile des Waffenstillstandes war ab dem Beginn des Herbstfeldzuges überhaupt kein Thema mehr.

---

<sup>135</sup> Vgl. Uebersicht der neuesten Vorfälle. In: RDVB, 17.6.1813, H. 24, S. 1f; o.T. In: PC, 16.7.1813, H. 61, S. 1; o.T. In: PC, 31.7.1813, H. 70, S. 1; o.T. In: PC, 13.8.1813, H. 77, S. 1f.

<sup>136</sup> Vgl. Acte des Waffenstillstandes. In: Beilage PC, 25.4.1813, H. 49, S. 1f; Der Waffenstillstand. In: ND, 1813, H. 3, S. 279ff; Convention zwischen den hohen verbündeten Mächten und Sr. königl. Hoh., dem Monsieur, Generallieutenant des Königsreichs. In: FZ, 27.4.1814, H. 71, S. 1f; Convention zwischen den hohen verbündeten Mächten und Sr. königl. Hoh., dem Monsieur, Generallieutenant des Königsreichs. In: FZ, 29.4.1814, H. 72, S. 1f; Nachträglicher Artikel. In: FZ, 29.4.1814, H. 72, S. 2.

<sup>137</sup> Vgl. Nachtrag zu der letzten Übersicht der neuern Vorfälle. In: RDVB, 1.6.1813, H. 27, S. 4ff; o.T. In: PC, 10.6.1813, H. 41, S. 1.

<sup>138</sup> Vgl. o.T. In: PC, 10.6.1813, H. 41, S. 1; Der Waffenstillstand. In: ND, 1813, H. 3, S. 279f.

<sup>139</sup> Vgl. Aus dem Schreiben eines Oberjägers bei dem Lützowschen Freicorps, aus Plauen im Voigtlande, vom 13ten Juni. In: PC, 23.6.1813, H. 48, S. 1.

<sup>140</sup> Vgl. Der Waffenstillstand. In: ND, 1813, H. 3, S. 279f.

<sup>141</sup> Vgl. Berlin, den 8ten Juni 1813. In: PC, 10.6.1813, H. 41, S. 1; o.T. In: PC, 14.6.1813, H. 43, S. 1; Uebersicht der neuesten Vorfälle. In: RDVB, 15.6.1813, H. 32, S. 3; Uebersicht der neuesten Vorfälle. In: RDVB, 17.6.1813, H. 24, S. 2; Uebersicht der neuesten Vorfälle. In: RDVB, 19.6.1813, H. 35, S. 4; Königsberg, den 14ten Juni. In: PC, 21.6.1813, H. 47, S. 3; Der Waffenstillstand, mit Rücksicht auf Handel und Verkehr in den Preußischen Ländern betrachtet. In: Beilage RDVB, 25.6.1813, H. 8, S. 1ff; Uebersicht der neuesten Vorfälle. In: RDVB, 29.6.1813, H. 39, S. 1f; o.T. In: PC, 17.7.1813, H. 62, S. 1; Der Waffenstillstand. In: ND, 1813, H. 3, S. 279f.

### 3.3.2. Die Diskretion über die Vertragsabschlüsse zwischen einzelnen Bündnispartnern

Im Vergleich zum Waffenstillstandsvertrag gewannen die Bündnisverhandlungen zwischen den Vertretern der russischen, preußischen und englischen Regierungen sowie deren Vertragsabschlüsse nur geringe publizistische Bedeutung.

Einzelnachrichten gaben Auskunft über den Abschluss der Konvention von Reichenbach zwischen Russland, Preußen und England vom 15. Juni 1813,<sup>142</sup> über die Zusammenkunft in Gitschin am 21. Juni 1813,<sup>143</sup> über die Konvention von Peterswaldau zwischen Russland, Preußen und England vom 6. Juli 1813<sup>144</sup> und die Konferenzen von Trachenberg vom 11./12. Juli 1813.<sup>145</sup> Obwohl die Ratifikation der bilateralen Verträge gemeldet und Teile der Bestimmungen – vielfach mit Verspätung – publiziert wurden, blieb der vollständige Inhalt der Vertragsvereinbarungen zwischen den Alliierten der Öffentlichkeit unbekannt. Offiziell wurden die Subsidienzahlungen Englands an die russisch-preußischen Bündnispartner sowie deren gegenseitige Verpflichtung zu gemeinsamen Friedensverhandlungen mit Napoleon angekündigt. Inoffiziell blieben alle Absprachen hinsichtlich der territorialen Neuordnung der deutschen Staaten. Dass die preußischen Unterhändler England die Rückgabe Hannovers in Aussicht gestellt hatten und von England die Garantie erhielten, Preußen in den Größenverhältnissen wie vor dem Krieg 1806 zu erneuern,<sup>146</sup> erfuhr kein Leser aus der Zeitung.

Die diplomatische Erneuerung der antinapoleonischen Koalition unter Vermittlung österreichischer Gesandter vollzog sich im Verborgenen – in scheinbarem Einverständnis mit den deutschen Pressevertretern. Dementsprechend fand der Vertrag von Reichen-

---

<sup>142</sup> Vgl. Allianz-Tractate mit England. In: ND, 1814, H. 8, S. 174ff; o.T. In: PC, 7.4.1814, H. 3, S. 1; Zusatzvereinbarung von London vom 18. September 1813. Supplementair-Konvention zu den Uebereinkunfts- und Subsidientraktaten zwischen Sr. britischen Majestaet, und JJ.MM. dem Kaiser aller Reussen und dem Koenige von Preussen. In: JAN II, 1814, H. 2.2, S. 105ff; Allianz-Tractat mit England. Supplementar-Convention zu den Uebereinkunfts- und Subsidientraktaten zwischen Sr. britischen Majestaet, und II.MM. dem Kaiser aller Reußen und dem Könige von Preußen. In: ND, 1814, H. 8, S. 180ff; Goldmann, Karl: Die preußisch-britischen Beziehungen in den Jahren 1812-1815. Würzburg 1934, S. 28; Brandes 1938, S. 66; Griewank 1954<sup>2</sup>, S. 61; Lange 1956, S. 115ff.

<sup>143</sup> Vgl. Uebersicht der neuesten Vorfälle. In: RDVB, 15.6.1813, H. 32, S. 3; o.T. In: PC, 18.6.1813, H. 46, S. 1; Uebersicht der neuesten Vorfälle. In: RDVB, 19.6.1813, H. 35, S. 2; Uebersicht der neuesten Vorfälle. In: RDVB, 22.6.1813, H. 36, S. 2; o.T. In: PC, 9.7.1813, H. 57, S. 1.

<sup>144</sup> Vgl. Allianz-Tractate mit England. In: ND, 1813, H. 8, S. 176ff; Traktat. Zwischen Sr. britischen Maj. und dem Kaiser aller Reussen, unterzeichnet zu Peterswaldau den 6. Juli 1813. In: JAN II, 1814, H. 2.2, S. 98ff; Kamnitzer 1962, S. 153ff.

<sup>145</sup> Vgl. o.T. In: PC, 6.7.1813, H. 55, S. 1; o.T. In: PC, 7.7.1813, H. 56, S. 1; o.T. In: PC, 16.7.1813, H. 61, S. 1; o.T. In: PC, 23.7.1813, H. 65, S. 1f.

<sup>146</sup> Vgl. Sellin 2001, S. 65.

bach zwischen Österreich, Preußen und Russland vom 27. Juni 1813, der den Kriegseintritt Österreichs und seinen Bündniswechsel vorab an Friedensbedingungen knüpfte,<sup>147</sup> überhaupt keine explizite Erwähnung in der Tagesliteratur.

### 3.3.3. Die Schuldzuweisung für das Scheitern des Friedenskongresses von Prag an Napoleon

Der Friedenskongress von Prag war das am besten dokumentierte Ereignis während der Waffenruhe. Die Chronisten beleuchteten jedoch nur den Beginn der Friedensverhandlungen am 12. Juli und das Ende der Gespräche am 10. August 1813. Über die tatsächlichen Aktivitäten einzelner Kongressbevollmächtigter und über den Ablauf der Besprechungen waren nur wenige Nachrichten zu lesen.<sup>148</sup>

Die Initiative für den Friedenskongress schrieben die Journalisten Napoleon zu. Anfang Juni 1813 habe der französische Kaiser dem russischen Zaren und dem preußischen König den Vorschlag unterbreitet, einen Friedenskongress aller Krieg führenden Mächte in Prag abzuhalten. Napoleons Konzept sah vor, dass die Friedensverhandlungen zwischen zwei Parteien stattfänden. Auf der einen Seite sollten neben Vertretern aus Frankreich Entsandte der Vereinigten Staaten von Amerika, Dänemark, der spanischen Königstreuen und aller verbliebenen Bundesgenossen stehen. Auf der anderen Seite sollten sich die Beauftragten aus England, Russland, Preußen, der spanischen Aufständischen sowie der anderen Alliierten versammeln.<sup>149</sup> Napoleons Kongressofferte diskutierten die Publizisten kontrovers. Einige der Personen, die sich zu Wort meldeten, zweifelten an der Seriosität der Friedensinitiative und glaubten, dass Napoleon Frankreich mit dieser List nur zeitweilige Ruhe verschaffen wolle.<sup>150</sup> Andere hofften auf einen allgemeinen Verhandlungserfolg, um Europa dauerhaft zu befrieden.<sup>151</sup> Die Frage nach der anfänglichen Verhandlungstaktik Napoleons und auch der Verbündeten blieb für das Publikum mangels Edition offizieller Stellungnahmen offen.

---

<sup>147</sup> Vgl. Griewank 1954<sup>2</sup>, S. 57.

<sup>148</sup> Vgl. o.T. In: PC, 17.7.1813, H. 62, S. 1; Prag, den 17. Juli. In: PC, 20.7.1813, H. 69, S. 4; Obermann, Karl: Diplomatie und Außenpolitik im Jahre 1813, unter besonderer Berücksichtigung der Rolle Metternichs. Aus: Straube, Fritz (Hrsg.): Das Jahr 1813. Studien zur Geschichte und Wirkung der Befreiungskriege. Berlin 1963, S. 154; Schroeder 1994, S. 472ff.

<sup>149</sup> Vgl. o.T. In: Beilage PC, 4.6.1813, H. 37, S. 1f.

<sup>150</sup> Vgl. Uebersicht der neuesten Vorfälle. In: RDVB, 6.6.1813, H. 30, S. 5; o.T. In: RDVB, 26.6.1813, H. 38, S. 1f; o.T. In: PC, 14.7.1813, H. 60, S. 4f.

<sup>151</sup> Vgl. Kriegsereignisse. In: KRO, 1813, H. 2.3, S. 356; o.T. In: PC, 17.7.1813, H. 62, S. 1; Prag, den 18. August. In: PC, 6.9.1813, H. 90, S. 2.

Das Scheitern der Prager Friedensverhandlungen führten die Autoren auf Napoleons Weigerung, ein österreichisches Friedensultimatum anzunehmen, zurück.<sup>152</sup> Der österreichische Vorschlag habe unter anderem vorgesehen, dass Frankreich einen Frieden auf der Basis der Grenzen des Lunéviller Friedensvertrages vom 9. Februar 1801 schließen solle und seine illyrischen Provinzen an Österreich zurückgeben, die besetzten Festungen in Preußen räumen, Danzig Preußen überlassen, Hamburg und Lübeck in die Unabhängigkeit entlassen, den Rheinbund auflösen, das Herzogtum Warschau räumen und dieses Österreich und Preußen unterstellen solle. Nach Angabe der Prager Korrespondenten hätten Österreich und die anderen alliierten Mächte den Waffenstillstandsvertrag zum 10. August 1813 aufgekündigt, weil Napoleon Österreichs Friedensofferte unbeantwortet verstreichen ließ.<sup>153</sup> Dass diese Bedingungen des österreichischen Friedensangebotes bereits im Vertrag von Reichenbach zwischen Russland, Preußen und Österreich vom 27. Juni 1813 vorgezeichnet worden waren<sup>154</sup> und Österreich dadurch seine Machtposition in der Koalition vorab abgesichert hatte, war dem Publikum unbekannt. Ohne Kommentar blieb auch der Umstand, dass es der Wiener Regierung in Reichenbach gelungen war, die Präsenz englischer Truppen auf dem Kriegsschauplatz in Zentraleuropa zu begrenzen und Englands politischen Einfluss auf die Koalition zu beschränken.

Die Aufgabe der Friedensverhandlungen in Prag markierte laut der amtlichen Kriegsberichterstattung die Wiederaufnahme der militärischen Auseinandersetzungen. Während die Verbündeten in Prag ihren Friedenswillen unter Beweis gestellt hätten, könne Napoleon allein für das Scheitern einer diplomatischen Friedenslösung verantwortlich gemacht werden.

---

<sup>152</sup> Vgl. Schreiben von der Böhmisches Grenze, vom 30. Juni. In: PC, 7.7.1813, H. 56, S. 1; Elf Akten-Stuecke zur Beleuchtung der immer verzogerten Unterhandlungen auf dem Kongresse zur Prag. In: GMD, 1813, H. 3, S. 20ff.

<sup>153</sup> Vgl. o.T. In: PC, 3.9.1813, H. 89, S. 2; Oesterreichs Friedensvorschlaege an den Kaiser Napoleon. In: NPZ, 1813, H. 1.2, S. 25; Haupt-Uebersicht der Begebenheiten des Jahres 1813. In: FZ, 23.1.1814, H. 49, S. 2; Umriss zu den kuenftigen Gemaelden der siegreichen Schlachten welche die Verbuedeten vom 23. Aug. 1813 an erkaempft haben. In: DN, 1814, H. 1, S. 55f; Miscellen. In: NPZ, 1814, H. 5.2, S. 31; Ueberblick des deutschen Krieges in der zweyten Hälfte des Jahres 1813. In: AM, 1814, H. 3, S. 150ff.

<sup>154</sup> Vgl. Heidenreich, H.: Das politische Verhalten Österreichs während der Freiheitskriege: Ein praktisches Beispiel für die wissenschaftliche Darstellung einer Hausarbeit für die Mittelschullehrerprüfung. Berlin 1914, S. 28f; Griewank 1954<sup>2</sup>, S. 57; Kraehe 1963, S. 179ff; Kissinger 1986, S. 145ff; Schroeder 1994, S. 472f; Sellin 2001, S. 62.

### 3.4. Die Proklamierung der europäischen Gleichgewichtsmaxime als Leitmotiv der alliierten Friedenspolitik in den deutschen Staaten

Nach der Aufkündigung des Waffenstillstandsvertrages und nach Ablauf einer Frist von sieben Tagen begann am 17. August 1813 der Herbstfeldzug. Die verbündeten Mächte Russland, Preußen, England und Schweden trieben unter Führung Österreichs den Bündniswechsel aller Rheinbundstaaten mit diplomatischen Mitteln und militärischem Druck voran. Österreich gelang es, die alte europäische Gleichgewichtsmaxime als friedenschaffendes Instrument und Ordnungsprinzip für die deutsche Staatenwelt gegenüber den Koalitionspartnern durchzusetzen. Entscheidendes Kriterium für die Integration deutscher Fürsten in das Bündnis war weniger die Legitimität ihres Herrschaftsanspruches als der Erhalt eines geschlossenen Territoriums für die künftige Nachkriegsordnung. Im Verlauf des Herbstfeldzuges stellten die Presseerzeugnisse dann mehrere Modelle vor, nach denen die Koalierten deutsche Regenten in die Militärallianz einbanden oder von der Staatengemeinschaft separierten. Die Regenten, die sich entschlossen, der antinapoleonischen Koalition freiwillig beizutreten, erhielten die Möglichkeit, ihre staatliche Souveränität und territoriale Integrität zu wahren. Die Fürsten, die sich nach der Aufhebung der napoleonischen Staatenstiftungen einem Bündnisanschluss verweigerten, mussten die Übernahme der Administration ihres Territoriums durch Vertreter der Alliierten hinnehmen. Einige deutsche Gebiete, die Bestandteil aufgelöster Rheinbundstaaten waren oder die Napoleon ins Kaiserreich Frankreich eingegliedert hatte, unterstellte die Koalition ihren traditionellen Fürstendynastien. Die Bündnisbeitritte deutscher Fürsten unter Führung Österreichs bereitete die Militärpublizistik weitgehend wertneutral auf,<sup>155</sup> sodass dem Publikum der Einblick in machtpolitische Spannungen innerhalb der Koalition und in divergierende Deutschlandkonzepte verstellt war. Kein Journalist forderte jedoch die Wiederherstellung der mediatisierten und säkularisierten Gebiete aus der Zeit des Alten Reiches ein.

---

<sup>155</sup> Vgl. Europa zu Anfange des Jahres 1814. In: KRO, 1814, H. 5.1, S. 117ff; Alte Fürsten, welche wieder als Regenten aufgetreten. In: ND, 1814, H. 5, S. 566f; Schroer: Nichts Neues, aber etwas höchst Wichtiges. In: DB II, 21.3.1814, H. 102, S. 112; Die Monate Januar und Februar. In: DB II, 2.4.1814, H. 109, S. 230ff; Hubatsch, Walter: Deutsche Grenzprobleme 1813-15. In: Die Welt als Geschichte. 16. Jg. (1956), H. 3/4, S. 186f; Scheuner, Ulrich: Die Verfassung Deutschlands im Rahmen der europäischen Staatenordnung. Aus: Berding, Helmut (Hrsg.): Vom Staat des Ancien Régime zum modernen Parteienstaat. Festschrift für Theodor Schieder zum 70. Geburtstag. München, Wien. 1978, S. 492ff.

### 3.4.1. Die verspäteten Mitteilungen über Englands engere Anbindung an die Verbündeten

Nach Ablauf der Waffenruhe begannen die Presseorgane unvermittelt, Reden aus dem Londoner Parlament abzdrukken. Die ausgewählten Erklärungen der Volksvertreter dokumentieren so retrospektiv die Annäherung der englischen Regierung an Russland und Preußen während der Zeit der Waffenruhe, ohne jedoch direkt Bezug auf die Subsidienvträge von Reichenbach am 15. Juni 1813 oder Peterswaldau am 6. Juli 1813 zu nehmen, in denen sich England zu Hilfszahlungen verpflichtet hatte.

Der englische Außenminister Lord Robert Castlereagh hatte in seiner Parlamentsrede am 7. Juli 1813 den Einsatz englischer Truppen auf der Iberischen Halbinsel gegen den König Joseph I. mit dem russisch-preußischen Kampf gegen Napoleon in Verbindung gebracht und beides unter ein gemeinsames Ziel gestellt. Wellingtons Siege auf dem spanischen Kriegsschauplatz – insbesondere der militärische Erfolg bei Vitoria am 21. Juni 1813 – seien der englische Beitrag zur Befreiung Europas gewesen.<sup>156</sup> Nach dem Rückzug französischer Truppen aus Iberien waren jedoch weder die Unabhängigkeit Spaniens noch Europas Freiheit gesichert. Vielmehr waren sie Gegenstand der Verhandlungen auf dem Prager Kongress. Ohne den Ausgang der Friedensgespräche europäischer Diplomaten abzuwarten, nahm der englische Prinzregent Georg IV. das Ergebnis des Prager Kongresses öffentlich vorweg. Am 22. Juli 1813 setzte er das Londoner Parlament davon in Kenntnis, dass zwischen den Regierungen in London, Petersburg, Berlin und Stockholm Einigkeit über die Notwendigkeit bestehe, den Krieg gegen Napoleon fortzusetzen.<sup>157</sup> Die Form des künftigen Kriegsengagements Englands in Zentraleuropa blieb jedoch ungeklärt.

Auch wenn die Zeitungsmacher ihre Leser verspätet und nur vage über Englands engere Anbindung an die Verbündeten informierten – erst nach Österreichs außenpolitischem Kurswechsel –, vermittelten ihre Mitteilungen zu Beginn des Herbstfeldzuges doch den Eindruck, dass die Koalition gestärkt aus der Zeit des Waffenstillstandes hervorgegangen seien.

---

<sup>156</sup> Vgl. Großbritannien. Kriegsdepartement. Unterhaus. Sitzung am Mittwoch den 7. Juli. In: PC, 11.8.1813, H. 76, S. 4; Canning's Rede bei Gelegenheit der Dankadresse für den Marquis von Wellington. In: DB I, 20.10.1813, H. 6, S. 4.

<sup>157</sup> Vgl. Großbritannisches Parlament. In: PC, 14.8.1813, H. 78, S. 3.

### 3.4.2. Die Bekanntgabe der lange erwarteten Kriegsbeteiligung Schwedens

Der Kriegseintritt schwedischer Truppen unter Führung Bernadottes in Schwedisch-Pommern, den die Publizisten seit dem Frühjahr 1813 eingefordert hatten, fand zu Beginn des Herbstfeldzuges statt.

Aus seinem Oranienburger Hauptquartier ließ Bernadotte am 15. August 1813 eine Proklamation an seine Soldaten verbreiten, die die Erneuerung des europäischen Gleichgewichts als alliiertes Kriegsziel ausgab. Schweden gedenke, so kündigte der Kronprinz an, künftig an der Seite der Verbündeten den Krieg gegen Frankreich voranzutreiben. Weil die Staaten auf dem Kontinent „wie eine große Familie“ zusammenlebten, werde innerhalb der europäischen Staatenfamilie kein übermächtiger Herrschaftsanspruch eines Einzelstaates geduldet, der dem Unabhängigkeitsanspruch eines anderen entgegenstehe. Daher forderte Bernadotte seine Männer auf, gegen Napoleon und für Freiheit, Unabhängigkeit und ein Mächtegleichgewicht der europäischen Staaten zu kämpfen.<sup>158</sup>

Mit der engeren Anbindung an die Koalition übernahm Bernadotte auch die Aufgabe, offizielle Armeebereiche in seinem Hauptquartier zu edieren.

Die Bulletins, die Auskunft über die militärischen Erfolge der Nordarmee gaben, boten der deutschen Tagespresse aber zu keinem Zeitpunkt Anlass, über die realpolitischen Interessen Schwedens auf dem Kontinent und die Rolle Bernadottes in der Koalition zu spekulieren.<sup>159</sup>

### 3.4.3. Die Betonung von Österreichs Führungsanspruch innerhalb der Koalition

Nach dem Ablauf des Friedensultimatums erschienen Mitte August 1813 die ersten Nachrichten, die, wie bereits angekündigt, Österreichs definitiven Kriegseintritt bekannt machten.<sup>160</sup>

---

<sup>158</sup> Vgl. Der Kronprinz von Schweden, Generalissimus, an die Armee. In: DB I, 20.10.1813, H. 6, S. 41ff; Schwedens Krieg gegen Frankreich. In: ND, 1813, H. 3, S. 303; Actenstücke von der vereinigten Armee von Norddeutschland. In: AM, 1814, H. 4, S. 46.

<sup>159</sup> Vgl. Europa zu Anfange des Jahres 1814. In: KRO, 1814, H. 5.1, S. 112f; Inlaendische Angelegenheiten. Schreiben aus Lübeck, vom 21. Mai. In: DDB II, 28.5.1814, H. 85, S. 1; Kraehe 1963, S. 294.

<sup>160</sup> Vgl. o.T. In: PC, 16.8.1813, H. 79, S. 1; Frankfurter Zeitung, vom 25. Aug. In: PC, 13.9.1813, H. 95, S. 3; Großbritannien. Auszüge aus den englischen Blättern vom September. In: DB I, 26.10.1813, H. 16, S. 126; Blick auf das Jahr 1813. In: DB II, 5.1.1813, H. 60, S. 95f; Alte Fürsten, welche wieder als Regenten auftreten. In: ND, 1814, H. 5, S. 569; Kraus, Karl: Politisches Gleichgewicht und Europagedanke bei Metternich. Frankfurt a. M. 1993, S. 45ff.

Das „Manifest Seiner Majestät des Kaisers von Oesterreich, Königs von Ungarn und Böhmen“ vom 17. August 1813 legte elaboriert die Argumente für den Bündniswechsel Österreichs dar. Die mehrfach in vollem Wortlaut abgedruckte Erklärung stammte aus der Feder von Friedrich Gentz.<sup>161</sup> Der Kaiser von Österreich begründete seinen außenpolitischen Kurswechsel mit der schädlichen Wirkung Frankreichs auf Europa seit der Revolution von 1789, mit Napoleons Einführung des Kontinentalsystems, mit dem Scheitern des französischen Russlandfeldzuges und dem Misserfolg der österreichischen Friedensinitiative von Prag. Franz I. gab an, Frankreich den Krieg zu erklären, weil er sich seit 1810 erfolglos um einen Frieden für Österreich und Europa bemüht habe.<sup>162</sup> Neben der kaiserlichen Verlautbarung veröffentlichten einige Redaktionen auch einen Armeebefehl des österreichischen Fürsten Feldmarschall Schwarzenberg vom 17. August 1813 aus dem Melnicker Hauptquartier. Der Feldmarschall erläuterte die Kriegsziele Österreichs und benannte die Gleichgewichtsmaxime als neues Instrument der alliierten Friedenspolitik.<sup>163</sup> Österreich führe gemeinsam mit Russland, Preußen, Schweden, England und Spanien Krieg, um in Europa einen Frieden zu verwirklichen, der einen dauerhaften Interessenausgleich zwischen den europäischen Staaten und die Unabhängigkeit jedes einzelnen Staates verbürge. Schwarzenberg betonte, dass die Verbündeten nicht gegen Frankreich, sondern nur gegen Frankreichs Despotie außerhalb seiner Grenzen kämpften.<sup>164</sup> Ohne Österreichs stillschweigende Modifikation des Kalischer Aufrufes<sup>165</sup> – einen europäischen Frieden auf Grundlage eines Mächtegleichgewichtes zu suchen – und seine neue Dominanz unter den Allianzteil-

---

<sup>161</sup> Vgl. Schäfer 1974, S. 66.

<sup>162</sup> Vgl. o.T. In: PC, 28.8.1813, H. 86, S. 1; Aktenstücke in Bezug auf den gegenwärtigen Krieg. In: KRO, 1813, H. 3.2, S. 187ff; Schreiben aus Hermannstadt vom 7. October 1813. In: FZ, 15.10.1813, H. 3, S. 5; Manifest Sr. Majestät des Kaisers von Oesterreich, Königs von Ungarn und Böhmen. In: DB I, 22.10.1813, H. 8, S. 57ff.; Manifest Sr. Majestät des Kaisers von Oesterreich, Königs von Ungarn und Böhmen. In: DB I, 23.10.1813, H. 9, S. 73ff; Manifest Sr. Majestät des Kaisers von Oesterreich, Königs von Ungarn und Böhmen. In: DB I, 24.10.1813, H. 10, S. 81ff; Miscellen. In: TEU, 1813, H. 1, S. 93; Kaiserliche österreichische Manifeste, Proclamationen sc. sc. In: AM, 1814, H. 3, S. 7ff; Oesterreichs Manifest und Frankreichs Erklärung darüber. In: ND, 1814, H. 4, S. 378ff; Manifest Seiner Majestät des Kaisers von Oesterreich Königs von Ungarn und Böhmen. In: JAN II, 1814, H. 1.2, S. 4ff; Heidenreich 1914, S. 35f.

<sup>163</sup> Vgl. Schroeder 1994, S. 461.

<sup>164</sup> Vgl. o.T. In: PC, 27.8.1813, H. 86, S. 3; Kaiserliche österreichische Manifeste, Proclamationen sc. sc. In: AM, 1814, H. 3, S. 36f; Oesterreichische und andere Streitkräfte gegen Napoleon. In: ND, 1814, H. 4, S. 375; Armeebefehl des Fürsten von Schwarzenberg. In: TEU, 1813, H. 1, S. 20ff.

<sup>165</sup> Vgl. Kraehe 1963, S. 188.



nehmern zu hinterfragen, erhoben viele Kommentatoren den Bündniswechsel Franz' I. zum Vorbild für den erwarteten Anschluss weiterer deutscher Fürsten an die Allianz.<sup>166</sup> In den Folgewochen gelang es der Wiener Regierung, Österreichs Führungsrolle in der Koalition durch die Verträge von Teplitz und Töplitz auszubauen. Die Traktate fanden auch Eingang in die deutschen Blätter. In den Verträgen von Teplitz<sup>167</sup> verpflichteten österreichische Gesandte am 9. September 1813<sup>168</sup> Russland und Preußen öffentlich, den Krieg gegen Napoleon so lange fortzusetzen, bis in Europa ein Frieden geschaffen worden sei, der auf einem gerechten Gleichgewicht beruhe. Geheim blieben dabei aber alle Absprachen, die die Befürchtungen der Bündnispartner in Hinblick auf die künftige Kriegsführung ausräumen sollten.<sup>169</sup> Dem Publikum wurde auch die Zusage aller Beteiligten vorenthalten, eine Armee von 150.000 Mann im Feld zu halten, außerdem der Plan zur Wiederherstellung Österreichs und Preußens in den Grenzen von 1805 sowie die Pläne zur Erneuerung Hannovers, zur Neuordnung des Herzogtums Warschau durch Österreich, Preußen und Russland und zur Aufhebung des Rheinbundes und schließlich die Garantie der Souveränität der Mittelstaaten zwischen den Grenzen Österreichs und Preußens.<sup>170</sup> Genauso zurückhaltend, wie die Journalisten über die Teplitzer Verträge berichtet hatten, meldeten sie den Abschluss eines Präliminarvertrages für ein Bündnis zwischen Österreich und England in Töplitz am 3. Oktober 1813.<sup>171</sup> Dass die Vertreter

---

<sup>166</sup> Vgl. Verspätet. In: PC, 21.8.1813, H. 82, S. 1; Oesterreichische Politik im Jahre 1813. In: KRO, 1813, H. 4.1, S. 68ff; o.T. In: PC, 8.10.1813, H. 108, S. 4; Ein Blick auf die Zeit und auf den Kampf der deutschen Voelker. In: GMD, 1813, H. 2, S. 41f; Miscellen. In: TEU, 1813, H. 1, S. 91; Europa zu Anfange des Jahres 1814. In: KRO, 1814, H. 5.1, S. 129.

<sup>167</sup> Vgl. o.T. In: PC, 8.10.1813, H. 108, S. 4; o.T. In: PC, 9.10.1813, H. 109, S. 1; o.T. In: PC, 30.10.1813, H. 122, S. 1; Auslaendische Angelegenheiten. Großbritannien. In: DDB II, 2.4.1814, H. 52, S. 3; Aktenstücke in Bezug auf den gegenwärtigen Krieg. Oestreich, Rußland, Preußen. In: KRO, 1813, H. 11, S. 204ff; Freundschafts- und Defensiv-Allianz-Tractat zwischen Oesterreich und Rußland. In: TEU, 1813, H. 1, S. 22ff; Freundschafts- und Defensiv-Allianz-Tractat zwischen Oesterreich und Preußen. In: TEU, 1813, H. 1, S. 27ff; Inlaendische Nachrichten. Wien, den 19. Dec. In: DDB II, 4.1.1814, H. 2, S. 2; Freundschafts- und Defensiv-Allianz-Traktat zwischen den Hoefen von Berlin und Petersburg, geschlossen zu Teplitz am 9. September (28. Aug.) 1813. In: JAN II, 1814, H. 1.2, S. 28ff; Freundschafts- und Defensiv-Allianz-Traktat, zwischen den Hoefen von Berlin und Wien, geschlossen zu Teplitz, am 9. September 1813. In: JAN II, 1814, H. 1.2, S. 33ff; Russisch-Preußisch-Oesterreichische Allianz. In: ND, 1814, H. 5, S. 517ff; Hundt 1996, S. 46.

<sup>168</sup> Vgl. Berlin, den 27. September. In: ZF, 2.10.1813, H. 5, S. 1; Aussichten der Gegenwart. In: ZF, 16.10.1813, H. 8, S. 2f; Heidenreich 1914, S. 40; Kramer 1922, S. 48; Lange 1956, S. 121f; Griewank 1954<sup>2</sup>, S. 58.

<sup>169</sup> Die alliierte Informationspolitik und insbesondere ihre Unterscheidung zwischen öffentlichen und geheimen Vertragsteilen billigte ein Editor des Teplitzer Vertragstextes ausdrücklich. Der inoffizielle Teil des Traktats enthalte Vorgaben für die künftige europäische Friedensordnung, die aus taktischen Gründen noch zurückgehalten werden müssten. Vgl. Aktenstücke in Bezug auf den gegenwärtigen Krieg. Oestreich, Rußland, Preußen. In: KRO, 1813, H. 11, S. 204.

<sup>170</sup> Vgl. Kraehe 1963, S. 207; Schroeder 1994, S. 478f; Sellin 2001, S. 75.

<sup>171</sup> Vgl. o.T. In: PC, 24.9.1813, H. 101, S. 2; Präliminar-Allianz-Traktat zwischen den Hoefen von Wien und London. Geschlossen zu Toeplitz am 3ten October. In: TEU, 1814, H. 2, S. 1ff; Präliminar-

Österreichs die Londoner Regierung in Töplitz wieder enger an die Koalition banden, nachdem sie sie zuvor durch die Teplitzer Verträge vom zentraleuropäischen Kriegsschauplatz verdrängt hatten, und dass sie sie nun auf die neue Gleichgewichtspolitik verpflichteten, blieb unreflektiert.

#### 3.4.4. Die Präsentation der Inklusion und Exklusion deutscher Fürsten von der Militärallianz

Unmittelbar nach Beginn des Herbstfeldzuges hatten sich die Nachrichten verdichtet, dass viele Fürsten des Rheinbundes bereit seien, Napoleon zu verlassen und auf die Seite der antinapoleonischen Allianz zu treten.<sup>172</sup> Der Sieg der Alliierten über die französischen Truppen in der Schlacht bei Leipzig in der Zeit vom 16. bis zum 19. Oktober 1813 brachte dann endgültig den erwarteten Umschwung in den deutschen Gebieten rechts des Rheins. Unkommentiert blieb dabei der Umstand, dass nicht wie noch während des Frühjahrs angekündigt, eine Befreiung der deutschen Nation stattfand, sondern einzelne Territorien sukzessive in die Militärallianz integriert wurden. Die im Herbst 1813 fallenden Entscheidungen darüber, ob einzelne deutsche Fürsten in das Bündnis aufgenommen oder davon ausgeschlossen werden sollten, markierten die ersten Vorentscheidungen für die künftige Neugestaltung der deutschen Staatenwelt.<sup>173</sup>

Eine Schlüsselrolle für die Auflösung des Rheinbundes kam in der Militärpublizistik dem Bündniswechsel König Maximilian Josefs I. von Bayern zu.<sup>174</sup> Der Monarch war in Ried am 8. Oktober 1813 – noch vor der Leipziger Schlacht – einen separaten Allianzvertrag mit Österreich eingegangen.<sup>175</sup> Bevor Einzelbestimmungen des Traktats be-

Allianz-Traktat zwischen den Höfen von Wien und London. Geschlossen zu Töplitz am 3ten October. In: TEU, 1814, H. 2, S. 5ff; Oestreichs Allianz mit England nebst dem Tractat vom 3. Oct. 1813. In: ND, 1814, H. 5, S. 535ff.

<sup>172</sup> Vgl. Breslau den 21. Sept. In: PC, 29.9.1813, H. 104, S. 4; Hauptquartier Zerbst, den 22. Sept. In: PC, 25.9.1813, H. 102, S. 1f; Actenstücke von der vereinigten Armee von Norddeutschland. In: AM, 1814, H. 4, S. 123; Ullmann 1914/15, S. 321ff; Hillgruber 1966, S. 276; Eich 1985, S. 99; Hundt 1996, S. 10ff.

<sup>173</sup> Vgl. Leipzig, den 4. Decemb. In: FZ, 13.12.1813, H. 35, S. 2.

<sup>174</sup> Vgl. o.T. In: PC, 3.10.1813, H. 106, S. 3; Nachrichten von den verbündeten Armeen. In: ZF, 5.10.1813, H. 6, S. 2; Breslau den 30. Sept. In: PC, 6.10.1813, H. 108, S. 2; Auszuege aus aufgefangenen Briefen, vom Franzoesischen ins Deutsche uebersetzt. Ein Beytrag zur neuesten Zeitgeschichte. In: GMD, 1813, H. 2, S. 8; Blick auf das Jahr 1813. In: DB II, 10.1.1814, H. 63, S. 144.

<sup>175</sup> Vgl. Wien, vom 2. October. In: PC, 9.10.1813, H. 110, S. 1; Nachrichten von den verbündeten Armeen. In: ZF, 24.10.1813, H. 10, S. 1f; Auszuege aus aufgefangenen Briefen, vom Franzoesischen ins Deutsche uebersetzt. Ein Beytrag zur neuesten Zeitgeschichte. In: GMD, 1813, H. 2, S. 13; Ueberblick des deutschen Krieges in der zweyten Hälfte des Jahres 1813. In: AM, 1814, H. 3, S. 202; Baierns Beitritt zu dem europäischen Bunde. In: ND, 1814, H. 4, S. 438ff; Praeliminar-Konvention

kannt werden konnten, vertrieb die bayerische Regierung Mitte Oktober 1813 Dokumente, die die Gründe für den Kriegseintritt Bayerns öffentlich darlegten. General Fürst Karl Philipp von Wredes Tagesbefehl aus dem Braunauer Hauptquartier vom 15. Oktober 1813 vermittelte zunächst die Auffassung des bayerischen Königs, dass ein allgemeiner Frieden in Europa nur durch Waffengewalt geschaffen werden könne.<sup>176</sup> Die Erklärung des Münchener Kabinetts vom 17. Oktober 1813 blickte dann auf die bisherige Unverlässigkeit Napoleons gegenüber dem mit ihm verbündeten Bayern zurück. Die Legislative kritisierte, dass Napoleon wiederholt gegen die Bestimmungen der Rheinbundakte verstoßen habe, die Verantwortung für den Tod unzähliger bayerischer Soldaten trage und bis zu Österreichs Kriegseintritt alle Friedensverhandlungen vereitelt habe. Zudem habe Napoleon die bayerischen Truppen zu Beginn des Herbstfeldzuges in einer strategisch gefährlichen Lage preisgegeben. Bayerns Regent habe sich daher entschlossen, das Koalitionsangebot der Alliierten anzunehmen, um die staatliche Souveränität und territoriale Integrität des Königreichs zu erhalten.<sup>177</sup> König Max Joseph bestätigte schließlich in seiner Proklamation „An mein Volk“ am 28. Oktober 1813, dass Bayern nun für die alliierten Kriegsziele streite. Er forderte seine Untertanen auf, für den allgemeinen Frieden, für ein Mächtegleichgewicht, den Wohlstand in Europa und die Unabhängigkeit des Königreichs Bayern zu kämpfen.<sup>178</sup> Noch am gleichen Tag ordnete das Staatsoberhaupt die allgemeine Bewaffnung in Bayern an.<sup>179</sup> Den Bündnis-

---

zwischen Oesterreich und Baiern. In: JAN II, 1814, H. 1.2, S. 45ff; Präliminar-Allianz-Tractat zwischen den Hoefen von Wien und Muenchen. Geschlossen zu Ried am 8ten October 1813. In: TEU, 1814, H. 2, S. 8ff; Präliminar-Allianz-Tractat zwischen den Hoefen von Wien und Muenchen. Geschlossen zu Ried am 8ten October 1813. In: TEU, 1814, H. 2, S. 12ff; o.T. In: PC, 8.12.1813, H. 144, S. 3f; Meurer 1953, S. 104ff; Griewank 1954<sup>2</sup>, S. 58f.

<sup>176</sup> Vgl. Da das Bairische Manifest noch nicht zu uns gelangt ist, so ist der folgende Tagesbefehl die erste öffentliche Kunde von den Absichten Baierns: Gegeben im Hauptquartier zu Braunau den 15. Oct. In: Beilage PC, 27.10.1813, H. 120, S. 1; Baierns Beitritt zu dem europäischen Bunde. In: ND, 1814, H. 4, S. 444; Tagesbefehl gegeben im Hauptquartier zu Braunau, den 15. October 1813. In: DB I, 23.10.1813, H. 11, S. 81ff; Tages-Befehl. Gegeben im Hauptquartier zu Braunau den 14. October 1813. In: JAN II, 1814, H. 2.2, S. 111ff.

<sup>177</sup> Vgl. o.T. In: PC, 3.11.1813, H. 124, S. 2f; Aktenstücke in Bezug auf den gegenwärtigen Krieg. Bayern. In: KRO, 1813, H. 11, S. 201; Blick auf das Jahr 1813. In: DB II, 10.1.1814, H. 63, S. 143; Baierns Beitritt zu dem europäischen Bunde. In: ND, 1814, H. 4, S. 441ff.

<sup>178</sup> Vgl. Von München aus erhalten wir nachstehenden Königlichen Aufruf. An mein Volk. In: FZ, 14.11.1813, H. 13, S. 5; Baierns Beitritt zu dem europäischen Bunde. In: ND, 1814, H. 4, S. 444ff; Königl. Baierisches Manifest gegen Frankreich. In: DB II; 29.10.1813, H. 19, S. 145f; Koeniglich Baierische Erklarung. In: JAN II, 1814, H. 1.2, S. 28ff; Koeniglich bayerischer Aufruf. An mein Volk! In: TEU, 1814, H. 3, S. 15f; Schroeder 1994, S. 982.

<sup>179</sup> Vgl. Allgemeine Bewaffnung. München, den 31. Oct. In: PC, 15.11.1813, H. 131, S. 1; Verordnung der allgemeinen Landesbewaffnung in Bayern. In: TEU, 1814, H. 2, S. 27ff; Bekanntmachung. Königlich Bairische Regierung, die allgemeine Landesbewaffnung betreffend. In: JAN II, 1814, H. 2.2, S. 116ff; König Maximilian Josef I. von Bayern hob ferner alle Handelsbeschränkungen für Kolonialwaren im Königreich Bayern auf. Vgl. Koenigl. bayerische Verordnung, die Aufhebung des

wechsel des Königs von Bayern unter österreichischer Führung betrachteten viele Journalisten als ein nachahmenswertes Muster für alle anderen Rheinbundfürsten,<sup>180</sup> die Napoleon noch die Treue hielten.

Nach dem Bekanntwerden des Rieder Vertrages und dem alliierten Sieg bei Leipzig Mitte Oktober 1813 galt unter den Kriegsberichterstatern der Bündnisbeitritt des Königs Friedrich von Württemberg als sicher.<sup>181</sup> Die Nachrichten über den Abschluss eines österreichisch-württembergischen Allianzvertrages in Fulda vom 1. November 1813 konnte keinen Leser überraschen.<sup>182</sup> Wie der Bayer zuvor begründete der Württembergische Monarch in einem Manifest am 2. November 1813 seinen Austritt aus dem Rheinbund gegenüber den Untertanen mit der wiederholten Bündnisuntreue Napoleons. Unter dem Eindruck der anrückenden alliierten Truppen habe er entschieden, der antinapoleonischen Koalition beizutreten, um Frieden zu schaffen und Württembergs Unabhängigkeit zu erhalten.<sup>183</sup> Der Monarch ordnete alsbald die Organisation von Freiwilligenverbänden an.<sup>184</sup>

Nach dem Muster Bayerns und Württembergs bereiteten Vertreter Österreichs auch den Anschluss des Großherzogtums Hessen-Darmstadt an die Verbündeten vor. Zunächst erreichten das deutsche Publikum Meldungen, dass Repräsentanten Österreichs und

Imports von Kolonialwaren und des Verbots der Einfuehrung der englischen Waren betreffend. In: TEU, 1814, H. 3, S. 49f.

<sup>180</sup> Vgl. o.T. In: PC, 8.10.1813, H. 108, S. 3f; Armee-Nachrichten. Kommentau den 11. October 1813. In: FZ, 15.10.1813, H. 3, S. 3; Auszuege aus aufgefangenen Briefen, vom Franzoesischen ins Deutsche uebersetzt. Ein Beytrag zur neuesten Zeitgeschichte. In: GMD, 1813, H. 2, S. 4; Was war der rheinische Bund? In: GMD, 1813, H. 3, S. 3; Blick auf das Jahr 1813. In: DB II, 10.1.1814, H. 63, S. 142f; Baierns Beitritt zu dem europäischen Bunde. In: ND, 1814, H. 4, S. 437f.

<sup>181</sup> Vgl. Nachrichten von den verbündeten Armeen. In: ZF, 5.10.1813, H. 6, S. 1f; Vermischte Nachrichten. In: DB I, 5.11.1813, H. 25, S. 198; Neuestes Bulletin Sr. Königl. Hoheit des Kronprinzen. Hauptquartier Heiligenstadt, vom 30. October. In: DB I, 8.11.1813, H. 27, S. 211; Actenstücke von der vereinigten Armee von Norddeutschland. In: AM, 1814, H. 4, S. 169f; Hölzle, Erwin: Württemberg im Zeitalter Napoleons und der deutschen Erhebung. Stuttgart 1937, S. 156ff.

<sup>182</sup> Vgl. Württembergs Abgang vom Rheinbunde. In: ND, 1814, H. 4, S. 450f; Präliminar-Allianz-Traktat zwischen den Hoefen von Wien und Stuttgart. Geschlossen zu Fulda am 2ten November 1813. Im Namen der allerheiligsten und untheilbaren Dreieinigkeit. In: TEU, 1814, H. 3, S. 5ff; Hölzle 1937, S. 161; Meurer 1953, S. 107ff; Sauer, Paul: Napoleons Adler über Württemberg, Baden und Hohenzollern: Südwestdeutschland in der Rheinbundzeit. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1987, S. 281f.

<sup>183</sup> Vgl. o.T. In: PC, 27.11.1813, H. 138, S. 4; Aktenstücke in Bezug auf den gegenwärtigen Krieg. Württemberg. In: KRO, 1813, H. 4.2, S. 203f; Württembergs Abgang vom Rheinbunde. In: ND, 1814, H. 4, S. 454; Königl. württembergisches Manifest. In: TEU, 1814, H. 3, S. 16f.

<sup>184</sup> Vgl. Inlaendische Angelegenheiten. Bamberg den 6. Januar. In: DDB II, 16.1.1814, H. 9, S. 3; Inlaendische Angelegenheiten. Stuttgart, den 10. Jan. In: DDB II, 21.1.1814, H. 12, S. 4; o.T. In: PC, 21.1.1814, H. 11, S. 1; Stuttgart, vom 10. Februar. In: FZ, 12.2.1814, H. 55, S. 3; Uebersicht der neuesten Zeitereignisse. In: RM, 7.3.1814, H. 23, S. 3; Uebersicht der neuesten Zeitereignisse. In: RM, 21.6.1814, H. 75, S. 1; Schiele, Fritz: Der württ. Landsturm der Freiheitskriege 1813-1815. Würzburg 1932, S. 20ff; Hölzle 1937, S. 162.

Hessen-Kassels am 2. November 1813 in Dörnigheim eine Militärkonvention abgeschlossen hätten.<sup>185</sup> Die großherzogliche Regierung machte dann drei Tage später, am 5. November 1813, in einer Proklamation bekannt, dass der Großherzog Ludwig I. von Hessen-Darmstadt auf Grundlage der Dörnigheimer Vereinbarung dem Rheinbund entsagt habe und der antinapoleonischen Allianz beigetreten sei.<sup>186</sup> Kurz darauf erging die Anweisung an die wehrfähigen Männer im Großherzogtum, Freiwilligenverbände für den Krieg gegen Napoleon zu organisieren.<sup>187</sup> Den Entschluss der Alliierten, dass der Großherzog künftig im vollen Besitz all seiner Territorien und Rechte bleiben werde, konnte das Hessisch-Darmstädter Staatsministerium am 31. Dezember 1813 publik machen.<sup>188</sup>

Badens Bündniswechsel gaben die Presseorgane bekannt, ohne Angaben zur Vermittlungsrolle österreichischer Regierungsvertreter auf Konferenzen in Frankfurt zu machen, auf denen sich Franz I. und deutsche Fürsten Mitte November 1813 getroffen hatten, um über die künftige Gestalt und die Grenzen ihrer Territorien zu entscheiden.<sup>189</sup> Die Argumente, mit denen der Großherzog Karl I. von Baden in seiner Proklamation am 20. November 1813 aus Karlsruhe seine Allianz bekannt gab, unterschieden sich von denen der bayerischen, Württemberger und Hessisch-Darmstädter Regenten: Angesichts der Nähe des Kriegsschauplatzes habe er sich, so gab der Großherzog an, vergeblich bei Napoleon und den Koalitierten um die Anerkennung einer Neutralität Badens bemüht. Um das Fortbestehen seines Großherzogtums in der Zukunft zu sichern, habe er dann

---

<sup>185</sup> Vgl. Hauptquartier Schlüchtern, den 3ten Nov. In: FZ, 14.11.1813, H. 13, S. 4; Hauptquartier Schlüchtern, den 3. Novbr. In: PC, 17.11.1813, H. 132, S. 3f; Berger, Heinrich: Hessen-Darmstadts Abfall von Napoleon I. In: *Hessenland. Zeitschrift für hessische Geschichte und Literatur*. 16. Jg. 1902, H. 11, S. 146; Elbing, Hanswerner: Die hessische Politik in der Rheinbundzeit, 1806-1813. In: *Archiv für hessische Geschichte und Alterthumskunde. Neue Folge*. 24. Jg. (1952-53), S. 256.

<sup>186</sup> Vgl. Hessen-Darmstadts Abgang vom Rheinbunde. In: ND, 1814, H. 4, S. 457f; Die Proklamation des Kurprinzen von Hessen an die Unterthanen seines durchlauchtigsten Vaters, vom 5ten v. M. lautet folgendermaßen. In: FZ, 5.12.1813, H. 29, S. 3f; Großherzoglich hessische Proklamation. In: TEU, 1814, H. 3, S. 17f.

<sup>187</sup> Vgl. Vermischte Nachrichten. In: FZ, 14.11.1813, H. 13, S. 8; Uebersicht der neuesten Zeitereignisse. In: RM, 7.3.1814, H. 23, S. 3; Bader, Karl: Zur Geschichte des grossherzoglich-hessischen freiwilligen Jägerkorps 1813-1814. In: *Archiv für hessische Geschichte und Alterthumskunde. Neue Folgen*. 2. Jg. (1895-99), S. 495ff. Der Monarch von Württemberg hob auch den Kolonialimportstopp für englische Waren im Königreich auf. Vgl. Koenigl. Wuerttemb. Verordnung wegen Aufhebung des Imports von Kolonialwaren sc. In: TEU, 1814, H. 3, S. 51ff.

<sup>188</sup> Vgl. Inlaendische Angelegenheiten. Darmstadt, den 2. Jan. In: DDB II, 28.1.1814, H. 16, S. 1.

<sup>189</sup> Vgl. Europa zu Anfang des Jahres 1814. Politische und militairische Ereignisse unserer Zeit. In: KRO, 1814, H. 5.2, S. 263; Zu Frankfurt am Main ist folgender Plan zu einer unter den deutschen Fürsten zu schließenden Vereinigung zur Herbeischaffung der Kriegskosten officiell gedruckt und vertheilet worden. In: PC, 7.1.1814, H. 3, S. 1; Mehring, Franz: 1813-1819. Von Kalisch bis Karlsbad. Stuttgart 1913, S. 55f; Schiele 1932, S. 20; Kraeche 1963, S. 240; Müller, Bernd: Das Fürstentum Isenberg im Rheinischen Bund. Vom Territorium zum Staat. Bündingen 1978, S. 210; Schroeder 1994, S. 484.

beschlossen, sich der antinapoleonischen Allianz anzuschließen und gemeinsam mit den Verbündeten gegen Frankreich Krieg zu führen. Um Badens Freiheit und Unabhängigkeit zu erhalten,<sup>190</sup> richtete Karl den Appell an seine Untertanen,<sup>191</sup> dass sie sich möglichst zahlreich freiwillig den alliierten Truppen anschließen sollten.<sup>192</sup>

Nach den Bündniswechseln der Fürsten von Bayern, Württemberg, Hessen-Darmstadt und Baden war der Presse Anfang Dezember 1813 der Umstand, dass der Herzog Friedrich August von Nassau sich ebenfalls für die Verbündeten ausgesprochen habe, nur noch kurze Meldungen wert.<sup>193</sup> Die Koalition, so hieß es, habe beschlossen, dass alle ehemals nassau-oranischen Länder unter ihre angestammte Regierung zurückkehren sollten.<sup>194</sup> Im Unterschied zu den anderen beigetretenen Fürsten wurde der Landesherr von Nassau von einigen Journalisten im März 1814 jedoch wegen mangelnder Kriegsbereitschaft kritisiert.<sup>195</sup> Der Herzog stelle nur wenige Freiwillige für den Kampf in Frankreich.<sup>196</sup>

---

<sup>190</sup> Nach dem Bündniswechsel wurden bald erste Meldungen über die Einleitung von administrativen Neuerungsanstrengungen im Großherzogtum Baden veröffentlicht. Vgl. Inlaendische Angelegenheiten. Karlsruhe, den 2. März. In: DDB II, 11.3.1814, H. 39, S. 1; Inlaendische Angelegenheiten. Aus dem Badischen, vom 9. März. In: DDB II, 25.3.1814, H. 47, S. 3.

<sup>191</sup> Vgl. Vermischte Nachrichten. In: FZ, 30.11.1813, H. 23, S. 4; Badens Abgang vom Rheinbunde. In: ND, 1814, H. 4, S. 448ff; Sauer 1987, S. 285f; Hofmann 1913, S. 11ff; Waller, Anneliese: Baden und Frankreich in der Rheinbundzeit 1805-1813. Freiburg 1935, S. 150ff; Meurer 1953, S. 107ff.

<sup>192</sup> Ab Mitte März 1814 konnten die Leser dann auch Nachrichten zur Kenntnis nehmen, dass die Organisation des Landsturms im Großherzogtum überaus erfolgreich verlaufe. Vgl. Uebersicht der neuesten Zeitereignisse. In: RM, 7.3.1814, H. 23, S. 1; Inlaendische Angelegenheiten. Karlsruhe, den 2. März. In: DDB II, 11.3.1814, H. 39, S. 1; Inlaendische Angelegenheiten. Aus dem Badischen, vom 24. Mai. In: DDB II, 8.6.1814, H. 96, S. 1.

<sup>193</sup> Vgl. o.T. In: PC, 3.12.1813, H. 141, S. 2; Sarholz, Hans: Das Herzogtum Nassau 1813-1815. Ein Beitrag zur Geschichte des Rheinbundes und der Befreiungskriege. In: Nassauische Annalen. 57. Jg. (1937), S. 69ff; Kropat, Wolf-Arno: Das Herzogtum Nassau zwischen Rheinbund und Revolution 1806-1866. Aus: Schultz, Ulrich (Hrsg.): Die Geschichte Hessens. Stuttgart 1983, S. 172f; Wacker, Peter: Das herzoglich-nassauische Militär 1813-1866. Militärgeschichte im Spannungsfeld von Politik, Wirtschaft und sozialen Verhältnissen eines deutschen Kleinstaates. Taunusstein 1998, S. 27ff.

<sup>194</sup> Vgl. Vaterlandsfreund: Rueckblick auf die letztverflossenen Jahre. In: VB, 1814, H. 1.1, S. 46.

<sup>195</sup> Trotz aller Kritik am außenpolitischen Engagement des Herzogs Friedrich August veröffentlichten zwei Redaktionen kommentarlos eine Direktive, die den Forderungen vieler Zeitungsmacher entsprach. Der Herzog von Hessen-Nassau hatte als erster deutscher Fürst am 5. Mai 1814 eine Verordnung für die Neuordnung des Buchhandels und Buchdrucks bekannt machen lassen. Vgl. Wir Friedrich August, von Gottes Gnaden souverainer Herzog von Nassau sc.sc. und Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden souverainer Fuerst zu Nassau. sc.sc. In: RM, 13.5.1814, H. 56, S. 3f; Wir Friedrich August, von Gottes Gnaden souverainer Herzog von Nassau sc.sc. und Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, souverainer Fuerst von Nassau sc.sc. In: Beilage NEM, 1814, H. 6, S. 269ff; Goldfriedrich 1913, S. 65f.

<sup>196</sup> Vgl. Uebersicht der neuesten Zeitereignisse. In: RM, 7.3.1814, H. 23, S. 3.

Die Bündnisbeitritte der kleineren Rheinbundstaaten wie der thüringischen und anhaltischen Herzogtümer,<sup>197</sup> der Fürstentümer Schwarzburg-Sondershausen, Schwarzburg-Rudolstadt, Hohenzollern-Hechingen, Hohenzollern-Sigmaringen, Waldeck-Pyrmont, Schaumburg-Lippe, Hohengeroldseck und Lippe-Detmold sowie des Hauses Reuß blieben weitgehend undokumentiert.<sup>198</sup>

Nach ihrem Sieg auf dem sächsischen Kriegsschauplatz ließen die Verbündeten am 23. Oktober 1813 eine Bekanntmachung in Leipzig edieren, um allen Fragen zuvorzukommen, wem in den Rheinbundstaaten die Herrschaft zustünde, wenn Regenten sich nicht oder erst verspätet zur antinapoleonischen Koalition bekennen würden. Wie in Norddeutschland im Frühjahr 1813 ordneten die Alliierten für die befreiten Gebiete Mittel- und Süddeutschlands die Bildung eines Zentralverwaltungsrates an. Dieser Behörde unterstellten die Verbündeten alle anderen existierenden militärischen und zivilen Einrichtungen. Allen Amtsinhabern der bisherigen Verwaltungen stellten sie in Aussicht, ihren Dienst fortsetzen zu können, wenn sie sich loyal gegenüber der europäischen Staatenverbindung verhielten.<sup>199</sup> Die Leitung der neuen Administration übernahm wie im Frühjahr in Norddeutschland der Freiherr vom Stein.<sup>200</sup> Das Publikum erhielt jedoch keine Kenntnis über die konkrete Arbeitsweise der Militärbehörde und deren Ergebnisse.<sup>201</sup>

Nach der Leipziger Schlacht trat im Königreich Sachsen zeitweise ein alliierter Vertreter an die Spitze des Staates.<sup>202</sup> Weil der Monarch Friedrich August Napoleon beständig

---

<sup>197</sup> Vgl. Altenburg, am 18. Nov. 1813. In: DB II, 24.11.1813, H. 37, S. 361ff; o.T. In: PC, 3.12.1813, H. 141, S. 2; Bessenrodt, Otto: Die äußere Politik der thüringischen Staaten von 1806-1815. Mühlhausen i. Th. 1925, S. 94ff; Hundt 1996, S. 54ff.

<sup>198</sup> Vgl. Hundt 1996, S. 55ff; Sauer 1987, S. 287; Fischer, Hans-Jürgen: Die Rheinbundpolitik Schaumburg-Lippes 1806-1813 und ihre Rechtsfolgen. Rinteln 1975, S. 72ff.

<sup>199</sup> Vgl. Bekanntmachung. Leipzig, den 23. October. In: PC, 1.11.1813, H. 123, S. 1; Vermischte Nachrichten. In: DB I, 28.10.1813, H. 18, S. 143; Kraehe 1963, S. 225; Schlieper 1971, S. 10f.

<sup>200</sup> Vgl. Berlin, den 16. October. In: ZF, 24.10.1813, H. 10, S. 2; Anordnung eines obersten Verwaltungs-Departements fuer die von den hohen Alliierten eroberten Laender. In: TEU, 1814, H. 3, S. 21f; Heidenreich 1914, S. 45; Meinecke 1941; Andreas 1955, S. 555, S. 527f; Schroeder 1994, S. 483; Hundt 1996, S. 46; Schlieper 1971, S. 8.

<sup>201</sup> Vgl. Schroeder 1994, S. 484.

<sup>202</sup> Noch vor der Leipziger Schlacht hatten viele Redaktionen Nachrichten abgedruckt, dass sächsische Truppenverbände vielerorts zu den Verbündeten überliefen. Vgl. o.T. In: PC, 1.10.1813, H. 105, S. 1; Fünfzehntes Bulletin Sr. Königl. Hoheit des Kronprinzen von Schweden. Hauptquartier Dessau den 4. Oct. 1813. In: FZ, 13.10.1813, H. 3, S. 4; Schreiben aus Hermannstadt vom 7. October 1813. In: FZ, 15.10.1813, H. 3, S. 5; Offizielle Berichte. In: DB I, 14.10.1813, H. 1, S. 5.

die Treue hielt,<sup>203</sup> hatte die Koalition den russischen Fürsten Nikolaus Repnin-Wolkonski am 31. Oktober 1813 mit der Leitung des neu gebildeten Generalgouvernements Sachsen, Reuß und Altenburg beauftragt.<sup>204</sup> Als erste Amtshandlung ordnete Repnin die Mobilisierung von sächsischen Freiwilligenverbänden an. Die Sachsen seien nach dem Rückerhalt ihrer Freiheit verpflichtet,<sup>205</sup> die alliierten Bemühungen um die staatliche Erneuerung Sachsens zu unterstützen.<sup>206</sup>

Nachdem verbündete Truppen Ende Oktober 1813 das Territorium des Großherzogtums Frankfurt eingenommen hatten, stellten die Alliierten auch hier eine Militäradministration.<sup>207</sup> Der bayerische General Karl Philipp Fürst von Wrede gab in einer „Proclamation an die Unterthanen des Großherzogtums Frankfurt“ aus Hanau vom 28. Oktober 1813 die provisorische Herrschaftsübernahme nach der Flucht des Großherzogs Karl bekannt. Er lehnte den Wunsch einer Frankfurter Abordnung ab, dem Rheinbund treu zu bleiben. Statt dessen verpflichtete Wrede die Frankfurter Behörden mit einem Eid, der antinapoleonischen Koalition treu zu sein.<sup>208</sup> Als die Alliierten zum Jahresbeginn 1814 die Organisation von Frankfurter Freiwilligenverbänden anordne-

---

<sup>203</sup> Die alliierten Heerführer setzten zu Beginn des Herbstfeldzuges ihre öffentlichkeitswirksame Strategie vom Frühjahr fort, durch die Veröffentlichung von Aufrufen das Unabhängigkeitsstreben der sächsischen Bevölkerung losgelöst von der Bündnisbereitschaft des Königs zu fördern. Vgl. Kaiserliche österreichische Manifeste, Proclamationen sc. sc. In: AM, 1814, H. 3, S. 39f; Beim Eintritt der verbündeten Armee in Sachsen wurde Folgendes bekannt gemacht: An die Einwohner von Sachsen. In: PC, 11.9.1813, H. 91, S. 3; Aufruf. Sachsen! - deutsche Brüder und Nachbarn! In: PC, 11.9.1813, H. 94, S. 2f; Der Kronprinz von Schweden an die Sachsen. In: PC, 18.9.1813, H. 98, S. 2; Aufruf an die auf dem rechten Elbufer sich befindenden sächsischen Soldaten. In: PC, 6.10.1813, H. 108, S. 4.

<sup>204</sup> Vgl. Stand der öffentlichen Angelegenheiten. In: KRO, 1813, H. 4.1, S. 101; Schmidt, Gerhard: Reformbestrebungen in Sachsen in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts. Dresden 1969, S. 20.

<sup>205</sup> Der sächsische General Johann Adolf Thielemann, der sich bereits während des Frühjahrsfeldzuges der russisch-preußischen Staatenverbindung angeschlossen hatte, übernahm am 1. November 1813 den Oberbefehl über die neuen sächsischen Truppen. Vgl. Vermischte Nachrichten. In: DB I, 1.11.1813, H. 21, S. 167; Neuestes Bulletin Sr. Königl. Hoheit des Kronprinzen. Hauptquartier Heiligenstadt, vom 30. October. In: DB I, 8.11.1813, H. 27, S. 211; Dresden, den 16. Nov. 1813. In: DB II, 22.11.1813, H. 36, S. 348; Actenstücke von der vereinigten Armee von Norddeutschland. In: AM, 1814, H. 4, S. 166ff.

<sup>206</sup> Vgl. Sachsens unglückliche Lage und Rüstung gegen Napoleon. In: ND, 1814, H. 4, S. 419ff; Kraehe 1963, S. 266.

<sup>207</sup> Vgl. Vermischte Nachrichten. In: DB I, 5.11.1813, H. 25, S. 199; Steger 1991, S. 77.

<sup>208</sup> Vgl. Schmalkalden, den 30. Oct. 1813. In: DB I, 10.11.1813, H. 29, S. 254f; Oesterreichische Armee-Nachrichten. Hauptquartier Schmalkalden den 29. October. In: PC, 12.11.1813, H. 129, S. 1; Der Großherzog von Frankfurt. In: ND, 1814, H. 4, S. 514; Frankfurt, den 24. November. In: PC, 1.12.1813, H. 140, S. 2; Anordnung eines General-Gouvernements fuer das Großherzogthum Frankfurt und die fuerstl. Isenburgischen Lande. In: TEU, 1814, H. 3, S. 24; Weisung des fuer das Großherzogthum Frankfurt und die fuerstl. Isenburgischen Lande angeordneten General-Gouvernements an die Civil- und Militär-Polizeystellen. In: TEU, 1814, H. 3, S. 25; Bekanntmachung des General-Gouvernements von Frankfurt. In: TEU, 1814, H. 3, S. 25f. Die Einfuhrverbote für englische Kolonialwaren wurden im neuen Generalgouvernement Frankfurt beseitigt. Vgl. Aufhebung des Imports von Kolonialwaren sc. im Großherzogtum Frankfurt sc. In: TEU, 1814, H. 3, S. 54.



ten,<sup>209</sup> stand für sie bereits zur Disposition, die Unabhängigkeit der Stadt Frankfurt auf Grundlage einer eigenen Verfassung zu erneuern.<sup>210</sup>

Der Großherzog Ferdinand von Würzburg verlor seine Regentschaft, obschon er unter dem Eindruck der Belagerung der Festung Würzburg durch die Alliierten<sup>211</sup> in seiner Proklamation vom 26. Oktober 1813 seinen Austritt aus dem Rheinbund und seinen Anschluss an die Allianz verkündet hatte. Seiner Erklärung, dass erst die alliierte Siegesserie und die Befreiung Würzburgs ihm seinen Bündniswechsel ermöglicht hätten<sup>212</sup>, fand keine Akzeptanz bei den Verbündeten. Kaiser Franz I. ernannte einen österreichischen General am 31. Oktober 1813 zum neuen Militärgouverneur des Großherzogtums.<sup>213</sup>

Über die Verwaltungsmaßnahmen der Alliierten in kleineren Rheinbundstaaten wie den Fürstentümern Isenburg, Arenberg, Salm-Salm, Liechtenstein und von der Leyen wurde die Leserschaft nicht informiert.<sup>214</sup>

Noch vor dem militärischen Erfolg der Verbündeten in Leipzig Mitte Oktober hatten die Alliierten das Gebiet des Königreichs Westfalen, einer Staatenstiftung Napoleons, zur Disposition gestellt. Der russische General Fürst Alexander Iwanowitsch von Czernitschew hatte in seiner Proklamation „An die Bewohner des Königreichs Westfalen“ am 1. Oktober 1813 im Namen des Kaisers von Russland und des Kronprinzen von Schweden einfach die Existenz eben dieses Königreichs für beendet erklärt. Der Russe informierte die Einwohner, dass Truppen der Verbündeten in Kürze westfälisches Ge-

---

<sup>209</sup> Vgl. Verkündigung des Landsturms für das Generalgouvernement Frankfurt. In: PC, 22.1.1814, H. 12, S. 2f; Fortsetzung der Verkuendigung in Betreff des Landsturms fuer das Generalgouvernement Frankfurt. In: DDB II, 11.2.1814, H. 24, S. 4.

<sup>210</sup> Vgl. o.T. In: PC, 27.12.1813, H. 155, S. 2; Inlaendische Nachrichten. Frankfurt, den 1. Januar. In: DDB II, 9.1.1814, H. 5, S. 3; Hundt 1996, S. 60.

<sup>211</sup> Vgl. Auslaendische Angelegenheiten. Frankreich. In: DDB I, 13.4.1813, H. 2, S. 3; Göbl, S.: Zur Geschichte der Presse in Würzburg bis zum Jahre 1815. In: Archiv des historischen Vereins von Unterfranken und Aschaffenburg. 38. Jg. (1896), S. 201ff.

<sup>212</sup> Vgl. Vermischte Nachrichten. In: DB I, 28.10.1813, H. 18, S. 144; Nürnberg, vom 29. Oct. In: FZ, 3.11.1813, H. 9, S. 2; Vermischte Nachrichten. In: DB I, 5.11.1813, H. 25, S. 198; Nürnberg, vom 29. Oct. In: PC, 8.11.1813, H. 127, S. 1; Würzburgs Abgang vom Rheinbunde. In: ND, 1814, H. 4, S. 455f; o.T. In: TB I, 26.3.1814, H. 35, S. 130.

<sup>213</sup> Vgl. Vermischte Nachrichten. In: FZ, 8.12.1813, H. 31, S. 4f; Würzburgs Abgang vom Rheinbunde. In: ND, 1814, H. 4, S. 455. Im Zuge des Herrschaftswechsels wurde angeordnet, alle Einfuhrverbote für englische Waren im Gebiet des Herzogtums Würzburg aufzuheben. Vgl. Großherzog. wuerzburgische Verordnung, die Aufhebung der Verordnungen ueber den außerordentlichen Import der Kolonialwaren, und das Einfuhr-Verbot der englischen Waren betreffend. In: TEU, 1814, H. 3, S. 53f.

<sup>214</sup> Vgl. Müller 1978, S. 210ff; Hundt 1996, S. 51ff; Kleinschmidt, Arthur: Geschichte von Arenberg, Salm und Leyen 1789-1815. Gotha 1912, S. 81ff, 231ff, 385.

biet betreten würden, um es von den Franzosen zu befreien, und forderte sie auf, mit den Verbündeten in den Krieg für den Rückgewinn der Freiheit in Deutschland zu ziehen.<sup>215</sup> Anstatt das entstandene Machtvakuum zu thematisieren,<sup>216</sup> schickten sich Journalisten unter dem Eindruck des Vormarsches der Alliierten in den westfälischen Gebieten an, über die Bemühungen der Koalitierten und der deutschen Fürsten zu berichten, ihre angestammte Herrschaft zu erneuern. Zur Restitution bereit standen das ehemalige Kurfürstentum Hannover, das Fürstentum Hildesheim, das Herzogtum Braunschweig und das Kurfürstentum Hessen-Kassel.

Das Gebiet Hannover stand seit Ende Oktober 1813 unter der Gewalt der Verbündeten.<sup>217</sup> Zwei englische Geheimräte erklärten mit ihrer Proklamation vom 4. November 1814, das Kurfürstentum für England in Besitz zu nehmen. Entsprechend der Teplitzer Konvention falle das ehemalige Fürstentum Hildesheim ebenfalls unter englische Administration und werde mit dem Gebiet des Kurfürstentums Hannover vereinigt. Auch nach der Erneuerung und Erweiterung englischen Besitzes wiesen die Vertreter der Londoner Regierung als Friedensvoraussetzung für alle deutschen Staaten aus, den Krieg gegen Frankreich so lange fortzuführen, bis sich Napoleon niemals mehr erheben könne.<sup>218</sup> Die englische Administration leitete am 27. November 1813 dementsprechend die Aufstellung von Hannoveraner Freiwilligenverbänden ein.<sup>219</sup>

Die alliierten Truppenverbände rückten Anfang November 1813 ins Territorium des vormaligen Herzogtums Braunschweig ein.<sup>220</sup> Im Namen des Herzogs Friedrich Wilhelm I. von Braunschweig verkündete ein englischer Major am 6. November 1813, dass er das Land provisorisch in Besitz nehme und all diejenigen Entscheidungen treffe, die für den Erhalt von Ruhe und Ordnung sowie den Rückgewinn der deutschen Freiheit notwendig seien. Der Bevölkerung garantierte der Major, dass sie Braunschweiger blei-

---

<sup>215</sup> Vgl. An die Bewohner des Königreichs Westphalen. In: PC, 9.10.1813, H. 110, S. 2; Aufhebung des Königreichs Westphalen. In: ND, 1814, H. 4, S. 415ff; Heitzer 1959, S. 272.

<sup>216</sup> Nachträglich legitimierten einige Redaktionen die Beseitigung der Monarchie Jérôme Bonapartes dadurch, dass sie Gerüchte in Umlauf setzten, dass Napoleon das Königreich selbst aufgelöst und allen anderen Rheinbundstaaten den Krieg erklärt hätte. Vgl. Fortsetzung der Nachricht von der deutschen Schlacht. In: PC, 23.10.1813, H. 118, S. 2; Vermischte Notizen. In: DB I, 11.11.1813, H. 30, S. 264; Einige Aeußerungen Napoleons. In: NPZ, 1813, H. 1.1, S. 16.

<sup>217</sup> Vgl. Neuestes Bulletin Sr. Königl. Hoheit des Kronprinzen. Hauptquartier Heiligenstadt, vom 30. October. In: DB I, 8.11.1813, H. 27, S. 209ff; Actenstücke von der vereinigten Armee von Norddeutschland. In: AM, 1814, H. 4, S. 166ff; Lange 1956, S. 116.

<sup>218</sup> Vgl. Hannover und Hildesheim. In: ND, 1814, H. 5, S. 573ff; Hildesheim, vom 6. November. In: FZ, 2.12.1813, H. 26, S. 2; o.T. In: PC, 3.12.1813, H. 141, S. 2.

<sup>219</sup> Vgl. Hannover, den 30. November. In: FZ, 15.12.1813, H. 36, S. 2; Inlaendische Angelegenheiten. Hannover, den 6. Mai. In: Beilage DDB II, 13.5.1814, H. 74, S. 1.

<sup>220</sup> Vgl. o.T. In: PC, 6.9.1813, H. 90, S. 3; o.T. In: PC, 17.11.1813, H. 132, S. 4.

ben könnten, wenn sie mit den Koalitierten kooperierten und gemeinsam mit ihnen in den Krieg zögen.<sup>221</sup> Am 23. Dezember 1813 hielt der vormalige Landesherr, der bereits während des Frühjahrsfeldzuges sein englisches Exil verlassen hatte,<sup>222</sup> einen umjubelten Einzug in seine alte Residenz<sup>223</sup> und veranlasste kurz darauf die Mobilisierung von Kriegsfreiwilligen.<sup>224</sup>

In die Residenzstadt des ehemaligen Kurfürstentums Hessen-Kassel marschierten die verbündeten Truppen Ende Oktober 1813 ein. Die alliierten Militärs förderten in Kassel die vorhandenen Sympathien der Stadtbevölkerung für ihre alte Kurfürstendynastie.<sup>225</sup>

Nach einem umjubelten Einzug richtete der Kronprinz Wilhelm von Hessen-Kassel am 5. November 1813 einen Aufruf an seine Untertanen.<sup>226</sup> Er appellierte an ihre alte Identität als Hessen und Deutsche, die sie auch nach den Jahren ihrer Zugehörigkeit zum Königreich Westfalen nicht verloren hätten. Nachdem die alliierten Mächte für die Befreiung Hessen-Kassels von der Fremdherrschaft gekämpft hätten, erwartete er von seinen Soldaten, dass sie auf die Seite der Verbündeten träten, um für den Erhalt der deutschen Unabhängigkeit zu streiten.<sup>227</sup> Eine kurfürstliche Verordnung vom 22. November bereitete die militärische Neuorganisation des Kurfürstentums vor und trieb die Einrichtung von Freikorps voran.<sup>228</sup>

Als alliierte Truppen Mitte November 1813 auf ihrem Zug nach Frankreich in nord- und westdeutsche Gebiete vorrückten, die Napoleon dem Kaiserreich Frankreich eingeglied-

<sup>221</sup> Vgl. Braunschweig, den 13. Nov. In: FZ, 30.11.1813, H. 24, S. 3f.

<sup>222</sup> Vgl. o.T. In: PC, 5.4.1813, H. 3, S. 4; Inlaendische Angelegenheiten. Nord-Deutschland. In: DDB I, 20.5.1813, H. 21, S. 1; Berlin, den 22sten Mai. In: PC, 23.5.1813, H. 30, S. 1.

<sup>223</sup> Vgl. Aus Braunschweig, Ende November. In: DB II, 24.12.1813, H. 54, S. 617; Braunschweig, am 20sten December 1813. In: DB II, 8.1.1813, H. 62, S. 121; Alte Fürsten, welche wieder als Regenten aufgetreten. In: ND, 1814, H. 5, S. 567f.

<sup>224</sup> Vgl. Aufruf zur Volksbewaffnung in Braunschweig. In: TEU, 1814, H. 4, S. 43ff.

<sup>225</sup> Vgl. Auszug eines Schreibens aus Cassel, vom 30sten October. In: DB I, 10.11.1813, H. 29, S. 248f.

<sup>226</sup> Vgl. Kassel den 1. Januar. In: FZ, 18.1.1814, H. 47, S. 1ff; Mehrere öffentliche Blätter haben die nachstehende – im Ton und Inhalt ächt Teutsche – Rede aus Cassel gegeben. In: TB II, 17.2.1814, H. 19, S. 67ff; Alte Fürsten, welche wieder als Regenten aufgetreten. In: ND, 1814, H. 5, S. 567; Losch, Philipp: Geschichte des Kurfürstentums Hessen 1803-1866. Marburg 1922, S. 77ff.

<sup>227</sup> Vgl. Die Proklamation des Kurprinzen von Hessen an die Unterthanen seines durchlauchtigsten Vaters, vom 5ten v. M. lautet folgendermaßen. In: FZ, 5.12.1813, H. 29, S. 3f; Proklamation Sr. Durchlaucht des Kurprinzen von Hessen. In: TEU, 1814, H. 3, S. 18.

<sup>228</sup> Vgl. o.T. In: PC, 3.12.1813, H. 141, S. 2; Auszug eines Schreibens aus Cassel, vom 30sten October. In: DB I, 10.11.1813, H. 29, S. 248f; Inlaendische Angelegenheiten. Cassel, den 30. Januar. In: DDB II, 5.2.1814, H. 20, S. 1; Kassel den 23. Januar. In: FZ, 9.2.1814, H. 53, S. 3; Armee-Nachrichten. Marburg, den 21. Jänner. In: FZ, 14.2.1814, H. 57, S. 2; Inlaendische Angelegenheiten. Kassel, den 2. Maerz. In: DDB II, 7.3.1814, H. 37, S. 1; Uebersicht der neuesten Zeitereignisse. In: RM, 7.3.1814, H. 23, S. 1ff; Arndt, Marco: Militär und Staat in Kurhessen 1813-1866. Das

dert hatte oder die Bestandteil eines Rheinbundstaates waren, informierten die neuen Presseorgane ihre Leser, wer in diesen befreiten Territorien künftig die Regentschaft ausüben würde.

Die Wiedereinsetzung des Herzogs Peter Friedrich Wilhelm von Oldenburg, der sich nach der Übernahme seines Territoriums durch Frankreich 1810 nach Russland ins Exil begeben hatte, blieb weitgehend undokumentiert. Die Zeitungsmacher setzten das Publikum einfach davon in Kenntnis, dass der Oldenburger Fürst am 17. November 1813 Einzug in seine alte Residenz gehalten und die Erneuerung seiner Regentschaft angekündigt habe.<sup>229</sup> Nur wenige Autoren brachten die Restitution Oldenburgs in Zusammenhang mit dynastischen Beziehungen zum russischen Hof.<sup>230</sup>

Als koalierte Truppen in die ehemals preußischen Territorien der Altmark, des Herzogtums Magdeburg, des Fürstentums Halberstadt und in die übrigen vormalig preußischen Staaten jenseits der Elbe vorzogen, druckten die Redaktionen Proklamationen preußischer Militärs ab, die den bereits öffentlich vorgetragenen Anspruch Friedrich Wilhelms III. vom Frühjahr 1813, Preußens Herrschaft in seinen alten Provinzen zu erneuern,<sup>231</sup> wiederholten. Noch vor der vollständigen administrativen Erneuerung traditionell preußischen Besitzes gab die preußische Generalität dann die Modifikation der preußischen Kriegsziele im Hinblick auf die Gebiete links des Rheins bekannt, die bisher nicht mit Preußen verbunden waren. Justus Gruner, der neue preußische Generalgouverneur des Herzogtums Berg, erhob am 17./29. November in seinem Aufruf aus Düsseldorf mit dem Titel „An deutsche Jünglinge und Männer zum Kampfe fuer Deutschlands Freiheit“ die Befreiung des Rheinlandes zu den Pflichten eines jeden Deutschen. Erst die Besitznahme der Rheinlande werde die deutsche Unabhängigkeit von Frankreich garantieren, ließ er wissen, und ordnete die Mobilisierung von Freiwilligenverbänden am Rhein, an der Sieg, an der Wupper, an der Dill und an der Lahn für

---

Offizierskorps im Spannungsfeld zwischen monarchischen Prinzipien und liberaler Bürgerwelt. Darmstadt 1996, S. 49.

<sup>229</sup> Vgl. Alte Fürsten, welche wieder als Regenten aufgetreten. In: ND, 1814, H. 5, S. 567; Hundt 1996, S. 60.

<sup>230</sup> Vgl. Inlaendische Angelegenheiten. Oldenburg, den 2. Maerz. In: DDB II, 07.03.1814, H. 37, S. 1; Y.: Ueber den Herzog Peter Friedrich Ludwig von Holstein-Oldenburg. In: DB II, 18.04.1814, H. 118, S. 377; Oldenburg, am 10. April. In: FZ, 27.04.1814, H. 71, S. 3; Kraehe 1963, S. 56f, 128ff, 243ff.

<sup>231</sup> Vgl. (Verspätet.) An die Bewohner der Altmark, des Herzogthums Magdeburg, des Fürstenthums Halberstadt und der übrigen Preußischen Staaten jenseits der Elbe. In: PC, 9.10.1813, H. 109, S. 1f; Nachrichten aus dem Vaterlande. In: FZ, 4.1.1813, H. 41, S. 4; Inlaendische Angelegenheiten. Berlin, den 27. December. In: DDB II, 6.1.1814, H. 3, S. 3; Zeichen der Zeit. In: DB II, 22.1.1814, H. 69, S. 234ff; Inlaendische Angelegenheiten. Münster, den 14. Mai. In: DDB II, 18.5.1814, H. 77, S. 1; o.T. In: DDB II, 7.7.1814, H. 111, S. 3.

diesen Kampf an.<sup>232</sup> Nach der Einnahme der linksrheinischen Gebiete durch die Alliierten meldeten die Berichterstatter dann, dass Preußen auch deren Verwaltung übernehme.<sup>233</sup>

#### 3.4.5. Die Vermittlung von Napoleons Eingeständnis des französischen Machtverlusts

Nach Österreichs Kriegs- und Bündnisbeitritt Mitte August 1813 begannen deutsche Blätter, Redebeiträge einer Pariser Senatsdebatte zu edieren. Die Diskussion französischer Regierungsvertreter schien im In- und Ausland zu belegen, dass Napoleons Friedenspolitik trotz seiner militärischen und politischen Niederlagen immer noch eine innenpolitische Basis besaß.<sup>234</sup>

Als Erste diagnostizierte die Kaiserin Marie Luise in ihrer Senatsrede am 7. Oktober 1813, dass Frankreich infolge des österreichischen Bündnisbeitrittes innerhalb des europäischen Staatensystems an Macht verloren habe.<sup>235</sup> Nach dem weitgehenden Rückzug französischer Truppen aus den deutschen Gebieten infolge der Leipziger Schlacht bildete ihr Vortrag die Argumentationsgrundlage, auf der der Staatsrat Graf Regnaud de St. Jean d'Angely am 12. November 1813 die Durchführung einer neuen Konskription in Frankreich begründete. Um die Zukunft der französischen Nation zu sichern, müsse Frankreich das militärische Übergewicht über die Alliierten zurückgewinnen. Von neuen Friedensverhandlungen erwartete der Staatsrat nur Nachteile für Frankreich.<sup>236</sup> Am 14. November beteuerte auch der Präsident des Pariser Senats, dass der Senat Napoleons Friedenspolitik auch nach dem Abfall vieler europäischer Verbündeter und der Auflösung des Kontinentalsystems vorbehaltlos unterstütze. Daraufhin sprach Napoleon

---

<sup>232</sup> Vgl. In Duesseldorf ist nachstehender Aufruf des Herrn General-Gouverneur J. Gruner, an deutsche Juenglinge und Maenner zum Kampfe fuer Deutschlands Freiheit erschienen. In: DDB I, 2.1.1814, H. 1, S. 4; Düsseldorf. In: FZ, 18.1.1814, H. 47, S. 4; Uebersicht der neuesten Zeitereignisse. In: RM, 7.3.1814, H. 23, S. 3; Aufforderung an deutsche Jünglinge und Männer zum Kampfe für Deutschlands Freiheit. In: EE, 1813, H. 6, S. 71ff; Schmidt, Charles: Das Großherzogtum Berg 1806-1813. Eine Studie zur französischen Vorherrschaft in Deutschland unter Napoleon I., Neustadt Aisch 1999, S. 339ff.

<sup>233</sup> Vgl. Uebersicht der neuesten Zeitereignisse. In: RM, 27.1.1814, H. 3, S. 3; Inlaendische Angelegenheiten. Trier, den 17. Febr. In: DDB II, 4.3.1814, H. 35, S. 1f; Schlieper 1971, S. 9; Faber 1966, S. 17f.

<sup>234</sup> Vgl. Der franzoesische Erhaltungssenat. In: NPZ, 1813, H. 2.2, S. 27f; o.T. In: PC, 12.11.1813, H. 129, S. 2; Vermischte Nachrichten. In: FZ, 11.12.1813, H. 34, S. 5.

<sup>235</sup> Vgl. Paris. Den 7. Oct. In: PC, 5.11.1813, H. 125, S. 2; Paris, den 15. October. In: DB II, 10.11.1813, H. 29, S. 241ff; Ueber die Erscheinung der französischen Kaiserin im Senate am 7. October. In: DB II, 3.12.1813, H. 42, S. 427ff; Merkwürdige Reden aus Paris. In: ND, 1814, H. 4, S. 4f.

<sup>236</sup> Vgl. Europa zu Anfange des Jahres 1814. In: KRO, 1814, H. 5.2, S. 272ff; Merkwürdige Reden aus Paris, nebst einigen Erläuterungen. In: ND, 1814, H. 7, S. 5f.

dem Senat seinerseits das Vertrauen aus. Zugleich räumte er dabei aber auch den radikalen Stimmungswechsel in Europa zu Lasten Frankreichs und zugunsten Englands ein:

„Ganz Europa war vor einem Jahre mit uns; jetzt ist ganz Europa wider uns; denn die Meinung der Welt wird von Frankreich oder von England bestimmt.“<sup>237</sup>

Die amtliche Herausgabe der Senatsreden und Napoleons Eingeständnis des französischen Machtverlustes in Europa bezeichneten viele Zeitungsmacher als eine Vorentscheidung für den alliierten Friedensprozess. Das französische Volk sei in der Lage, zwischen seinem Friedensbedürfnis und Napoleons Machtinteressen zu unterscheiden<sup>238</sup> und die publizistischen Täuschungsmanöver seiner Regierung zu entlarven.<sup>239</sup> Einen Friedensschluss der Verbündeten mit Napoleon hielten die Autoren nicht länger für möglich.<sup>240</sup>

### **3.5. Die Popularisierung der Reintegration europäischer Fürstendynastien ins europäische Staatensystem**

Seit November 1813 weiteten die Koalierten den Kriegsschauplatz, ausgehend von den deutschen Staaten, nach ganz Europa und besonders in Richtung Frankreich aus. Die Monarchen Russlands, Preußens, Englands, Österreichs und Schwedens stellten nach der Einbeziehung deutscher Fürsten nun alle anderen europäischen Regierungsvertreter vor die Bündnis- und Kriegsentscheidung. Die öffentlichkeitswirksame Strategie gegenüber den deutschen Regenten zugunsten der Errichtung eines neuen europäischen Gleichgewichts sollte dynastische hinter territoriale Belange zurückstellen. Dieses Prinzip dehnten die Koalierten auf das Staatensystem des Kontinents aus. Leitlinie der alliierten Allianzpolitik war es, traditionelle europäische Staaten und Monarchien zu erhalten oder zu erneuern, um einer neuen europäischen Friedensordnung Stabilität zu verleihen. Teils unter dem militärischen Druck der vorrückenden Streitkräfte, teils als Zugeständnis an den Erhalt der eigenen staatlichen Unabhängigkeit schlossen sich beinahe alle europäischen Regenten der antinapoleonischen Koalition an.

---

<sup>237</sup> Merkwürdige Reden aus Paris. In: ND, 1814, H. 7, S. 10ff; vgl. o.T. In: PC, 1.12.1813, H. 140, S. 2.

<sup>238</sup> Vgl. Einleitung. In: FZ, 6.10.1813, H. 1, S. 3; Kurze Uebersicht der Kriegsbegebenheiten des Feldzugs 1813. In: DB II, 31.10.1813, H. 20, S. 155f.

<sup>239</sup> Vgl. Frankreichs neuste Diplomatie. In: ZF, 7.11.1813, H. 11, S. 2f; Was mußten die Franzosen von dem Triumphe ihrer Sieger erwarten und was ist ihnen widerfahren? In: NF, 1814, H. 5, S. 139ff.

<sup>240</sup> Vgl. Verspätet. In: PC, 21.8.1813, H. 82, S. 1; o.T. In: PC, 30.8.1813, H. 86, S. 2f; Ueber den gegenwärtigen Krieg. In: KRO, 1813, H. 3.2, S. 205f; Fortgesetzte kurze Uebersicht der Kriegsbegebenheiten. In: FZ, 11.10.1813, H. 2, S. 2; Wünsche eines Patrioten. In: TB II, 30.4.1814, H. 50, S. 179f.

### 3.5.1. Die Meldungen über die Wahrung der außenpolitischen Interessen Englands auf dem Kontinent

Die Außenpolitik der britischen Regierung betrachteten die deutschen Journale zu Beginn des Frankreichfeldzuges vor allem aus strategisch-militärischer Perspektive. Zu diesem Zeitpunkt hatte die alliierte Generalität den Schwerpunkt ihres militärischen Engagements nach Frankreich verlagert.

Nachdem Wellington den Kampf gegen die Despotie König Josephs I. von Spanien erfolgreich beendet hatte,<sup>241</sup> druckten einige Blätter eine Rede des Prinzregenten Georg vom 4. November 1813 vor dem Londoner Parlament ab, in der die alliierten Kriegsziele und die Gleichgewichtspolitik bestätigte. England werde den Kampf gegen Napoleon künftig auf französischem Boden fortsetzen und die Verbündeten so lange unterstützen, bis mit Frankreich ein gerechter Frieden geschlossen und die Unabhängigkeit aller europäischen Staaten gesichert sei.<sup>242</sup> Mitte Dezember 1813 wurde dann bekannt, dass die englische Regierung den Außenminister Lord Robert Castlereagh auf den europäischen Kontinent entsandt habe,<sup>243</sup> damit er die britischen Interessen gegenüber den alliierten Monarchen wahre.<sup>244</sup> Über Castlereaghs Einfluss auf die alliierte Friedenspolitik wurde in der zeitgenössischen Publizistik wenig berichtet.<sup>245</sup> Es galt auch hier wie-

---

<sup>241</sup> Vgl. Fragmente einer Abhandlung: über die mögliche Wiederherstellung des politischen Gleichgewichts. England und das Haus Hannover. In: KRO, 1814, H. 6.2, S. 338f; Englands Eigenthümlichkeit. In: KRO, 1813, H. 4.1, S. 56f; Frankreichs Kriegsmacht. In: ZF, 5.10.1813, H. 6, S. 3f; England. In: DB II, 8.12.1813, H. 45, S. 486; Englands Eigenthümlichkeit. In: DB II, 15.12.1813, H. 49, S. 547f; Blick auf das Jahr 1813. In: DB II, 7.1.1814, H. 61, S. 103ff; Zeichen der Zeit. In: DB II, 15.1.1814, H. 65, S. 176ff; Oestreichs Allianz mit England. In: ND, 1814, H. 5, S. 534; Tc.: Klio's Rechtfertigung. 1813. In: NEM, 1814, H. 3, S. 302; Die Monate Januar und Februar. In: DB II, 2.4.1814, H. 109, S. 236; Weis 1978, S. 325.

<sup>242</sup> Vgl. Aktenstücke in Bezug auf den gegenwärtigen Krieg. Rede des Prinz-Regenten. In: KRO, 1813, H. 4.3, S. 316ff; Londoner Hofzeitung. St. James's, den 4. November 1813. In: PC, 28.11.1813, H. 139, S. 1f; Rede des Prinz Regenten von Großbritannien bey Eroeffnung des Parlaments. In: ADA, 1814, H. 1, S. 13ff.

<sup>243</sup> Vgl. Auslaendische Angelegenheiten. London, den 24. December. In: DDB II, 2.1.1814, H. 1, S. 4; Auslaendische Angelegenheiten. Holland. In: DDB II, 6.1.1814, H. 3, S. 4; Inlaendische Angelegenheiten. Bremen, den 12. Januar. In: DDB II, 13.1.1814, H. 7, S. 2; Auslaendische Angelegenheiten. Holland. In: DDB II, 16.1.1814, H. 9, S. 4; Vermischte Nachrichten. In: FZ, 21.1.1814, H. 48, S. 4; Die Monate Januar und Februar. In: DB II, 2.4.1814, H. 109, S. 239f; o.T. In: DDB II, 31.5.1814, H. 88, S. 2; Griewank 1954<sup>2</sup>, S. 68ff; Lange 1956, S. 140ff; Webster 1963<sup>2</sup>, S. 193ff; Sellin 2001, S. 84.

<sup>244</sup> Vgl. Zeichen der Zeit. In: DB II, 22.1.1814, H. 69, S. 231f; Auslaendische Angelegenheiten. England. In: DDB II, 9.3.1814, H. 38, S. 3.

<sup>245</sup> Vgl. Schweiz. In: DDB II, 4.2.1814, H. 19, S. 2; Auslaendische Angelegenheiten. England. In: DDB II, 23.2.1814, H. 30, S. 3; Auslaendische Angelegenheiten. England. In: DDB II, 2.3.1814, H. 34, S. 3; o.T. In: DB II, 5.3.1814, H. 92, S. 626; Uebersicht der neuesten Zeitereignisse. In: RM,

der die Devise, keine Dissonanzen zwischen den Bündnismitgliedern laut werden zu lassen.

Im Vergleich mit Englands Engagement in Europa gegen Napoleon widmeten die deutschen Berichterstatter dem Krieg auf dem nordamerikanischen Kontinent recht wenig Aufmerksamkeit. Seit dem Jahresanfang 1814 zirkulierten Meldungen, dass in Übersee erfolgreich Friedensanstrengungen unternommen würden. Der amerikanische Kongress habe im Januar 1814<sup>246</sup> den Vorschlag der englischen Regierung akzeptiert,<sup>247</sup> direkte Friedensgespräche aufzunehmen.<sup>248</sup>

### 3.5.2. Die Informationen über den Thronwechsel in Spanien

Nach Wellingtons Sieg bei Vitoria rückten Zeitungsmacher auch die Machtverhältnisse auf der Iberischen Halbinsel in den Blick der deutschen Leserschaft.

Der Abschluss eines Friedensvertrages zwischen Napoleon und dem spanischen Ex-König Ferdinand VII., der lange Zeit in Paris gefangen gehalten worden war, am 15. Dezember 1813 in Valencey zog die publizistische Aufmerksamkeit auf sich.<sup>249</sup> Ferdinand VII. hatte sich in dem Traktat vorab dazu bereit erklärt, ein Bündnis mit Napoleon einzugehen, sobald er seine Herrschaft über das Königreich Spanien erneuert habe.<sup>250</sup> Der Friedensregelung räumten die Berichterstatter jedoch keine Erfolgchancen

9.3.1814, H. 24, S. 3; Auslaendische Angelegenheiten. Großbritannien. In: DDB II, 12.3.1814, H. 40, S. 2; Steger 1991, S. 78.

<sup>246</sup> Vgl. Auslaendische Angelegenheiten. England. London, den 4. Febr. In: DDB II, 16.2.1814, H. 26, S. 2f; Auslaendische Angelegenheiten. England. London, den 8. Februar. In: Beilage DDB II, 25.2.1814, H. 25, S. 2; Auslaendische Angelegenheiten. Großbritannien. In: DDB II, 11.3.1814, H. 39, S. 3; Auslaendische Angelegenheiten. Großbritannien. In: DDB II, 12.3.1814, H. 40, S. 3; Auslaendische Angelegenheiten. Dover, den 7. Maerz. In: DDB II, 23.3.1814, H. 46, S. 2; Auslaendische Angelegenheiten. Großbritannien. In: DDB II, 27.4.1814, H. 66, S. 2; England. London, vom 24. April. In: TB I, 16.5.1814, H. 57, S. 245; Auslaendische Angelegenheiten. Großbritannien. In: DDB II, 25.5.1814, H. 82, S. 2; Auslaendische Angelegenheiten. Großbritannien. In: DDB II, 4.6.1814, H. 92, S. 1f.

<sup>247</sup> England erhielt Anfang März 1814 von Russland, Preußen und Österreich im Chaumonter Allianzvertrag die Garantie, dass sich nach Verwirklichung eines allgemeinen europäischen Friedens keine fremde Macht in den englisch-amerikanischen Konflikt einmischen werde. Vgl. Inlaendische Angelegenheiten. Wien, den 9. April. In: Beilage DDB II, 24.4.1814, H. 64, S. 1; o.T. In: TB I, 30.4.1814, H. 50, S. 218.

<sup>248</sup> Im Frühsommer 1814 mehrten sich dann die Gerüchte, dass ein Waffenstillstand zwischen Amerika und England unmittelbar bevorstehe. Vgl. Auslaendische Angelegenheiten. Großbritannien. In: DDB II, 6.6.1814, H. 94, S. 1; England. In: DDB II, 25.6.1814, H. 106, S. 1.

<sup>249</sup> Vgl. Napoleons Schlaueit. In: NPZ, 1814, H. 5.2, S. 30; Auslaendische Angelegenheiten. England. In: Beilage DDB II, 25.2.1814, H. 31, S. 2; Europa zu Anfange des Jahres 1814. In: KRO, 1814, H. 6.3, S. 428f; Auslaendische Angelegenheiten. England. In: DDB II, 9.3.1814, H. 38, S. 3; Wohlfeil, Rainer: Spanien und die deutsche Erhebung 1808-1814. Wiesbaden 1965, S. 102ff; Schroeder 1994, S. 484.

<sup>250</sup> Vgl. Miscellen. In: NPZ, 1814, H. 4.4, S. 64.



ein. Sie zweifelten an Napoleons Vertragstreue gegenüber Ferdinand VII.<sup>251</sup> Viele Journalisten erwarteten darüber hinaus, dass die spanische Bevölkerung und die Cortes eine oppositionelle Haltung gegenüber den Friedensvereinbarungen einnehmen würden.<sup>252</sup> Nach Ferdinands VII. Rückkehr nach Spanien zum Jahresanfang 1814 missbilligte die Cortes tatsächlich<sup>253</sup> den Friedensvertrag von Valencey.<sup>254</sup> Für Unruhe unter den spanischen Volksvertretern sorgte dabei weniger die Erneuerung der traditionellen Monarchie als die künftige Ausgestaltung der spanischen Verfassung. Bald erreichte das Publikum die Meldung, dass es der Cortes gelungen sei, Ferdinand VII. zu zwingen, die bereits ratifizierte „Constitucion politica de la Monarquia Espanola“ vom 19. März 1812 anzuerkennen.<sup>255</sup> Dieses Grundgesetz behielt zwar das Königtum bei, beschnitt aber die Herrschaftsrechte des Regenten. Nach der Reinstallation seiner Königswürde veröffentlichte der König im Gegenzug am 4. Mai 1814 ein Dekret, in dem er seine Akzeptanz der spanischen Verfassung von 1812 zurücknahm und alle Resolutionen der Cortes für ungültig erklärte.<sup>256</sup>

Die Erneuerung der Regentschaft Ferdinands VII. fand unabhängig von den innenpolitischen Konflikten in der deutschen Tagesliteratur hohe Zustimmung. Journalisten prognostizierten beispielsweise, dass sich das Königreich Spanien unter Ferdinand VII. wieder zu einem festen Bestandteil des europäischen Staatensystems entwickeln und seine kolonialen Aufgaben bewältigen werde.<sup>257</sup>

---

<sup>251</sup> Vgl. Napoleons Schlaueit. In: NPZ, 1814, H. 5.2, S. 30.

<sup>252</sup> Vgl. Miscellen. In: NPZ, 1814, H. 4.4, S. 64; Auslaendische Angelegenheiten. Spanien. Madrid, den 7. Januar. In: DDB II, 9.2.1814, H. 22, S. 3; Auslaendische Angelegenheiten. Spanien. In: DDB II, 11.3.1814, H. 39, S. 2; Die Monate Januar und Februar 1814. In: DB II, 1.4.1814, H. 108, S. 214; Auslaendische Angelegenheiten. Großbritannien. In: DDB II, 10.5.1814, H. 73, S. 3; Auslaendische Angelegenheiten. Großbritannien. Schreiben aus London, vom 13. Mai. In: DDB II, 26.5.1814, H. 83, S. 3.

<sup>253</sup> Vgl. Auslaendische Angelegenheiten. Spanien. In: DDB II, 9.2.1814, H. 22, S. 3; Auslaendische Angelegenheiten. Frankreich. In: DDB II, 2.3.1814, H. 34, S. 2; Auslaendische Angelegenheiten. Spanien. In: DDB II, 2.3.1814, H. 34, S. 2; Auslaendische Angelegenheiten. England. In: DDB II, 2.3.1814, H. 34, S. 2ff.

<sup>254</sup> Vgl. Europa zu Anfange des Jahres 1814. In: KRO, 1814, H. 6.3, S. 428f.

<sup>255</sup> Vgl. Uebersicht der neuesten Zeitereignisse. In: RM, 9.3.1814, H. 34, S. 3; Die Spanische Konstitution. In: RM, 2.4.1814, H. 35, S. 3; Spanien. Auszüge aus Englischen Blättern im Moniteur vom 20ten May enthalten folgendes aus London vom 14ten May. In: TB I, 26.5.1814, H. 61, S. 262; o.T. In: DDB II, 28.6.1814, H. 107, S. 3; Dippel, Horst: Die Bedeutung der spanischen Verfassung von 1812 für den deutschen Frühliberalismus und Frühkonstitutionalismus. Aus: Kirsch, Martin; Schiera, Pierangelo (Hrsg.): Denken und Umsetzung des Konstitutionalismus in Deutschland und den anderen europäischen Ländern in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Berlin 1999, S. 219ff.

<sup>256</sup> Vgl. o.T. In: DDB II, 28.6.1814, H. 107.

<sup>257</sup> Vgl. Spanisches Amerika. In: TB I, 28.3.1814, H. 36, S. 153f; Spanien. In: TB I, 20.6.1814, H. 72, S. 310.

### 3.5.3. Die Übersicht über die politische Wende in Dänemark

Dänemark schenken die Journalisten zu Beginn des Frankreichfeldzuges vor allem als demjenigen Staat Beachtung, dessen Monarch als letzter europäischer Bundesgenosse Napoleon die Treue hielt.<sup>258</sup> Die bestehende machtpolitische Rivalität Dänemarks und Schwedens um den Besitz Norwegens war überhaupt kein Thema.<sup>259</sup>

Seit Mitte Dezember 1813 kursierten Nachrichten, dass Teile der Nordarmee unter Führung Bernadottes begannen, gegen dänische Truppen in Holstein vorzugehen. Als Begründung für das eigenmächtige Vorgehen des schwedischen Kronprinzen galt,<sup>260</sup> dass König Frederick VI. sich bis Anfang Dezember 1813 vehement geweigert hatte, sich der antinapoleonischen Koalition anzuschließen.<sup>261</sup> An die Holsteiner appellierte der schwedische Kronprinz in seinen Bulletins als Deutsche, sich gegen die dänische Herrschaft in ihrem Land zu erheben.<sup>262</sup> Nach dem Bekanntwerden des Rückzugs dänischer Truppen aus weiten Teilen des Holsteiner Gebiets<sup>263</sup> tradierten Journalisten ab Mitte Dezember Gerüchte, dass der König Frederick VI. von Dänemark plane, zur antinapoleonischen Koalition überzutreten.<sup>264</sup> Sein Bündniswechsel entspreche dem Wunsch der dänischen Bevölkerung.<sup>265</sup> Ende Dezember konnten die Redaktionen dann bekannt machen, dass die dänische Regierung mit den nordischen Verbündeten am 15. Dezember 1813 einen Waffenstillstand geschlossen habe,<sup>266</sup> um über die Grundlage eines künfti-

---

<sup>258</sup> Vgl. Jedem das Seine. In: ZF, 9.10.1813, H. 7, S. 3; Militairische Untersuchung. In: ZF, 21.10.1813, H. 9, S. 2f; Blick auf das Jahr 1813. In: DB II, 10.1.1814, H. 63, S. 138ff.

<sup>259</sup> Vgl. Kraehe 1963, S. 266f.

<sup>260</sup> Vgl. Schroeder 1994, S. 487.

<sup>261</sup> Vgl. Betrachtungen. In: ZF, 11.12.1813, H. 13, S. 2f; Kienitz, Dieter: Der Kosakenwinter in Schleswig-Holstein 1813/14: Studien zu Bernadottes Feldzug in Schleswig und Holstein und zur Besetzung der Herzogtümer durch eine schwedisch-russisch-preußische Armee in den Jahren 1813/14. Heide 2000, S. 11ff, 22ff, 31ff.

<sup>262</sup> Vgl. Bulletin Sr. K. H. des Kronpr. v. Schweden. Hauptquartier Boitzenburg, d. 30. Nov. In: FZ, 9.12.1813, H. 32, S. 3.

<sup>263</sup> Vgl. Friedrichsstadt, den 10. December. In: ZF, 11.12.1813, H. 13, S. 2.

<sup>264</sup> Vgl. Bulletin Sr. Königl. Hoheit des Kronprinzen von Schweden. Hauptquartier Neumünster, vom 12. Dec. In: FZ, 31.12.1813, H. 40, S. 3; Auslaendische Angelegenheiten. Schweiz. In: DDB II, 6.1.1814, H. 3, S. 4; Vier und zwanzigstes Bulletin. Hauptquartier Kiel, den 26ten Dez. 1813. In: FZ, 8.1.1814, H. 43, S. 1f; Tönningen, den 31. December. In: ZF, 8.1.1813, H. 15, S. 1f.

<sup>265</sup> Vgl. Das zwey und zwanzigste Bulletin des Kronprinzen von Schweden, der eben kurz vor dem Aufbruche des großen Hauptquartiers von Frankreich daselbst eintraf, theilen wir hier nachträglich mit. Hauptquartier Lübeck, vom 6. December. In: FZ, 31.12.1813, H. 39, S. 3; o.T. In: PC, 18.12.1813, H. 150, S. 1; o.T. In: PC, 20.12.1813, H. 151, S. 2; Tönningen, d. 16. Dec. In: ZF, 25.12.1813, H. 14, S. 1; Tönningen, den 31. December. In: ZF, 8.1.1813, H. 15, S. 2.

<sup>266</sup> Vgl. Bulletin Sr. Königl. Hoheit des Kronprinzen von Schweden. Hauptquartier Kiel, vom 16. Dezember. In: FZ, 4.1.1814, H. 41, S. 2.

gen Friedensvertrages zu verhandeln.<sup>267</sup> Im Januar 1814 meldeten die Korrespondenten dann den erwarteten Abschluss eines Friedens<sup>268</sup> zwischen Dänemark, Schweden und England in Kiel am 14. Januar.<sup>269</sup> Der Kieler Friedensvertrag galt in der deutschen Tagespresse unabhängig von der Bündnistaktik des dänischen Monarchen als Manifestation des Entschlusses der nordischen Staaten,<sup>270</sup> künftig für die Freiheit und Unabhängigkeit der europäischen Nationen einzutreten. Sie hätten sich darauf verständigt, den Krieg gegen Frankreich fortzusetzen, nicht um das französische Volk zu bekämpfen, sondern nur um die Person Napoleons zu entmachten.<sup>271</sup> Anschließend begründete der König Frederik VI. in einer Proklamation aus Middelfahrt am 17. Januar 1814 seinen außenpolitischen Kurswechsel gegenüber seinen Untertanen. Während der vergangenen fünfzehn Jahre habe Krieg in Europa geherrscht und habe Frankreich wiederholt seine Bündnisverpflichtungen gegenüber Dänemark vernachlässigt. Unter der Einführung des französischen Kontinentalystems hätten alle dänischen Staaten gelitten. Um den Einfall alliierter Truppen in dänische Gebiete zu verhindern, habe er sich nun für den Anschluss an die antinapoleonische Koalition entschieden.<sup>272</sup>

---

<sup>267</sup> Vgl. Vier und zwanzigstes Bulletin. Hauptquartier Kiel, den 26ten Dez. 1813. In: FZ, 8.1.1814, H. 43, S. 1f; Auslaendische Angelegenheiten. In: DDB II, 4.1.1814, H. 2, S. 3.

<sup>268</sup> Weil der König aber die alliierten Friedensvorschläge zunächst ablehnte, begann der Krieg am 7. Januar 1814 zunächst erneut. Vgl. Armee-Nachrichten. Hauptquartier Kiel den 6. Januar 1814. In: FZ, 21.1.1814, H. 48, S. 2.

<sup>269</sup> Vgl. Inlaendische Angelegenheiten. Bremen, den 17. December. In: DDB II, 18.1.1814, H. 10, S. 1; o.T. In: PC, 19.1.1814, H. 10, S. 1; Inlaendische Angelegenheiten. Bremen, den 19. Januar. In: DDB II, 20.1.1814, H. 11, S. 1; Inlaendische Angelegenheiten. Bremen, den 20. Jan. In: DDB II, 21.1.1814, H. 12, S. 1; Auslaendische Angelegenheiten. Holland. In: DDB II, 23.1.1814, H. 13, S. 2f; Inlaendische Angelegenheiten. Bremen, den 23. Januar. In: DDB II, 24.1.1814, H. 14, S. 1; Uebersicht der neuesten Zeitereignisse. In: RM, 27.1.1814, H. 3, S. 3; Nordarmee. In: TB I, 31.1.1814, H. 12, S. 52; Uebersicht der neuesten Zeitereignisse. In: RM, 3.2.1814, H. 7, S. 2f; Nordarmee. In: TB I, 3.02.1814, H. 13, S. 54; Die Monate Januar und Februar. In: DB II, 2.4.1814, H. 109, S. 230ff; Andreas 1955, S. 563.

<sup>270</sup> Vgl. Inlaendische Angelegenheiten. Kiel, den 14. Januar. In: DDB II, 11.2.1814, H. 23, S. 1f; Inlaendische Angelegenheiten. Kiel, den 14. Januar. In: DDB II, 12.2.1814, H. 24, S. 1f; Inlaendische Angelegenheiten. Kiel, den 14. Januar. In: DDB II, 14.2.1814, H. 25, S. 1f; Friede mit Daenemark. Friedens-Traktat zwischen Sr. Majestät dem Könige von Schweden eines Theils und Sr. Majestät dem Könige von Daenemark andern Theils. In: ND, 1814, H. 8, S. 146ff; Auslaendische Angelegenheiten. Großbritannien. In: DDB II, 23.5.1814, H. 80, S. 3f; Inlaendische Angelegenheiten. Kiel, den 14. Januar. In: DDB II, 16.2.1814, H. 26, S. 1; Friede mit Dänemark. In: ND, 1814, H. 8, S. 150; Griewank 1954<sup>2</sup>, S. 64f.

<sup>271</sup> Vgl. Inlaendische Angelegenheiten. Bremen, den 26. Januar. In: DDB II, 27.1.1814, H. 15, S. 1; Kriegsbericht des Kronprinzen von Schweden. Hauptquartier Kiel, vom 17. Januar. In: PC, 26.1.1814, H. 14, S. 3; Bulletin des Kronprinzen von Schweden Königl. Hoheit aus dem Hauptquartier. Kiel, vom 17. Januar. In: FZ, 9.2.1814, H. 53, S. 2.

<sup>272</sup> Vgl. Auslaendische Angelegenheiten. Daenemark. In: DDB II, 23.2.1814, H. 30, S. 3f; Deklaration Sr. Majestät von Dänemark. In: FZ, 7.3.1814, H. 65, S. 2f; Friede mit Dänemark. In: ND, 1814, H. 8, S. 151ff; Brandt 1999, S. 39. Der König von Dänemark hob mit einer Verordnung am 26. Januar 1814 alle französischen Auflagen für den dänischen Handel auf. Vgl. Armee-Nachrichten. Hauptquartier

Nach Abschluss des Kieler Friedensvertrages gerieten die skandinavischen Länder vorübergehend aus dem Blickfeld des publizistischen Interesses. Mitte März 1814 zog der noch immer schwelende Interessenkonflikt zwischen Schweden und Dänemark um den Besitz Norwegens erneut Aufmerksamkeit auf sich. Obwohl Norwegen im Kieler Friedensvertrag Schweden zuerkannt worden war, forderte der dänische Kronprinz Christian IV. die Unabhängigkeit des Landes von Schweden und den Titel eines Königs von Norwegen ein. Die alliierten Mächte Russland, Österreich, Großbritannien und Preußen verschafften den Kieler Vertragsbestimmungen Geltung, indem sie den dänischen König veranlassten, dem Vertragsbruch des Prinzen ein Ende zu setzen.<sup>273</sup> Das Bemühen der Eidswalder Tagsatzung, sich eine eigene Verfassung zu geben, spiegelte zudem Norwegens Erneuerungsstreben unabhängig von Dänemark.<sup>274</sup>

#### 3.5.4. Die Auskunft über den Umschwung in Holland

Die Bündnisfrage der ehemaligen Republik der Vereinigten Niederlande, die Napoleon dem Kaiserreich Frankreich eingegliedert hatte, gewann noch vor Beginn des alliierten Frankreichfeldzuges an Gewicht, da die Niederlande als Durchzugsgebiet strategisch eine wichtige Rolle spielten.

Einige Redaktionen druckten die Proklamation des preußischen Generals Friedrich Wilhelm von Bülow „An die Bewohner der vereinigten Staaten von Holland“ vom 20. November 1813 ab, mit der er den Einmarsch der alliierten Armeen in die holländischen Gebiete vorbereitete. Den Holländern stellte Bülow – in Erinnerung an die alliierte Siegesserie in den deutschen Staaten – in Aussicht, ihre staatliche Unabhängigkeit zurückzuerhalten, wenn sie sich entschlossen, mit den Verbündeten gegen Napoleon zu kämpfen.<sup>275</sup> Ende November konnte das Publikum Meldungen zur Kenntnis nehmen, nach denen englische Truppen an der holländischen Küste landeten und die französi-

---

Kiel den 6. Januar 1814. In: FZ, 21.1.1814, H. 48, S. 2f; Daenemark. Gottorf, den 1. Februar. In: DDB II, 25.2.1814, H. 31, S. 4.

<sup>273</sup> Vgl. England. In: DDB II, 5.3.1814, H. 36, S. 4; Auslaendische Angelegenheiten. Frankreich. In: DDB II, 12.5.1814, H. 74, S. 1f; Inlaendische Angelegenheiten. Lübeck, den 27. April. In: DDB II, 1.5.1814, H. 68, S. 1.

<sup>274</sup> Vgl. o.T. In: RM, 27.5.1814, H. 63, S. 3; Auslaendische Angelegenheiten. Norwegen. In: DDB II, 18.5.1814, H. 78, S. 2; Norwegen. In: TB I, 30.5.1814, H. 63, S. 268; Schroeder 1994, S. 514; Kirsch 1999, S. 300.

<sup>275</sup> Vgl. An die Bewohner der vereinigten Staaten von Holland. In: PC, 29.11.1813, H. 139, S. 2; Aufruf des Generallieut. v. Bülow an die Bewohner der vereinigten Staaten von Holland vom 20. Nov. 1813. In: FZ, 30.11.1813, H. 24, S. 1; Alte Fürsten, welche wieder als Regenten aufgetreten. In: ND, 1814, H. 5, S. 569.

schen Truppen sich angesichts der alliierten Kriegsoperationen von fast allen Standorten in Holland zurückzögen.<sup>276</sup> Die Umbruchsituation nutzten die Städte Amsterdam, Leiden, Den Haag und Groningen, um sich von Frankreich loszusagen und die eigenständige Erneuerung ihrer Verwaltungen in die Hand zu nehmen.<sup>277</sup> Die Amsterdamer Regierung entsandte eine Deputation zum Prinzen Wilhelm von Oranien im englischen Exil, um den letzten niederländischen Statthalter zur Rückkehr zu bewegen.<sup>278</sup> Meldungen über die Ankunft des Thronerben in Scheveling am 30. November 1813<sup>279</sup> beendeten alle Spekulationen, ob die Alliierten das holländische Oberhaupt wieder in Amt und Würden bringen wollten.<sup>280</sup> Der Oranier ließ sich am 1. Dezember 1813 zum souveränen Fürsten Wilhelm I. von den Vereinigten Niederlanden ausrufen.<sup>281</sup> Am folgenden Tag, dem 2. Dezember 1813, hielt der Aspirant auf den Thron einen umjubelten Einzug in Amsterdam. Trotz des Amsterdamer Regierungsauftrages und der positiven Aufnahme seiner Person lehnte es Wilhelm aber am 3. Dezember 1813 ab, künftig den Titel eines Königs zu führen.<sup>282</sup> Den Regenschaftswechsel in den Niederlanden legitimierte nachträglich die Herausgabe der „Beitrittsakte Sr. Koenigl. Hoheit, des Prinzen von Oranien, zum großen Befreiungsbunde“ aus Dillenburg vom 20. Dezember 1813. Der Oranier Wilhelm ließ hierin erklären, dass er im Einverständnis mit der antinapoleonischen Koalition die Herrschaft über die Niederlande übernommen habe. Seine Untertanen forderte er auf, die Interessen Hollands zu schützen und freiwillig mit den Verbündeten in den Krieg gegen Frankreich zu ziehen.<sup>283</sup> Die Nachrichten über die

---

<sup>276</sup> Vgl. Holland. In: DB II, 26.11.1813, H. 38, S. 367ff; Authentische Nachrichten. In: PC, 8.12.1813, H. 144, S. 1; Rotterdam, vom 29. Nov. In: FZ, 16.12.1813, H. 37, S. 4; Auslaendische Angelegenheiten. England. In: DDB II, 27.1.1814, H. 15, S. 4; Griewank 1954<sup>2</sup>, S. 63.

<sup>277</sup> Vgl. Frankfurt den 28sten Nov. 1813. In: FZ, 29.11.1813, H. 22, S. 1.

<sup>278</sup> Vgl. Europa zu Anfange des Jahres 1814. In: KRO, 1814, H. 5.2, S. 285ff; o.T. In: RDVB, 24.4.1814, H. 11, S. 6; Alte Fürsten, welche wieder als Regenten aufgetreten. In: ND, 1814, H. 5, S. 569; Klingenburg, Ernst Moritz: Die Entstehung der deutsch-niederländischen Grenze im Zusammenhang mit der Neuordnung des niederländisch-niederrheinischen Raumes 1813-1815. Leipzig 1940, S. 41.

<sup>279</sup> Vgl. Authentische Nachrichten. In: PC, 8.12.1813, H. 144, S. 1; Andreas 1955, S. 557.

<sup>280</sup> Vgl. Bulletin Sr. K. H. des Kronpr. v. Schweden. Hauptquartier Boitzenburg, d. 30. Nov. In: FZ, 9.12.1813, H. 32, S. 1ff; o.T. In: PC, 29.11.1813, H. 139, S. 3; Zwoell, den 28. Nov. 1813. In: FZ, 2.12.1813, H. 27, S. 1f.

<sup>281</sup> Vgl. Amsterdam, den 3. December. In: PC, 10.12.1813, H. 145, S. 1; Holland. Amsterdam den 4. Dec. In: PC, 11.12.1813, H. 146, S. 1; Auslaendische Angelegenheiten. Haag, den 5. Jan. In: DDB II, 13.1.1814, H. 7, S. 4.

<sup>282</sup> Vgl. Wilhelm Friedrich, von Gottes Gnaden Prinz von Oranien und Nassau sc sc. In: PC, 11.12.1813, H. 146, S. 1; Vermischte Nachrichten. In: FZ, 11.12.1813, H. 34, S. 5.

<sup>283</sup> Vgl. Auslaendische Angelegenheiten. Holland. In: DDB II, 7.1.1814, H. 4, S. 4; Wilhelm Friedrich, von Gottes Gnaden Prinz von Oranien, souverainer Fürst von Nassau und in den vereinigten Niederlanden. In: PC, 17.1.1814, H. 9, S. 4; Fischer, Heinz: Die oranischen Erblande und die Vergrößerung der Niederlande. 1813-1815. Frankfurt 1936, S. 36ff; Klingenburg, 1940 S. 50f.

erfolgreiche Organisation von holländischen Kriegsfreiwilligen bekräftigten die Popularität der Bündnispolitik des Oraniers.<sup>284</sup>

Nachdem die Alliierten den Schwerpunkt der militärischen Operationen nach Frankreich verlagert hatten, mehrten sich 1814 die Ankündigungen, dass erste Vorentscheidungen für eine staatliche Erneuerung Hollands gefallen seien. Wilhelm I. habe einer Amsterdamer Kommission die Aufgabe übertragen, einen Verfassungsentwurf<sup>285</sup> für die Vereinigten Niederlande zu erarbeiten.<sup>286</sup> Außerdem plane der Regent, die Oranierdynastie durch eine Heirat seines Sohnes enger an das Königshaus von Großbritannien zu binden.<sup>287</sup>

### 3.5.5. Die Berichte über die Einnahme Belgiens

Die Koalitionsbereitschaft in den vormalig österreichischen Niederlanden, einem festen Bestandteil des französischen Empire, war nur zu Beginn des Frankreichfeldzuges ein publizistisches Thema, als Wilhelm I. von Oranien seine Regentschaft über holländische Gebiete erneuerte.<sup>288</sup>

Seit dem Jahresbeginn 1814 verdichteten sich die Meldungen, dass in Flandern und Brabant Rebellionen gegen die französische Besatzermacht stattfänden.<sup>289</sup> Die Aufständischen ermunterte General Bülow am 9. Januar in seiner Proklamation „An die Einwohner von Brabant“, sich nach dem Vorbild der anderen europäischen Staaten den

---

<sup>284</sup> Vgl. Aus Holland, vom 14. Dezember. In: FZ, 6.1.1813, H. 42, S. 2; Auslaendische Angelegenheiten. Amsterdam, vom 25. Dec. In: DDB II, 2.1.1814, H. 1, S. 3; Bommel, den 31. Dez. 1813. In: FZ, 10.1.1813, H. 44, S. 1; Aus dem Haag. In: DB II, 5.3.1814, H. 92, S. 631f; Blumen- und Dornenlese aus den Times. In: DB II, 28.3.1814, H. 106, S. 182.

<sup>285</sup> Die deutschen Journalisten wiesen immer wieder darauf hin, dass Wilhelm I. plane, die Freiheit der Presse in den Niederlanden verfassungsrechtlich zu verankern. Vgl. Aus dem Haag. In: DB II, 5.3.1814, H. 92, S. 631f; Auslaendische Angelegenheiten. Holland. In: DDB II, 11.2.1814, H. 23, S. 3; Die Monate Januar und Februar 1814. In: DB II, 1.4.1814, H. 108, S. 215f.

<sup>286</sup> Vgl. Uebersicht der neuesten Zeitereignisse. In: RM, 21.3.1814, H. 30, S. 1ff; Sendschreiben des souverainen Fürsten der vereinigten Niederlande an sein Volk. In: TB II, 9.4.1814, H. 41, S. 149f; Sendschreiben des souverainen Fürsten der vereinigten Niederlande an sein Volk. In: TB II, 16.4.1814, H. 44, S. 155f; Auslaendische Angelegenheiten. Holland. In: DDB II, 11.3.1814, H. 39, S. 3; Auslaendische Angelegenheiten. Holland. In: DDB II, 16.3.1814, H. 42, S. 4; Uebersicht der neuesten Zeitereignisse. In: RM, 9.3.1814, H. 34, S. 4; Tulard, Jean: Napoleon oder der Mythos des Retters. Frankfurt. a. M. 1982, S. 449f; Kirsch 1999, S. 300.

<sup>287</sup> Vgl. Aus dem Haag. In: DB II, 5.3.1814, H. 92, S. 632; Großbritannien. In: TB I, 14.3.1814, H. 30, S. 128; Inlaendische Angelegenheiten. Wien, den 2. Maerz. In: DDB II, 16.3.1814, H. 42, S. 2; Auslaendische Angelegenheiten. Großbritannien. In: Beilage DDB II, 28.4.1814, H. 66, S. 2; Auslaendische Angelegenheiten. Großbritannien. In: DDB II, 6.6.1814, H. 94, S. 1; Fischer 1936, S. 47ff; Klingenburg 1940, S. 154; Griewank 1954<sup>2</sup>, S. 64; Kissinger 1986, S. 207.

<sup>288</sup> Vgl. Briefe eines zur Armee reisenden Sachsen. In: DB II, 7.5.1814, H. 128, S. 530f; Griewank 1954<sup>2</sup>, S. 71, 80.

<sup>289</sup> Vgl. Auslaendische Angelegenheiten. Amsterdam, vom 25. Dec. In: DDB II, 2.1.1814, H. 1, S. 3.

Alliierten anzuschließen und gegen Napoleon in den Krieg zu ziehen, um die Zukunft der eigenen Nation zu sichern.<sup>290</sup> Mitte März 1814 erreichte das Publikum dann die Nachricht, dass alliierte Truppen Belgien eingenommen hätten.<sup>291</sup> Kaiser Franz I. von Österreich habe daraufhin die Bildung einer Kommission veranlasst, um die staatliche Neuordnung Belgiens zu organisieren.<sup>292</sup> Der administrativen Vorentscheidung Österreichs zum Trotz hielt sich laut Korrespondentennachrichten bis Mitte Mai die Unsicherheit der Brabanter und flandrischen Bevölkerung,<sup>293</sup> ob die Verbündeten Belgien in die Unabhängigkeit entlassen oder mit einem Nachbarstaat vereinigen würden.<sup>294</sup>

Im Juni 1814 enttäuschte die Ankündigung alle Hoffnungen auf nationale Freiheit, dass der Erzherzog Carl von Österreich zum Gouverneur der österreichischen Niederlande und des Lütticher Gebiets ernannt worden sei.<sup>295</sup>

### 3.5.6. Die Rechtfertigung für die alliierte Nichtanerkennung der Schweizer Neutralität

Die Entscheidung der Schweiz als eines strategisch bedeutenden Aufmarschgebietes über ihre Allianzzugehörigkeit fand zu Beginn des Frankreichfeldzuges erhöhte Beachtung,<sup>296</sup> nachdem Botschafter Napoleons und Gesandte des österreichischen Kaisers lange Zeit vergeblich versucht hatten, die Schweizer Regierung als Koalitionspartner für sich zu gewinnen.<sup>297</sup>

Als die Alliierten ihre Truppen am Rhein bei Kaub und Mannheim zusammenzogen, erwarteten die Journalisten einen verbindlichen Bündnisentschluss von dem außerordentlichen Landtag aller Schweizer Kantone am 15. November 1813 in Zürich.<sup>298</sup> Tat-

---

<sup>290</sup> Vgl. Holland. Am 9. d. Monats erließ von Utrecht aus der Gen. Lieut. v. Bülow folgenden Aufruf an die Einwohner von Brabant. In: FZ, 30.12.1813, H. 38, S. 1; Holland. In: DDB II, 5.3.1814, H. 36, S. 4.

<sup>291</sup> Vgl. Ausländische Angelegenheiten. Frankreich. In: DDB II, 23.3.1814, H. 46, S. 3; Ausländische Angelegenheiten. Frankreich. In: DDB II, 2.4.1814, H. 52, S. 2; Briefe eines zur Armee reisenden Sachsen. In: DB II, 7.5.1814, H. 128, S. 535.

<sup>292</sup> Vgl. Ausländische Angelegenheiten. Frankreich. In: DDB II, 23. März 1814, H. 46, S. 4; Klingenburg 1940, S. 54.

<sup>293</sup> Vgl. Inländische Angelegenheiten. Brüssel, den 14. Mai. In: DDB II, 27.5.1814, H. 84, S. 1; Manifest des französischen Volkes gegen die Königsmoerder, ihre Anhaenger und ihre Mitschuldigen. In: DDB II, 28.5.1814, H. 85, S. 2.

<sup>294</sup> Vgl. Inländische Angelegenheiten. Brüssel, den 14. Mai. In: DDB II, 23.5.1814, H. 80, S. 1; Kissinger 1986, S. 207; Sellin 2001, S. 90.

<sup>295</sup> Vgl. Wien, den 14. Juny. In: DDB II, 28.6.1814, H. 107, S. 1f.

<sup>296</sup> Vgl. Die Schweizer. In: NEM, 1814, H. 4, S. 510ff; Fleig 1942, S. 149ff.

<sup>297</sup> Vgl. o.T. In: PC, 17.9.1813, H. 97, S. 3; Schreiben aus Hanau vom 7ten November. In: Beilage PC, 27.11.1813, H. 138, S. 2; Ausländische Angelegenheiten. Schweiz. In: Beilage DDB II, 19.1.1814, H. 10, S. 1f; Andreas 1955, S. 561f.

<sup>298</sup> Vgl. Vermischte Nachrichten. In: FZ, 1.12.1813, H. 25, S. 4f; o.T. In: PC, 6.12.1813, H. 143, S. 3; Vermischte Nachrichten. In: FZ, 8.12.1813, H. 31, S. 5.

sächlich ließ die Tagsatzung durch den Landamann Max von Rheinhardt eine Proklamation publik machen, nach der die Schweiz entschieden habe, sich gegenüber Napoleon und der Allianz vollkommen neutral zu verhalten und ihre Neutralität militärisch zu sichern. Von den verbündeten Mächten erwartete die Tagsatzung, dass sie die Schweizer Neutralität respektieren und ihre Truppen Schweizer Gebiet nicht betreten würden.<sup>299</sup> Als sich Mitte Dezember 1813 die Meldungen verdichteten, dass die verbündeten Truppen dennoch auf Schweizer Gebiet vorrückten, machten viele Redaktionen eine Erklärung aus dem Hauptquartier der Alliierten publik, die Friedrich Gentz verfasst hatte. Diese Proklamation rechtfertigte gegenüber der Schweizer Bevölkerung die Missachtung der Neutralitätserklärung mit der koalitierten Friedenspolitik. Die Truppen hätten die Schweizer Grenzen demnach nur übertreten, um die begonnenen alliierten Operationen gegen Frankreich fortzusetzen. Die Schweiz könne keine Neutralität beanspruchen, weil sie seit ihrer Neuordnung auf Grundlage der Mediationsakte 1803 nur formal unabhängig von Frankreich sei, faktisch aber der Herrschaft Napoleons unterstehe. Der Eintritt der verbündeten Truppen werde die Neuorganisation der Schweiz unter Wahrung der territorialen Integrität und föderalen Souveränität einleiten. Ein unabhängiger Schweizer Staat entspreche den Bedürfnissen des europäischen Staatensystems.<sup>300</sup> Den Durchzug der großen Armee durch Schweizer Gebiete in Richtung Frankreich bereitete Schwarzenberg mit der Edition von drei weiteren Verlautbarungen aus seinem Hauptquartier in Lörrach vom 21. Dezember 1813 vor,<sup>301</sup> um den Schweizern die Relevanz der Kriegsziele der Alliierten für ihre nationale Zukunft zu erläutern. Der erste Befehl ermahnte die eigenen Soldaten, der Schweizer Zivilbevölkerung freundschaftlich entgegenzutreten.<sup>302</sup> Das zweite Manifest wies die Schweizer auf die Chance hin, dass der

---

<sup>299</sup> Vgl. Zürich, vom 20. Nov. In: FZ, 3.12.1813, H. 28, S. 2f; Zürich, vom 27. November. In: FZ, 8.12.1813, H. 31, S. 2; Aktenstücke in Bezug auf den gegenwärtigen Krieg. In: KRO, 1813, H. 4.3, S. 315; Kann die Schweiz neutral bleiben? In: GMD, 1813, H. 1, S. 92ff; Ueber Neutralität. Veranlaßt durch die Neutralitäts-Erklärung der Schweiz. In: NEM, 1814, H. 1, S. 62ff; Moser, F.A.: Die Haltung Englands gegenüber der Verletzung der Schweizer Neutralität durch die Alliierten im Dezember 1813. In: Zeitschrift für Schweizerische Geschichte, 14. Jg. (1934), S. 40ff; Fleig 1942, S. 153f; Schroeder 1994, S. 493f.

<sup>300</sup> Vgl. o.T. In: Beilage FZ, 10.1.1813, H. 44, S. 1ff; Kriegsschauplatz. In: TB I, 6.1.1813, H. 1, S. 3f; Erklärung, die Neutralität der Schweiz betreffend. In: TB I, 10.1.1814, H. 3, S. 16; Im Hauptquartier der Verbündeten erschien in Hinsicht der Schweiz folgende Erklärung. In: PC, 8.1.1814, H. 4, S. 2ff; Erklärung an die Schweizer. In: PC, 10.1.1814, H. 5, S. 1; Czygan 1911, S. 359.

<sup>301</sup> Vgl. Inlaendische Angelegenheiten. Frankfurt, vom 26. Dec. In: DDB II, 2.1.1814, H. 1, S. 3; Kraehe 1963, S. 263ff.

<sup>302</sup> Vgl. Auslaendische Angelegenheiten. Schweiz. In: DDB II, 6.1.1814, H. 3, S. 3; Kriegsschauplatz. In: TB I, 6.1.1813, H. 1, S. 3.



künftige Friedensvertrag auch die Freiheit der Schweiz sichern könne.<sup>303</sup> Der dritte Aufruf klärte die Franzosen darüber auf, dass die Koalierten nur gegen Napoleons Herrschaft außerhalb der französischen Grenzen vorgingen, weil alle Staaten Europas Anspruch auf Unabhängigkeit und einen dauerhaften Frieden hätten.<sup>304</sup> Am gleichen Tag bestätigte der Schweizer General Nikolaus von Wattenwyl die Direktiven Schwarzenbergs. Er befahl den eidgenössischen Truppen, mit den Verbündeten zu kooperieren.<sup>305</sup> Stellvertretend für die Schweizer Generalität billigte Wattenwyl damit die alliierte Invasion.

Ab Mitte Januar 1814 begannen dann Meldungen die Runde zu machen, dass die Koalierten die öffentlich getätigte Zusage an die Schweizer, dass diese selbst über die staatliche Zukunft der Kantone zu entscheiden hätten, einlösten. Die Alliierten hätten die Züricher Tagsatzung beauftragt, einen Verfassungsentwurf für die Schweiz auszuarbeiten.<sup>306</sup> Auch wenn die Mehrzahl der Autoren die Schweizer Bemühungen um eine neue Konstitution<sup>307</sup> trotz allen Zwistes unter den Kantonsvertretern<sup>308</sup> grundsätzlich begrüßten, kritisierten doch auch einige Journalisten im Frühjahr 1814 das geringe Engagement der Schweiz für den Krieg gegen Frankreich.<sup>309</sup>

---

<sup>303</sup> Vgl. Schweiz. Unterm 21ten d. M. erließ der Fürst Schwarzenberg an die Bewohner der Schweiz folgende Proklamation. In: FZ, 30.12.1813, H. 38, S. 2; Auslaendische Angelegenheiten. Schweiz. In: DDB II, 6.1.1814, H. 3, S. 3f; Kriegsschauplatz. In: TB I, 6.1.1813, H. 1, S. 2f.

<sup>304</sup> Vgl. Von Lörrach aus erließ der Fürst Schwarzenberg am 21sten folgende Proklamation. In: FZ, 31.12.1813, H. 39, S. 1; Auslaendische Angelegenheiten. Schweiz. In: DDB II, 6.1.1814, H. 3, S. 2; Kriegsschauplatz. In: TB I, 6.1.1814, H. 1, S. 1f; Auslaendische Angelegenheiten. Schweiz. In: DDB II, 5.2.1814, H. 20, S. 2.

<sup>305</sup> Vgl. Auslaendische Angelegenheiten. Schweiz. In: DDB II, 6.1.1814, H. 3, S. 2.

<sup>306</sup> Vgl. Auslaendische Angelegenheiten. Schweiz. In: DDB II, 24.1.1814, H. 14, S. 4; Auslaendische Angelegenheiten. Schweiz. In: DDB II, 27.1.1814, H. 15, S. 3; Auslaendische Angelegenheiten. Schweiz. In: DDB II, 2.2.1814, H. 18, S. 3f; Auslaendische Angelegenheiten. Schweiz. In: DDB II, 11.2.1814, H. 23, S. 2; Auslaendische Angelegenheiten. Schweiz. In: DDB II, 2.3.1814, H. 34, S. 1.

<sup>307</sup> Vgl. Uebersicht der neuesten Zeitereignisse. In: RM, 13.3.1814, H. 26, S. 3f; Auslaendische Angelegenheiten. Schweiz. In: DDB II, 1.4.1814, H. 51, S. 2; Auslaendische Angelegenheiten. Schweiz. In: Beilage DDB II, 3.4.1814, H. 52, S. 1; Auslaendische Angelegenheiten. Schweiz. In: Beilage DDB II, 30.4.1814, H. 67, S. 2; Die Schweizer. In: NEM, 1814, H. 4, S. 513f; Auslaendische Angelegenheiten. Schweiz. In: Beilage DDB II, 2.5.1814, H. 68, S. 1; Schreiben von der Schweizer Grenze, vom 15. July. In: DDB II, 22.7.1814, H. 115, S. 2.

<sup>308</sup> Vgl. Auslaendische Angelegenheiten. Schweiz. In: DDB II, 2.3.1814, H. 34, S. 1f; Auslaendische Angelegenheiten. Schweiz. In: DDB II, 16.3.1814, H. 42, S. 2f; Auslaendische Angelegenheiten. Schweiz. In: DDB II, 30.3.1814, H. 50, S. 4.

<sup>309</sup> Vgl. o.T. In: DDB II, 16.2.1814, H. 26, S. 3; Auslaendische Angelegenheiten. Schweiz. In: DDB II, 12.3.1814, H. 40, S. 4.

### 3.5.7. Der Überblick über die Umbrüche in Italien

Die Bündniszugehörigkeit des Königreichs Italien erhielt nach der Auflösung des Rheinbundes publizistische Aufmerksamkeit, als es dem Kaiser von Österreich gelang, seine Koalitions- und Gleichgewichtspolitik auch auf das Königreich Italien auszudehnen.<sup>310</sup>

Den Einmarsch österreichischer Truppen in Norditalien bereitete der Aufruf an die „Völker Italiens“ vom 8. November 1813 im Namen Franz' I. vor, den auch deutsche Blätter reproduzierten. Nach der Befreiung Nord-, Ost- und Westeuropas plante der Kaiser von Österreich nun auch den Süden des Kontinents von der Hegemonie Napoleons und dem französischen Kontinentalsystem zu befreien.<sup>311</sup> Weil der Vormarsch österreichischer Verbände in Italien überaus erfolgreich verlief,<sup>312</sup> monierten viele Journalisten, dass der italienische Vizekönig Eugène des Beauharnais, der Ex-Schwager Napoleons, seine Bündnisentscheidung seit Monaten hinauszögerte.<sup>313</sup> Um Italiens Anschluss an die Allianz dennoch zu bewerkstelligen, richteten Vertreter der österreichischen Generalität am 5. Februar 1814 eine zweite Proklamation an die „Völker Italiens“. Der Aufruf konkretisierte das Italienkonzept der Verbündeten unabhängig von der Person des Vizekönigs. Die Italiener seien nach dem Vorbild der anderen europäischen Völker aufgefordert, gemeinsam mit den Verbündeten für die Erneuerung ihres Königreiches und die Unabhängigkeit ihres Staates zu kämpfen. Den Italienern stellten die alliierten Mächte in Aussicht, die angestammte Dynastie Este wieder einzusetzen, Rom wieder zur päpstlichen Residenz zu machen und die Regierungsbildung ausge-

---

<sup>310</sup> Einige Autoren hatten bereits während des Herbstfeldzuges prognostiziert, dass Bayerns Bündniswechsel auch den außenpolitischen Kurs des Vizekönigs von Italien beeinflussen werde. Vgl. Nachrichten von den verbündeten Armeen. In: ZF, 24.10.1813, H. 10, S. 1; Vermischte Nachrichten. In: ZF, 24.10.1813, H. 10, S. 4; Auszuege aus aufgefangenen Briefen, vom Franzoesischen ins Deutsche uebersetzt. Ein Beytrag zur neuesten Zeitgeschichte. In: GMD, 1813, H. 2, S. 4ff.

<sup>311</sup> Vgl. Trient, vom 26. October. In: PC, 12.11.1813, H. 129, S. 2; Vermischte Nachrichten. In: FZ, 30.11.1813, H. 23, S. 4; Welden, F.L. von: Der Krieg der Österreicher in Italien 1813 und 1814. Graz 1853, S. 63f.

<sup>312</sup> Vgl. Inlaendische Angelegenheiten. Wien, vom 19. December. In: DDB II, 2.1.1814, H. 1, S. 3; Inlaendische Nachrichten. Bozen, den 20. December. In: DDB II, 6.1.1814, H. 3, S. 2; Die Franzosen und die Deutschen in Italien. In: DB II, 28.1.1814, H. 72, S. 284; Die Monate Januar und Februar. In: DB II, 2.4.1814, H. 109, S. 232ff; Schroeder 1994, S. 509f.

<sup>313</sup> Vgl. Nachrichten von den verbündeten Armeen. In: ZF, 24.10.1813, H. 10, S. 1f; o.T. In: PC, 22.11.1813, H. 135, S. 3; Auszuege aus aufgefangenen Briefen, vom Franzoesischen ins Deutsche uebersetzt. Ein Beytrag zur neuesten Zeitgeschichte. In: GMD, 1813, H. 2, S. 5; Auslaendische Angelegenheiten. Italien. In: DDB II, 5.2.1814, H. 20, S. 2; o.T. In: DDB II, 12.2.1814, H. 24, S. 3; Die Monate Januar und Februar. In: DB II, 2.4.1814, H. 109, S. 232ff; Inlaendische Angelegenheiten. Trient, den 28. April. In: Beilage DDB II, 13.5.1814, H. 74, S. 1.

wählten Vertretern der Nation zu überlassen.<sup>314</sup> Diesen Plan für die staatliche Neuordnung Italiens revidierte die Meldung, dass der Vizekönig am 17. April 1814 nun doch mit einem Vertreter Österreichs eine Konvention abgeschlossen habe, die die administrative Erneuerung Italiens unter österreichischer Führung einleitete.<sup>315</sup> Nach der Besetzung aller italienischen Festungen durch Truppen der Alliierten konnten die existierenden Behörden ihre Tätigkeiten vor Ort zunächst fortsetzen. Die Generalität konnte ihre Truppenverbände erhalten.<sup>316</sup>

Ende April 1814 führte dann laut italienischer Korrespondenten ein Konflikt zwischen der österreichischen Besatzungsmacht und der Mailänder Stadtregierung zu einer ersten Modifikation der Italienpolitik der Verbündeten.<sup>317</sup> Das Mailänder Wahlkollegium hatte am 23./24. April 1814 einen Plan für eine von Österreich unabhängige Neuordnung des italienischen Staates bekannt gemacht.<sup>318</sup> Den Mailändern und allen anderen lokalen Erneuerungsanstrengungen kam die österreichische Militärverwaltung aber zuvor. Sie gab im Namen Franz' I. Ende Mai 1814 bekannt, die provisorische Herrschaft in Italien zu übernehmen.<sup>319</sup> Entgegen früheren Zusagen erklärte die neue Regierung die Arbeit aller eigenständigen Gremien Italiens für beendet und erließ ein Versammlungsverbot.<sup>320</sup>

---

<sup>314</sup> Vgl. Verona, am 5. Februar. In: FZ, 18.2.1814, H. 58, S. 1f; o.T. In: TB II, 21.2.1814, H. 21, S. 77f; Inlaendische Angelegenheiten. Wien, den 12. Februar. In: DDB II, 26.2.1814, H. 32, S. 2; Europa zu Anfange des Jahres 1814. In: KRO, 1814, H. 6.2, S. 303ff.

<sup>315</sup> Vgl. Auslaendische Angelegenheiten. Italien. In: Beilage DDB II, 24.4.1814, H. 64, S. 2; Auslaendische Angelegenheiten. Italien. In: DDB II, 22.4.1814, H. 63, S. 2; Frankreich. Auszüge aus Pariser Blättern. In: TB I, 26.4.1814, H. 49, S. 213; Auslaendische Angelegenheiten. Italien. In: DDB II, 7.6.1814, H. 95, S. 1.

<sup>316</sup> Vgl. Uebersicht der neuesten Zeitereignisse. In: RM, 11.5.1814, H. 55, S. 1; Inlaendische Angelegenheiten. Trient, den 18. April. In: DDB II, 1.5.1814, H. 68, S. 1.

<sup>317</sup> Vgl. Auslaendische Angelegenheiten. Italien. In: DDB II, 10.5.1814, H. 73, S. 2f; Auslaendische Angelegenheiten. Italien. In: DDB II, 6.6.1814, H. 94, S. 2.

<sup>318</sup> Vgl. Uebersicht der neuesten Zeitereignisse. In: RM, 7.5.1814, H. 53, S. 3; Italien. In: TB I, 7.5.1814, H. 53, S. 228f; Auslaendische Angelegenheiten. Italien. In: DDB II, 10.5.1814, H. 73, S. 2; Auslaendische Angelegenheiten. Italien. In: DDB II, 26.5.1814, H. 83, S. 4; Auslaendische Angelegenheiten. Italien. Mailand, den 18. Mai. In: DDB II, 6.6.1814, H. 94, S. 2; Schroeder 1994, S. 511.

<sup>319</sup> Infolge der österreichischen Übernahme Italiens begannen Zeitgenossen über die künftigen Grenzen des Königreichs zu spekulieren. Vgl. Auslaendische Angelegenheiten. Frankreich. In: DDB II, 27.4.1814, H. 66, S. 2; Inlaendische Angelegenheiten. Trient, den 3. Mai. In: DDB II, 21.5.1814, H. 78, S. 1; Italien. In: DDB II, 22.6.1814, H. 104, S. 4; Italien, vom 1sten Juny. In: DDB II, 30.6.1814, H. 108, S. 4.

<sup>320</sup> Vgl. Italien. In: TB I, 8.6.1814, H. 67, S. 284; o.T. In: DDB II, 24.5.1814, H. 81, S. 3; Wien, den 14. Juny. In: DDB II, 28.6.1814, H. 107, S. 1.

### 3.5.8. Die Präsentation des Wandels in Neapel

Im Gefolge des Vormarsches österreichischer Truppen in Norditalien stellte sich für die Publizisten zum Jahresbeginn 1813 die Frage, wie sich Murat, der König von Neapel, gegenüber den Verbündeten verhalten werde.

Nachdem die Kriegsberichterstatter lange über den Beitritt Murats zur antinapoleonischen Koalition gerätselt hatten,<sup>321</sup> konnte das deutsche Publikum im Januar 1814 einigen Zeitungen die Meldung entnehmen, nach der der neapolitanische König und der österreichische Kaiser am 11. Januar 1814 einen Allianzvertrag abgeschlossen hätten.<sup>322</sup>

Die beiden Monarchen hätten sich verpflichtet, den Krieg gegen Napoleon so lange fortzusetzen, bis ein Zustand des gerechten Gleichgewichts in Europa errichtet worden sei. Murat habe darüber hinaus von Franz I. die Garantie erhalten, dass die territoriale Integrität seiner italienischen Staaten in der Zukunft fortbestehen werde.<sup>323</sup> Wie andere europäische Monarchen zuvor rechtfertigte Murat seinen Bündniswechsel gegenüber seinen Untertanen in einer Proklamation am 17. Januar 1814. Er habe mit seiner außenpolitischen Kursänderung nur die Interessen des neapolitanischen Königreichs wahrgenommen.<sup>324</sup>

Mitte Februar 1814 verdichteten sich die Nachrichten, dass Murat begonnen habe, wirtschaftliche<sup>325</sup> und administrative<sup>326</sup> Reformen in Neapel einzuleiten, um den Fortbe-

---

<sup>321</sup> Vgl. Ueber die Erscheinung der französischen Kaiserin im Senate am 7. October. In: DB II, 3.12.1813, H. 42, S. 435; Inlaendische Angelegenheiten. Bamberg. den 6. Januar. In: DDB II, 16.1.1814, H. 9, S. 3; Uebersicht der neuesten Zeitereignisse. In: RM, 27.1.1814, H. 3, S. 2; Großbritannien. In: DDB II, 12.2.1814, H. 24, S. 2f; Die Monate Januar und Februar. In: DB II, 2.4.1814, H. 109, S. 232ff.

<sup>322</sup> Vgl. Vermischte Nachrichten. In: FZ, 25.1.1814, H. 50, S. 4; Uebersicht der neuesten Zeitereignisse. In: RM, 3.2.1814, H. 7, S. 4; Auslaendische Angelegenheiten. Italien. In: DDB II, 7.2.1814, H. 21, S. 2; Inlaendische Angelegenheiten. Triest, den 24. Jan. In: DDB II, 14.2.1814, H. 25, S. 3; Auslaendische Angelegenheiten. England. In: DDB II, 2.3.1814, H. 34, S. 3; Auslaendische Angelegenheiten. Italien. In: DDB II, 16.3.1814, H. 42, S. 3; Europa zu Anfange des Jahres 1814. In: KRO, 1814, H. 6.2, S. 295; Die Monate Maerz, April, Mai und Juni 1814. Die Unterhandlungen zu Chatillon. In: DB II, 14.7.1814, H. 157, S. 359; Schroeder 1994, S. 510.

<sup>323</sup> Vgl. Italien. Neapel, den 21. März. In: TB I, 23.4.1814, H. 47, S. 205; Inlaendische Angelegenheiten. Vom Oberrhein, vom 1. Februar. In: DDB II, 14.2.1814, H. 25, S. 3; Inlaendische Angelegenheiten. Aus Tyrol, den 12. Febr. In: DDB II, 25.2.1814, H. 31, S. 2; Inlaendische Angelegenheiten. Berlin, den 19. Maerz. In: DDB II, 25.3.1814, H. 47, S. 3; Auslaendische Angelegenheiten. Italien. Neapel, den 21. Maerz. In: DDB II, 15.4.1814, H. 59, S. 3f.

<sup>324</sup> Vgl. Uebersicht der neuesten Zeitereignisse. In: RM, 11.2.1814, H. 11, S. 1ff; Auslaendische Angelegenheiten. Italien. In: DDB II, 18.2.1814, H. 27, S. 3; o.T. In: DDB II, 16.3.1814, H. 42, S. 4; Europa am Anfange des Jahres 1814. Proclamation des Königs von Neapel. In: KRO, 1814, H. 6.2, S. 295ff.

<sup>325</sup> Vgl. Auslaendische Angelegenheiten. England. In: DDB II, 2.3.1814, H. 34, S. 3.

stand seiner Monarchie – noch vor Abschluss eines allgemeinen Friedensvertrages – zu sichern.<sup>327</sup> Murats Versuche aber, Einfluss auf die österreichische Italienpolitik zu nehmen, blieben den Lesern unbekannt.<sup>328</sup>

### 3.5.9. Die Nachricht von der Zuweisung der römischen Staaten, der Toskana und südlicher Teile Italiens an das Königreich von Sizilien

Nachdem sich Italien und Neapel dem Bündnis angeschlossen hatten, gewann das Königreich Sizilien<sup>329</sup> Mitte Januar 1814 nur als ein weiterer Faktor der österreichischen Gleichgewichtspolitik in Italien an publizistischer Bedeutsamkeit.

Eine Redaktion übermittelte die Verlautbarung eines sizilianischen Staatsrats vom 7. Februar 1814. Er teilte den Völkern Neapels und des Departements des südlichen Italiens mit, dass die Regierung Siziliens einen Friedensvertrag mit Österreich geschlossen habe. Die Alliierten hätten König Ferdinand IV. von Sizilien provisorisch die römischen Staaten, die Toskana und südliche Teile Italiens übertragen.<sup>330</sup> Nach Meldung eines Italienkorrespondenten stellte der sizilianische Monarch diese territorialen Vereinbarungen aber bereits im Mai 1814 wieder in Frage. Ferdinand IV. machte Ansprüche auf seine alten Gebiete im Königreich Neapel geltend, obwohl Murat im neapolitanisch-österreichischen Allianzvertrag bereits die Garantie der Alliierten für die territoriale Integrität seines Reiches erhalten hatte.<sup>331</sup>

Auch wenn die Neuordnung der italienischen Territorien zugunsten Siziliens unter Federführung Österreichs nicht konfliktfrei verlief, bildete sie für die Journalisten doch keinen Gegenstand des Raisonnements.

<sup>326</sup> Vgl. Ausländische Angelegenheiten. Italien. In: DDB II, 21.5.1814, H. 74, S. 2; Ausländische Angelegenheiten. Italien. In: DDB II, 30.5.1814, H. 87, S. 2.

<sup>327</sup> Vgl. Ausländische Angelegenheiten. Italien. In: Beilage DDB II, 21.4.1814, H. 62, S. 2; Inländische Angelegenheiten. Tyrol, vom 23. April. In: DDB II, 10.5.1814, H. 73, S. 2; Ausländische Angelegenheiten. Italien. In: DDB II, 7.6.1814, H. 95, S. 1; Uebersicht der neuesten Zeitereignisse. In: RM, 19.5.1814, H. 59, S. 1ff.

<sup>328</sup> Vgl. Schroeder 1994, S. 510.

<sup>329</sup> Auch wenn deutsche Journalisten während des Frühjahrsfeldzuges verschiedentlich über die innenpolitischen Auseinandersetzungen um den sizilianischen Thron berichteten, spielte dieser Machtkampf für die deutschen Autoren während des Frankreichfeldzuges überhaupt keine Rolle mehr. Vgl. Uebersicht über die neuesten Vorfälle. In: RDVB, 27.5.1813, H. 25, S. 7; Sicilien. In: PC, 21.5.1813, H. 29, S. 3; o.T. In: PC, 28.5.1813, H. 33, S. 4; Aeußere Verhältnisse des Britischen Reiches im Jahre 1813. In: KRO, 1813, H. 3.1, S. 74; Ausländische Angelegenheiten. Italien. In: DDB II, 7.2.1814, H. 21, S. 2; Inländische Angelegenheiten. Wien, den 2. Febr. In: Beilage DDB II, 25.2.1814, H. 31, S. 1.

<sup>330</sup> Vgl. Italien. In: DDB II, 5.3.1814, H. 36, S. 3.

<sup>331</sup> Vgl. Ausländische Angelegenheiten. Italien. In: DDB II, 29.5.1814, H. 86, S. 3f.

### 3.5.10. Die Botschaft vom Zugeständnis Savoyens und Piemonts an das Königreich Sardinien

Das Königreich Sardinien geriet zum Jahresbeginn 1814 kurzfristig ins Blickfeld des publizistischen Interesses, als territoriale Zugeständnisse an die Monarchie gemacht wurden.

Als die alliierten Truppen auf ihrem Marsch durch die Schweiz Gebiete des ehemaligen Herzogtums Savoyen streiften, forderten Vertreter der österreichischen Generalität die „Savoyarden“ mit einer Proklamation aus Thonon am 17. Januar 1814 auf, sich als letztes aller europäischen Völker von Napoleons Despotie zu befreien und für die eigene Unabhängigkeit zu kämpfen. Die Savoyarden würden sich dadurch die Möglichkeit schaffen, unter die legitime Herrschaft des sardischen Königshauses zurückzukehren.<sup>332</sup>

Am gleichen Tag – noch vor der Wiedereinsetzung der sardischen Monarchie – erschien ein Aufruf im Namen des Königs Victor Emanuel I. von Sardinien an die „Tapfere[n] Krieger Savoyens“. Er erteilte seinen vormaligen Untertanen den Auftrag, auf Seiten der antinapoleonischen Allianz in den Krieg zu ziehen, um für die Unabhängigkeit der Völker Europas, für ihn und für ihr Vaterland zu kämpfen.<sup>333</sup> Die Mobilisierung von Kriegsfreiwilligen in Savoyen, die laut einlaufender Einzelmeldungen überaus erfolgreich verlief, bewies die Popularität der Bündnisofferte der Alliierten unter der Savoyer Bevölkerung.<sup>334</sup> Der sardischen Monarchie unterstellte Schwarzenberg im Mai 1814 auch das Gebiet Piemonts.<sup>335</sup>

Die Entscheidung der Verbündeten, dem König von Sardinien seine angestammten Territorien Savoyen und Piemont zurückzugeben,<sup>336</sup> blieb in der deutschen Tagespresse unkommentiert. Sie entsprach der österreichischen Friedens- und Gleichgewichtspolitik.

---

<sup>332</sup> Vgl. Schweiz. In: DDB II, 4.2.1814, H. 19, S. 2.

<sup>333</sup> Vgl. Ebd., S. 2.

<sup>334</sup> Vgl. Vermischte Nachrichten. In: FZ, 25.1.1814, H. 50, S. 4; Die Monate Januar und Februar. In: DB II, 2.4.1814, H. 109, S. 232f; Inländische Angelegenheiten. Vom Oberrhein, vom 1. Februar. In: DDB II, 14.2.1814, H. 25, S. 3.

<sup>335</sup> Vgl. Ausländische Angelegenheiten. Italien. Mailand, den 16. Febr. In: DDB II, 7.3.1814, H. 37, S. 3; Italien. In: TB II, 26.5.1814, H. 61, S. 260f.

<sup>336</sup> Vgl. Schroeder 1994, S. 511.

### 3.5.11. Die Dokumentation der schrittweisen Befriedung Frankreichs

Das Überqueren des Rheins und der Einmarsch der alliierten Truppen in Frankreich fand Ende November 1813 große publizistische Aufmerksamkeit.<sup>337</sup>

Französische und alliierte Berichte stellten nach Meinung deutscher Redakteure die Ausweitung des Kriegsschauplatzes unterschiedlich dar. Den Eintritt der Alliierten in Frankreich hätte laut Nachrichten französischer Herkunft der Beginn eines Friedenskongresses in Mannheim verhindern können, den die Krieg führenden Parteien bereits einberufen hätten. Die Koalierten hätten durch ihre kurzfristige Absage ihrer Teilnahme das Scheitern des Kongresses verursacht. Die deutschen Journalisten äußerten sofort Zweifel an der Glaubwürdigkeit dieser Meldungen.<sup>338</sup> Sie behaupteten, dass es sich bei der französischen Darstellung der Mannheimer Friedensgespräche um eine amtliche Finte der Pariser Pressepolitik handele.<sup>339</sup> Für die Leser blieb der Hintergrund dieser Presseaffäre rätselhaft. Keine Erwähnung fand der Umstand, dass Vertreter Österreichs, Preußens, Großbritanniens und Russlands sich im Hauptquartier der Alliierten zu Frankfurt Ende November 1813 darauf geeinigt hatten, Frieden mit Napoleon auf Grundlage der natürlichen Grenzen Frankreichs zu schließen, und dass sie dem Kaiser der Franzosen tatsächlich inoffiziell eine Friedensofferte hatten zustellen lassen.<sup>340</sup> Die Antwortnote des französischen Außenministers hatte lediglich den Vorschlag enthalten, Mannheim als möglichen Tagungsort für Verhandlungen zu wählen.<sup>341</sup>

Um alle Vorwürfe zu entkräften, dass sich die Verbündeten einem Friedensschluss zu Mannheim verweigert hätten, machten die Schriftleitungen am 4. Dezember eine alliierte Proklamation aus Frankfurt bekannt, die sie auf den 1. Dezember 1813 zurückdatierten.<sup>342</sup> Der Aufruf machte für den Beginn des Frankreichfeldzuges allein Napoleons Weigerung verantwortlich, ein neues Friedensangebot bei der Ankunft der alliierten

---

<sup>337</sup> Vgl. Die Befreier Deutschlands am Rhein. Im Nov. 1813. In: FZ, 27.11.1813, H. 20, S. 4; o.T. In: PC, 29.11.1813, H. 139, S. 3; Inlaendische Nachrichten. Frankfurt, vom 26. December. In: DDB II, 4.1.1814, H. 2, S. 3; Zeichen der Zeit. In: DB II, 15.1.1814, H. 65, S. 161; Wodurch ist Napoleon das geworden, was er war, und was er jetzt ist? In: NF, 1813, H. 2, S. 258; Die französische Militairkonscription im Jahre 1813. In: GMD, 1813, H. 1, S. 86f.

<sup>338</sup> Vgl. o.T. In: DB II, 22.11.1813, H. 36, S. 359; o.T. In: FZ, 9.12.1813, H. 32, S. 5; Auslaendische Angelegenheiten. In: DDB II, 11.1.1814, H. 6, S. 3; Zeichen der Zeit. In: DB II, 22.1.1814, H. 69, S. 231f; Kraehe 1963, S. 262.

<sup>339</sup> Vgl. Zeichen der Zeit. In: DB II, 15.01.1814, H. 65, S. 167ff.

<sup>340</sup> Vgl. Schroeder 1994, S. 490f.

<sup>341</sup> Vgl. Kissinger 1986, S. 196f.

<sup>342</sup> Vgl. Sellin 2001, S. 83.

Truppen am Rhein anzunehmen. Der inhaltliche Schwerpunkt der Proklamation lag jedoch auf der Vorstellung der Friedenspolitik der Alliierten anlässlich der jüngsten Konstriktion im Kaiserreich Frankreich.<sup>343</sup> Die Koalierten bekannten, trotz der begonnenen Truppenaushebung an ihrem Grundsatz festzuhalten, ihren Krieg nicht gegen das französische Volk, sondern nur gegen die Herrschaft seines Kaisers zu führen. Die Alliierten versicherten, einen allgemeinen Frieden auf der Grundlage der Unabhängigkeit und des Gleichgewichtes aller europäischen Staaten anzustreben. Dem französischen Volk stellte die Koalition für Friedenszeiten – wie zuvor den anderen europäischen Völkern – in Aussicht, dass Frankreich wieder ein fester Bestandteil des europäischen Staatensystems werden, die Gelegenheit zur wirtschaftlichen, künstlerischen sowie wissenschaftlichen Erneuerung bekommen und seine Grenzen von 1792 erhalten werde.<sup>344</sup> Neben der Frankfurter Grundsatzerklärung, die die Alliierten auch in Frankreich verbreiten ließen, druckten die Redaktionen auch Aufrufe von Heerführern an die eigenen Truppen von der Jahreswende 1813/14 ab. Blücher,<sup>345</sup> Alexander I.,<sup>346</sup> Barclay de Tolly<sup>347</sup> und Schwarzenberg<sup>348</sup> forderten ihre Soldaten auf, den begonnenen Kampf im Kaiserreich Frankreich fortzusetzen. Die Entscheidung für die Weiterführung des Krieges gegen Napoleon in Frankreich erschien so als einvernehmlich unter den Verbündeten getroffen. Alle bündnisinternen Streitigkeiten über die Einmarschstrategie und Machtkämpfe blieben verborgen.<sup>349</sup>

---

<sup>343</sup> Vgl. Inlaendische Angelegenheiten. Wien, den 22. December. In: DDB II, 9.1.1814, H. 5, S. 2; Politische Ansichten. In: DB II, 24.12.1813, H. 54, S. 621f; Aufforderung. In: DB II, 2.2.1814, H. 75, S. 332ff; Heidenreich 1914, S. 47; Webster 1963<sup>2</sup>, S. 205; Fenske, Hans: Gleichgewicht, Balance. Aus: Brunner, Otto; Conze, Werner; Koselleck, Reinhart (Hrsg.): Geschichtliche Grundbegriffe, Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland. Bd. 2. Stuttgart 1975, S. 984.

<sup>344</sup> Vgl. Frankfurt, vom 6. December. Am 1. d. M. ist hier folgende Erklärung in deutscher und französischer Sprache erschienen. In: FZ, 9.12.1813, H. 32, S. 1; Unter 1sten d. M. erschien in Frankfurt nachstehende Erklärung der verbündeten Monarchen an Frankreich. In: PC, 17.12.1813, H. 149, S. 3f; Merkwürdige Erklärung am Rhein. In: ND, 1814, H. 5, S. 539f; Erklärung. In: TB I, 2.4.1814, H. 38, S. 159ff; Kraehe 1963, S. 256; Kissinger 1986, S. 197.

<sup>345</sup> Vgl. Der Feldmarschall v. Blücher an die Schlesische Armee. In: PC, 8.1.1814, H. 4, S. 1; Als der Feldmarschall Blücher am 1. dieses Monats über den Rhein gieng, erließ er folgende Bekanntmachung. In: FZ, 16.1.1814, H. 46, S. 1; Der Rhein-Uebergang. In: ND, 1814, H. 5, S. 544; Nach dem Uebergang bei Kaub erschien die folgende Proclamation. An die Bewohner des linken Rheinufers. In: PC, 8.1.1814, H. 4, S. 1; Inlaendische Angelegenheiten. Frankfurt, den 2. Januar. In: DDB II, 9.1.1814, H. 5, S. 3.

<sup>346</sup> Vgl. o.T. In: TB II, 31.1.1814, H. 12, S. 41f.

<sup>347</sup> Vgl. Auslaendische Angelegenheiten. Schweiz. In: DDB II, 23.1.1814, H. 13, S. 2.

<sup>348</sup> Vgl. Ebd., S. 2f.

<sup>349</sup> Vgl. Akaltin 1997, S. 47.



Nach dem Eintritt verbündeter Truppen in französische Gebiete erhielt das deutsche Publikum Kenntnis davon, dass im Kaiserreich Frankreich<sup>350</sup> zunehmend Kritik an Napoleons Politik laut werde.<sup>351</sup> Um allen Diskussionen über die Verantwortung für den Einmarsch der Alliierten nach Frankreich zuvorzukommen, kündigte Napoleon in einer Rede vor der gesetzgebenden Versammlung am 19. Dezember 1813 an, dass das Außenministerium Akten über seine erfolglose Initiative, auf einem Kongress in Mannheim mit alliierten Vertretern über einen Frieden zu verhandeln, veröffentlichen werde. Der Kaiser beauftragte den Senat und das Corps Législatif am 22. Dezember 1813 damit, jeweils eine Kommission einzusetzen, um die edierten Dokumente über die Friedensinitiative zu prüfen.<sup>352</sup> Die als Beweise angeführten Aktenstücke rückten auch die deutschen Redakteure in ihre Blätter ein.<sup>353</sup> Ein Vertreter der Untersuchungskommission informierte den Senat am 27. Dezember 1813 über das Arbeitsergebnis.<sup>354</sup> Die Auswertung aller Urkunden bewiese Napoleons unbedingten Friedenswillen. Als Haupthindernis der Friedensbemühungen identifizierte das Gremium den allgemeinen Machtmissbrauch und die konfuse und maßlose Politik aller europäischen Nationen. Um dennoch Frieden zu finden, unterbreitete der Ausschuss dem Senat den Vorschlag, Napoleon aufzufordern, erneut in Friedensverhandlungen mit den Alliierten zu treten. Gleichzeitig riefen die Sachverständigen die alliierten Monarchen auf, einen neuen Ort für Friedenskonferenzen zu benennen.<sup>355</sup> Der Kaiser ließ dem Senat daraufhin eine Note zustellen, in der er beteuerte, den Friedensdialog mit den Verbündeten zum Wohl der Nation wieder aufzunehmen.<sup>356</sup> Am folgenden Tag, dem 28. Dezember 1813, stellte auch die zweite Prüfungskommission dem Corps Législatif ihre Bilanz vor.<sup>357</sup> Auf Basis

---

<sup>350</sup> Sellin gibt einen umfassenden Überblick über die innenpolitischen Entwicklungen im Kaiserreich Frankreich infolge des Einmarsches der alliierten Truppen. Vgl. Sellin 2001, S. 11ff.

<sup>351</sup> Vgl. Miscellen. In: NPZ, 1814, H. 3.4, S. 64; o.T. In: PC, 17.1.1814, H. 9, S. 1ff.

<sup>352</sup> Vgl. Ausländische Angelegenheiten. England. In: DDB II, 28.2.1814, H. 33, S. 4; Tulard 1982, S. 465.

<sup>353</sup> Vgl. Paris, den 20ten Dezember. In: FZ, 4.1.1814, H. 41, S. 2; Frankreich. In: TB I, 8.1.1813, H. 2, S. 5; o.T. In: PC, 12.1.1814, H. 6, S. 3; Inländische Angelegenheiten. Mannheim, den 7. Januar. In: DDB II, 20.1.1814, H. 11, S. 2; Die Crisis des franzoesischen Reichs in Actenstuecken dargestellt, mit nothwendigen Erlaeuterungen. In: EM, 1814, H. 1.1, S. 10; Merkwürdige Reden aus Paris. In: ND, 1814, H. 7, S. 11ff.

<sup>354</sup> Vgl. Uebersicht der neuesten Zeitereignisse. In: RM, 3.2.1814, H. 7, S. 4.

<sup>355</sup> Vgl. Frankreich. Der Moniteur vom 28. December enthält folgendes: Erhaltungs-Senat. In: FZ, 12.1.1813, H. 45, S. 1ff; Senatoren! In: FZ, 12.1.1814, H. 45, S. 4; Die Crisis des franzoesischen Reichs in Actenstuecken dargestellt, mit nothwendigen Erlaeuterungen. In: EM, 1814, H. 1.1, S. 51; Merkwürdige Reden aus Paris. In: ND, 1814, H. 7, S. 19.

<sup>356</sup> Vgl. Der Moniteur vom 31. Dez. enthält hierüber folgendes: Paris, den 30. Dezember. In: FZ, 12.1.1814, H. 45, S. 4f; Merkwürdige Reden aus Paris. In: ND, 1814, H. 7, S. 21.

<sup>357</sup> Vgl. Merkwürdige Reden aus Paris. In: ND, 1814, H. 7, S. 25ff.

der Aktenlage hätten sie festgestellt, dass weder der König von Großbritannien noch die alliierten Monarchen einen für Frankreich demütigenden Frieden schließen wollten. Vielmehr hätten die Verbündeten Napoleons Position bestätigt und ihre Friedenspolitik öffentlich verkündet. Napoleon und die alliierten Manifeste verträten die Ansicht, dass der künftige Frieden auf Grundlage eines europäischen Mächtegleichgewichts geschaffen werden müsse. Die Gutachter unterbreiteten dem Corps Législatif daher den Vorschlag, den Kaiser um eine neue Friedenserklärung zu bitten.<sup>358</sup> Napoleon nahm die Befunde der Prüfungskommission jedoch zum Anlass, die gesetzgebende Versammlung zu vertagen.<sup>359</sup> Angesichts der aufkeimenden französischen Opposition stand die Friedenspolitik der alliierten Mächte nach Meinung vieler Journalisten zum Jahresanfang 1814 vor dem Problem, die Friedensbereitschaft der französischen Regierungsvertreter und des Volkes unabhängig von der Person Napoleons zu würdigen.<sup>360</sup>

Die Editoren der Aufrufe, die den alliierten Vormarsch in Frankreich vorbereiteten, vermieden eine Polarisierung der französischen Nation in Napoleonfreunde und -feinde, um die vorhandene Friedenssehnsucht zu stärken. Die Proklamationen des schwedischen Kronprinzen Carl Johann,<sup>361</sup> der Generäle Ferdinand Freiherr von Winzigerode,<sup>362</sup> Friedrich Wilhelm Graf von Bülow,<sup>363</sup> Fürst Michail Semojonowitsch Woronzow<sup>364</sup> und Gebhard Leberecht Blücher<sup>365</sup> vom Februar und März 1814 an alle Franzosen klärten die französische Bevölkerung über die alliierten Kriegsziele auf. Die Manifeste enthielten die vertrauensstiftende Zusage, dass die Verbündeten den eigenen Sol-

---

<sup>358</sup> Vgl. Inlaendische Angelegenheiten. Vom Niederrhein, vom 7. Februar. In: DDB II, 18.2.1814, H. 27, S. 1f; Inlaendische Angelegenheiten. Vom Niederrhein, vom 7. Februar. In: DDB II, 19.2.1814, H. 28, S. 1f; Merkwürdige Reden aus Paris. In: ND, 1814, H. 7, S. 25ff.

<sup>359</sup> Vgl. Uebersicht der neuesten Zeitereignisse. In: RM, 27.1.1814, H. 3, S. 4; Worte des Kaisers Napoleon an die Commission. In: FZ, 19.2.1814, H. 59, S. 4f; Tulard 1982, S. 465. Am gleichen Tag hatte ein weiteres Mitglied der Untersuchungskommission einen zweiten Untersuchungsbericht vorgelegt, der Napoleons bisherige Friedenspolitik ebenfalls kritisierte. Vgl. Bericht der vom gesetzgebenden Corps, zufolge der Mittheilung des diplomatischen, die Friedenseröffnungen betreffenden Aktenstücke niedergesetzten Commission. In: FZ, 19.2.1814, H. 59, S. 1ff; Merkwürdige Reden aus Paris. In: ND, 1814, H. 7, S. 30ff.

<sup>360</sup> Vgl. Frankreichs Aussichten. In: ZF, 8.1.1814, H. 15, S. 2f; Auslaendische Angelegenheiten. England. In: DDB II, 2.3.1814, H. 34, S. 4.

<sup>361</sup> Vgl. Der Kronprinz von Schweden an die Franzosen. In: RM, 19.2.1814, H. 15, S. 2f; Inlaendische Angelegenheiten. Hannover, den 6. Februar. In: DDB II, 21.2.1814, H. 29, S. 1; Bulletin Sr. K. Hoheit des Kronprinzen von Schweden. Hauptquartier Köln, den 12. Februar. In: FZ, 22.2.1814, H. 60, S. 4; Sr. K. H. des Kronprinzen von Schweden. Proklamation an die Franzosen. In: TB I, 28.2.1814, H. 24, S. 102; Sr. K. H. des Kronprinzen von Schweden. Proclamation an die Franzosen. In: TB I, 3.3.1814, H. 25, S. 106; Proklamation Sr. K. H. des Kronprinzen von Schweden an die Franzosen. In: TB I, 5.3.1814, H. 26, S. 110.

<sup>362</sup> Vgl. Aachen, vom 15. Februar. In: FZ, 22.2.1814, H. 60, S. 4f.

<sup>363</sup> Vgl. Auslaendische Angelegenheiten. Frankreich. In: DDB II, 25.3.1814, H. 47, S. 4.

<sup>364</sup> Vgl. Auslaendische Angelegenheiten. Frankreich. In: DDB II, 14.3.1814, H. 41, S. 3.

daten Selbstbeherrschung auferlegten und ankündigten, alle Übergriffe auf die französische Zivilbevölkerung zu bestrafen.<sup>366</sup> Die Nachrichten, dass die Franzosen den Vormarsch der alliierten Truppen vielerorts umjubelten,<sup>367</sup> genauso wie die Meldungen über die Erfolglosigkeit einer Pariser Pressekampagne, die das französische Volk nach dem Vorbild des preußischen Landsturms gegen die Verbündeten zu mobilisieren suchte,<sup>368</sup> bewiesen dem deutschen Publikum den Friedenswillen der französischen Bevölkerung. Entscheidend hinsichtlich des strategisch-militärischen Vorgehens der Alliierten in Frankreich war für die Korrespondenten jedoch die Frage, ob die französische Armee Napoleon die Treue halten oder aber für den Bourbonen Ludwig XVIII. Partei ergreifen würde.<sup>369</sup> Den Herrschaftswechsel antizipierend, hatte der französische Thronanwärter aus seinem englischen Exil in Hartwell am 1. Februar 1814 einen Aufruf in Frankreich verbreiten lassen, den auch die deutschen Blätter publizierten. In seiner Proklamation „An die Franzosen“ gab der Bourbone bekannt, dass unter seiner Regentschaft die bisherigen administrativen Einrichtungen des Kaiserreichs, der Pariser Senat und alle Armeeklassen erhalten bleiben und alle Staatsdiener in ihren Ämtern bestätigt werden würden. Ferner versprach der Bewerber um den französischen Thron seinen künftigen Untertanen, die Konskription in Frankreich abzuschaffen.<sup>370</sup> Ohne dass zu diesem Zeitpunkt die alliierte Position zur Zukunft der französischen Monarchie oder die Umtriebe französischer Monarchisten bekannt gewesen wären, erschien eine Befriedung Frankreichs aufgrund der von Ludwig XVIII. vorgebrachten Vorstellungen über die Neuordnung Frankreichs auch ohne die Person Napoleons möglich. Während alliierte und französische Truppenverbände militärische Auseinandersetzungen um den Besitz von Paris führten,<sup>371</sup> stellte dann eine Meldung den Friedenswil-

---

<sup>365</sup> Vgl. Ausländische Angelegenheiten. Frankreich. In: DDB II, 30.3.1814, H. 50, S. 1.

<sup>366</sup> Vgl. o.T. In: TB II, 31.1.1814, H. 12, S. 41; Reminiscenzen und Confrontationen. In: NF, 1813, H. 3, S. 141ff

<sup>367</sup> Vgl. Langres, den 30. Jänner. In: FZ, 31.1.1814, H. 51, S. 4; Die Monate Januar und Februar 1814. In: DB II, 1.4.1814, H. 108, S. 211.

<sup>368</sup> Vgl. Vermischte Nachrichten. In: FZ, 21.1.1814, H. 48, S. 4f; Offizieller Bericht der Schlesischen Armee. Nancy, den 21. Januar. In: FZ, 9.2.1814, H. 53, S. 3; Der Krieg in Frankreich im Jahre 1814. In: NPZ, 1814, H. 5.4, S. 49ff; Die Times. In: DB II, 18.3.1814, H. 100, S. 95.

<sup>369</sup> Vgl. Ausländische Angelegenheiten. England. In: DDB II, 27.1.1814, H. 15, S. 4; Uebersicht der neuesten Zeitereignisse. In: RM, 29.1.1814, H. 4, S. 4; Die deutschen Kriege. In: KRO, 1814, H. 5.1, S. 132ff; Die Familie der Bourbons. In: NPZ, 1814, H. 4.4, S. 56; Ludwig Stanislaus Xaver. In: TB I, 14.4.1814, H. 43, S. 188.

<sup>370</sup> Vgl. Schweiz. In: DDB II, 25.2.1814, H. 31, S. 3; Inländische Angelegenheiten. Frankfurt, den 2. März. In: DDB II, 9.3.1814, H. 38, S. 1; Ausländische Angelegenheiten. Holland. In: DDB II, 26.3.1814, H. 48, S. 3, Sellin 2001, S. 216.

<sup>371</sup> Vgl. Kriegsschauplatz. In: TB I, 10.2.1814, H. 16, S. 65; Uebersicht der neuesten Zeitereignisse. In: RM, 11.2.1814, H. 11, S. 3; Ausländische Angelegenheiten. Schweiz. In: DDB II, 18. Februar 1814,

len Napoleons unvermittelt unter Beweis, wonach in Châtillon-sur-Seine ein Friedenskongress begonnen habe. In Châtillon seien am 3. Februar 1814 Gesandte Frankreichs, Englands, Russlands, Österreichs und Preußens zusammengekommen,<sup>372</sup> um über die Bedingungen eines künftigen Friedensvertrages zu verhandeln.<sup>373</sup> Ein schwedischer Vertreter sei nicht zugelassen.<sup>374</sup> Die Region um den Tagungsort sei zu neutralem Gebiet erklärt worden.<sup>375</sup> Neben dem Châtillonener Friedenskongress fänden in Lusigny weitere Gespräche zwischen Vertretern der Krieg führenden Parteien statt, um einen Waffenstillstand zu vereinbaren.<sup>376</sup> Alle Hoffnungen auf eine schnelle Friedensregelung in Châtillon enttäuschte jedoch nach Darstellung deutscher Autoren Napoleons Leichtfertigkeit. Der Kaiser der Franzosen habe es abgelehnt, ein alliiertes Friedensultimatum, das Frankreich die Grenzen von 1792 zugestand, fristgerecht bis zum 19. Februar 1814 zu beantworten.<sup>377</sup> Nach Napoleons Weigerung zu verhandeln hätten die Vertreter Österreichs gegenüber den Bevollmächtigten Russlands, Preußens und Großbritanniens durchgesetzt, den Kaiser der Franzosen weiterhin als Verhandlungspartner für den künftigen Frieden anzuerkennen und ihm ein zweites, bis zum 10. März 1813 befristetes, Friedensultimatum zu stellen, das Frankreich wiederum seine Grenzen von 1792 garantierte, aber auch territoriale Vorteile in Italien gewährte. Die Zeit bis zum Ablauf des Ultimatums nutzten nach Auskunft deutscher Frankreichkorrespondenten die Gesandten Österreichs, Russlands, Englands und Preußens, um die Allianz unter dem Abschluss Schwedens im Vertrag von Chaumont vom 1. März 1814 auf eine neue Grund-

---

H. 27, S. 4; Auslaendische Angelegenheiten. Frankreich. In: DDB II, 18.2.1814, H. 27, S. 4; Frankreich. Paris den 8. Februar. In: TB I, 24.2.1814, H. 22, S. 94; Auslaendische Angelegenheiten. Frankreich. In: DDB II, 26.2.1814, H. 32, S. 4; Auslaendische Angelegenheiten. Schweiz. In: DDB II, 4.3.1814, H. 35, S. 3; Europa zu Anfange des Jahres 1814. In: KRO, 1814, H. 6.2, S. 326; Akaltin, S. 48.

<sup>372</sup> Vgl. Uebersicht der neuesten Zeitereignisse. In: RM, 11.2.1814, H. 11, S. 3; Auslaendische Angelegenheiten. Großbritannien. Schreiben aus London, den 15. April. In: Beilage DDB II, 26.4.1814, H. 65, S. 1f; Die Monate Maerz, April, Mai und Juni 1814. Die Unterhandlungen zu Chatillon. In: DB II, 14.7.1814, H. 157, S. 356f.

<sup>373</sup> Vgl. Uebersicht der neuesten Zeitereignisse. In: RM, 3.2.1814, H. 7, S. 4; Oncken, Wilhelm: Die Krisis der letzten Friedensverhandlungen mit Napoleon I. In: Historisches Taschenbuch. Herausgegeben von Friedrich von Raumer. Neue Folge. 5. Folge. (1886), S. 4ff; Trapp, Richard: Kriegführung und Diplomatie der Verbündeten vom 1. Februar bis zum 25. März 1814. Göttingen 1898, S. 27ff; Kissinger 1986, S. 226ff; Schroeder 1994, S. 495ff; Sellin 2001, S. 87f.

<sup>374</sup> Vgl. Uebersicht der neuesten Zeitereignisse. In: RM, 29.4.1814, H. 49, S. 2; Auslaendische Angelegenheiten. Holland. In: Beilage DDB II, 30.4.1814, H. 67, S. 1; Andreas 1955, S. 564.

<sup>375</sup> Vgl. Kriegsschauplatz. In: TB I, 7.2.1814, H. 15, S. 62.

<sup>376</sup> Vgl. Inlaendische Angelegenheiten. Troyes, den 5. Maerz. In: DDB II, 18.3.1814, H. 43, S. 1; Uebersicht der neuesten Zeitereignisse. In: RM, 23.3.1814, H. 31, S. 1; Europa zu Anfange des Jahres 1814. In: KRO, 1814, H. 6.3, S. 422.

<sup>377</sup> Vgl. Schweiz. In: DDB II, 5.3.1814, H. 36, S. 3; Auslaendische Angelegenheiten. Schweiz. In: DDB II, 7.3.1814, H. 37, S. 3.

lage zu stellen.<sup>378</sup> Öffentlich verpflichteten sich die vier Mächte, den Krieg gegen Frankreich so lange fortzusetzen, bis Freiheit und Ruhe Europas durch ein gerechtes Gleichgewicht aller Staaten gesichert seien. Diese Zielvereinbarung sollte unabhängig von Napoleons Annahme oder Ablehnung des alliierten Friedensangebots gelten.<sup>379</sup> Geheim blieben die Artikel des Chaumonter Traktates, in denen sich die Bündnispartner auf Voreinstellungen für die künftige europäische Friedensordnung festgelegt hatten: Vertraglich fixiert waren hierin die Restauration Spaniens unter den Bourbonen, die Unabhängigkeit Hollands, die Existenz Italiens aus souveränen Staaten, die Bestätigung der Schweizer Föderation und der Erhalt Deutschlands, das künftig aus unabhängigen deutschen Fürstentümern bestehen sollte, deren Unabhängigkeit durch ein föderales Band garantiert sein würde.<sup>380</sup> Als der Kaiser der Franzosen am 10. März 1813 das zweite Friedensultimatum zurückwies,<sup>381</sup> stellten die Verbündeten wie angekündigt alle Friedens- und Waffenstillstandsverhandlungen ein.<sup>382</sup> Das Misslingen des Châtillonner Kongresses führte zum offiziellen Kurswechsel der vier Koalitionspartner gegenüber

---

<sup>378</sup> Vgl. Inlaendische Angelegenheiten. Chaumont, den 14. Maerz. In: DDB II, 25.3.1814, H. 47, S. 2; Auslaendische Angelegenheiten. Großbritannien. In: DDB II, 2.4.1814, H. 52, S. 3; Inlaendische Angelegenheiten. Frankfurt, den 15. April. In: DDB II, 15.4.1814, H. 62, S. 1; Inlaendische Angelegenheiten. Wien, den 6. April. In: Beilage DDB II, 26.4.1814, H. 65, S. 1; Heidenreich 1914, S. 53ff; Nipperdey 1983, S. 89; Kraehe 1963, S. 291, 305ff; Kissinger 1986, S. 247ff; Schroeder 1994, S. 500; Akaltin 1997, S. 48; Sellin 2001, S. 115.

<sup>379</sup> Vgl. Allianz-Tractat zwischen Ihren Kaiserl. und Königl. Majestäten, Sr. Majestät dem Kaiser von Oestreich, König von Ungarn und Böhmen, Sr. Maj. dem Kaiser aller Reussen, Sr. Maj. dem Könige der vereinigten Reiche Großbritannien und Irland, und Sr. Maj. dem König von Preußen. In: TB I, 16.4.1814, H. 44, S. 194; Fortsetzung des jüngst abgebrochenen Allianztractates zwischen JJ. MM. von Oestreich, Rußland, England und Preußen. In: TB I, 23.4.1814, H. 47, S. 206; Fortsetzung des jüngst abgebrochenen Allianztractats zwischen JJ. MM. von Oestreich, Rußland, England und Preußen. In: TB I, 28.4.1814, H. 49, S. 213f; Schluß des jüngst abgebrochenen Allianztractats zwischen JJ. MM. von Oestreich, Rußland, England und Preußen. In: TB I, 30.4.1814, H. 50, S. 217f; Allianz-Tractate mit England. Allianz-Tractat zwischen Ihren Kaiserl. und Königl. Majestäten, Sr. Majestät dem Kaiser von Oestreich, König von Ungarn und Böhmen, Sr. Maj. dem Kaiser aller Reußen, Sr. Maj. dem Könige der vereinigten Reiche Großbritannien und Irland, und Sr. Maj. dem Könige von Preußen. Unterzeichnet zu Chaumont den 1. März 1814. In: ND, 1814, H. 8, S. 183ff; Schmalz, Hans W.: Versuche einer gesamteuropäischen Organisation 1815-1820. Mit besonderer Berücksichtigung der Troppauer Interventionspolitik. Aarau 1940, S. 13f; Griewank 1954<sup>2</sup>, S. 74.

<sup>380</sup> Vgl. Griewank 1954<sup>2</sup>, S. 74; Kraehe 1963, S. 15f.

<sup>381</sup> Vgl. Uebersicht der neuesten Zeitereignisse. In: RM, 23.3.1814, H. 31, S. 1f; Auslaendische Angelegenheiten. Großbritannien. In: DDB II, 30.3.1814, H. 50, S. 3; Napoleon's Ausgang. In: NEM, 1814, H. 4, S. 539.

<sup>382</sup> Vgl. Ansichten der neuesten Zeitereignisse. In: NPZ, 1814, H. 5.4, S. 63; Ansichten der neuesten Zeitereignisse. In: NPZ, 1814, H. 5.5, S. 77; Würzburg, vom 4. März. In: TB II, 15.3.1814, H. 30, S. 112; Armee-Nachrichten. In: TB I, 17.3.1814, H. 31, S. 132; Auslaendische Angelegenheiten. Großbritannien. In: DDB II, 23.3.1814, H. 46, S. 1; Auslaendische Angelegenheiten. Dover, den 7. Maerz. In: DDB II, 23.3.1814, H. 46, S. 3; Inlaendische Angelegenheiten. Chaumont, den 14. Maerz. In: DDB II, 25.3.1814, H. 47, S. 2; Vermischte Nachrichten. In: TB I, 28.3.1814, H. 36, S. 154; Inlaendische Angelegenheiten. Bremen, den 1. April. In: DDB II, 2.4.1814, H. 52, S. 1; Frankreich. In: DDB II, 4.4.1814, H. 53, S. 1.

Frankreich.<sup>383</sup> Die Bevollmächtigten Russlands, Preußens, Österreichs und Englands verständigten sich darauf, mit Napoleon nicht länger über einen Frieden zu verhandeln,<sup>384</sup> und betrachteten nunmehr die Wiedereinsetzung der Bourbonendynastie in Frankreich als Voraussetzung für einen europäischen Frieden.<sup>385</sup> Anfang April 1814 brachten die Alliierten dann eine „Declaration“ in Umlauf, die Napoleon rückblickend die alleinige Verantwortung für das Scheitern der Châtilloner Friedensverhandlungen zuschrieb.<sup>386</sup> Auf die gleichzeitig vollzogene machtpolitische und institutionelle Festigung des Bündnisses in Chaumont – die Bildung eines Vier-Mächte-Direktoriums in Chaumont und die damit verbundene endgültige Verankerung Englands auf dem Kontinent – wiesen die Journalisten nicht hin.

Die Einnahme der französischen Hauptstadt durch die Alliierten hatte unter den Publizisten seit Beginn des Frankreichfeldzuges als Voraussetzung für die endgültige Zerstörung von Napoleons Vorrangstellung in Europa gegolten.<sup>387</sup> Über das Datum, zu dem die verbündeten Truppen in Paris einziehen würden, hatten die Zeitungsmacher seit Mitte Februar spekuliert.<sup>388</sup> Nach dem gescheiterten Châtilloner Friedenskongress erreichte das deutsche Publikum dann die Meldung, dass die Koalierten in der Nacht vom

---

<sup>383</sup> Vgl. Proklamation. Krieger der verbündeten Heere! In: FZ, 27.3.1814, H. 69, S. 1; Im Hauptquartier des obersten Befehlshabers der verbündeten Hauptarmee, F. M. Fürsten von Schwarzenberg, war unterm 23. März folgender Tagesbefehl erschienen. In: TB I, 31.3.1814, H. 36, S. 157; Inlaendische Angelegenheiten. Neueste Nachrichten. Bremen, den 7. April. In: Beilage DDB II, 7.4.1814, H. 54, S. 1; Auslaendische Angelegenheiten. England. In: DDB II, 26.2.1814, H. 32, S. 4.

<sup>384</sup> Vgl. Eine Stimme aus dem Volk, welche leicht die Stimme Mehrerer seyn könnte. In: DB II, 30.3.1814, H. 107, S. 205f.

<sup>385</sup> Vgl. Uebersicht ueber die neuesten Zeitereignisse. In: RM, 27.3.1814, H. 33, S. 1ff; Ansichten der neuesten Zeitereignisse. In: NPZ, 1814, H. 5.4, S. 57f.

<sup>386</sup> Vgl. Erklärung. In: TB I, 2.4.1814, H. 38, S. 159f; Inlaendische Angelegenheiten. Frankfurt, den 3. April. In: DDB II, 8.4.1814, H. 55, S. 2f; Der zweite Friedenskongreß. In: ND, 1814, H. 7, S. 62ff; Griewank 1954<sup>2</sup>, S. 75.

<sup>387</sup> Vgl. o.T. In: TB II, 12.12.1814, H. 18, S. 66; Uebersicht der neuesten Zeitereignisse. In: RM, 27.1.1814, H. 3, S. 3; Frankreich. In: TB I, 12.2.1814, H. 17, S. 71; Auslaendische Angelegenheiten. Holland. Aus dem Haag, vom 18. Februar. In: DDB II, 23.2.1814, H. 30, S. 3; Auslaendische Angelegenheiten. England. In: DDB II, 9.3.1814, H. 38, S. 3; Die Nothwendigkeit der Einnahme von Paris aus moralisch-politischen Gründen. Geschrieben nach der Schlacht bei Brienne. In: DB II, 16.3.1814, H. 99, S. 65ff; Armee-Nachrichten. In: TB I, 21.3.1814, H. 33, S. 140; Auslaendische Angelegenheiten. Frankreich. In: DDB II, 23. Maerz 1814, H. 46, S. 3f; Moskwa, nach dem Ein- und Abzuge der Franzosen. In: NPZ, 1814, H. 6.3, S. 35ff; Die Alliierten sind in Paris! In: ND, 1814, H. 7, S. 72; Der Einzug in Paris. In: DB II, 21.5.1814, H. 134, S. 633ff.

<sup>388</sup> Vgl. Auslaendische Angelegenheiten. Großbritannien. In: DDB II, 2.4.1814, H. 52, S. 2f; Ⓞ: Bemerkungen und Betrachtungen, veranlaßt durch den württembergischen Bericht über das Gefecht bei Monterau am 18ten Februar 1814. In: DB II, 4.4.1814, H. 110, S. 241ff; Inlaendische Angelegenheiten. Bremen, den 20. Febr. In: DDB II, 21.2.1814, H. 29, S. 1; Auslaendische Angelegenheiten. Großbritannien. In: DDB II, 7.4.1814, H. 54, S. 2; Ⓞ: Bemerkungen und Beobachtungen, veranlaßt durch den württembergischen Bericht über das Gefecht bei Monterau am 18ten Februar 1814. In: DB II, 6.4.1814, H. 111, S. 266.

30. auf den 31. März 1814 die Kapitale in Besitz genommen hatten.<sup>389</sup> Zur Vorbereitung der geordneten Einnahme von Paris hatte Schwarzenberg bereits am 30. März 1814 in seiner Proklamation an die „Einwohner von Paris“ versichert, dass die Verbündeten planten, sich dauerhaft mit Frankreich auszusöhnen und Frankreichs Beziehungen zu den anderen Staaten Europas zu erneuern.<sup>390</sup> Am 31. März 1814 gab die Stadt Paris ihre Kapitulation bekannt.<sup>391</sup> Zeitgleich ließen Alexander I. und sein Minister Graf Karl Robert von Nesselrode eine Bekanntmachung an die Pariser Bevölkerung verbreiten, in der sie ihre Vorstellung der alliierten Frankreichpolitik konkretisierten. Sie gaben eigenmächtig im Namen der Koalition an,<sup>392</sup> dass die Verbündeten die Wünsche der französischen Nation bei der staatlichen Neuordnung berücksichtigen würden, und stellten günstige Friedensbedingungen für den Fall in Aussicht, dass sich das französische Volk für eine monarchische Staatsform entscheide. Der Zar und sein Gefolgsmann behaupteten, dass die alliierten Monarchen weder mit Napoleon noch mit einem seiner Familienmitglieder über den künftigen Frieden zu verhandeln gedächten. Den Franzosen garantierten die beiden Koalitionsvertreter vorab, dass Frankreichs Grenzen von 1792 anerkannt werden würden, dass das Königreich zum Wohl Europas erneuert würde und dass der französischen Nation die Erarbeitung einer Verfassung überlassen werde. Dem Pariser Senat übertrugen Alexander I. und Nesselrode die Aufgabe, eine provisorische Legislative zu bilden.<sup>393</sup> Die Meldungen, dass die Pariser den Einzug des Königs von Preußen, des Kaisers von Österreich und des Kaisers von Russland umjubelten,

---

<sup>389</sup> Vgl. Einnahme von Paris. In: RM, 6.4.1814, H. 38, S. 4; Sellin 2001, S. 120.

<sup>390</sup> Vgl. Armee-Nachrichten. In: TB I, 7.4.1814, H. 40, S. 1; Paris, den 1. April. Offizielle Nachrichten. In: Beilage DDB II, 13.4.1814, H. 58, S. 1; Die Alliierten sind in Paris! In: ND, 1814, H. 7, S. 74f.

<sup>391</sup> Vgl. Die Alliierten sind in Paris! Kapitulation der Stadt Paris. In: ND, 1814, H. 7, S. 75ff. Am gleichen Tag riefen der Pariser Polizeipräfekt und der Präfekt des Seine-Departements in einem Aufruf die „Einwohner von Paris“ auf, die Waffen niederzulegen, weil die verbündeten Truppen übermächtig seien und weil sie jede weitere Gefährdung von Personen und Eigentum zu vermeiden suchten. Vgl. Proclamation des General-Conseils des Departements der Seine und des Municipators von Paris. In: TB I, 12.4.1814, H. 43, S. 186f; Die Alliierten sind in Paris! In: ND, 1814, H. 7, S. 77ff; Paris, den 1. April. Offizielle Nachrichten. In: Beilage DDB II, 13.4.1814, H. 58, S. 1; Ausländische Angelegenheiten. Frankreich. In: DDB II, 15.4.1814, H. 59, S. 2f; Napoleon Bonaparte's Entthronung. In: ND, 1814, H. 7, S. 96ff.

<sup>392</sup> Vgl. Griewank 1954<sup>2</sup>, S. 76f; Kraehe 1983, S. 8.

<sup>393</sup> Vgl. Armee-Nachrichten. In: TB I, 7.4.1814, H. 40, S. 1; Inländische Angelegenheiten. Bremen, den 9. April. In: Beilage DDB II, 10.4.1814, H. 56, S. 1f; Die Alliierten sind in Paris! In: ND, 1814, H. 7, S. 72ff; Weitere Auszüge aus verschiedenen Pariser Blättern. In: TB I, 20.4.1814, H. 50, S. 216; Griewank 1954<sup>2</sup>, S. 76; Kirsch, Martin: Monarch und Parlament im 19. Jahrhundert. Der monarchische Konstitutionalismus als europäischer Verfassungstyp; Frankreich im Vergleich. Göttingen 1999, S. 299f.

illustrierten die Akzeptanz der alliierten Besatzung und Frankreichpolitik in der Hauptstadt.<sup>394</sup>

Die Erneuerung des französischen Staates wurde durch die Edition von Direktiven des Pariser Senats und der provisorischen Regierung besiegelt. Der Senat war der alliierten Aufforderung zur Bildung einer provisorischen Regierung bereits am 1. April 1814 nachgekommen und hatte ihre fünf Mitglieder benannt.<sup>395</sup> Am folgenden Tag, dem 2. April 1814, machte der Senat drei Beschlüsse publik, die die Auflösung der Herrschaft Napoleons administrativ einleiteten. Die Pariser Obrigkeit verkündete zunächst die Entthronung Napoleon Bonapartes und aller seiner Nachkommen. Die Staatsmänner entbanden dann das französische Volk und die Armee von allen Treueverpflichtungen gegenüber Napoleon. Die Senatsmitglieder verfügten schließlich, die Entthronungserklärung überall in Frankreich bekannt zu machen.<sup>396</sup> Die Legitimität dieser Anordnungen bestätigte die provisorische Regierung in den Folgetagen.<sup>397</sup> Darüber hinaus gab die neu gebildete Legislative bekannt, sich für eine Erneuerung Frankreichs unter der angestammten Bourbonenmonarchie einzusetzen.<sup>398</sup> Entsprechend ihrem Ernennungsauftrag legte die provisorische Regierung dem Senat am 4. April 1814 einen Verfassungsvorschlag vor,<sup>399</sup> den er am 5. April 1814 bereits annahm.<sup>400</sup> Den

---

<sup>394</sup> Vgl. Inlaendische Angelegenheiten. Bremen, den 7. April. In: DDB II, 8.4.1814, H. 55, S. 1; Inlaendische Angelegenheiten. Bruessel, den 5. April. In: DDB II, 13.4.1814, H. 58, S. 1; Auslaendische Angelegenheiten. Frankreich. In: DDB II, 18.4.1814, H. 61, S. 2.

<sup>395</sup> Vgl. o.T. In: TB I, 9.4.1814, H. 4, S. 179; Napoleon Bonaparte's Entthronung. In: ND, 1814, H. 7, S. 90f; Sellin 2001, S. 147.

<sup>396</sup> Vgl. In seiner Sitzung vom 2ten April hat der Senat folgendes Decret erlassen: In: TB I, 9.4.1814, H. 41, S. 1f; Auslaendische Angelegenheiten. Frankreich. In: Beilage DDB II, 21.4.1814, H. 62, S. 1; Napoleon Bonaparte's Entthronung. In: ND, 1814, H. 7, S. 89ff; Europa zu Anfange des Jahres 1814. In: KRO, 1814, H. 6.3, S. 481f; Noch etwas zur Geschichte der Monate Maerz, April, Mai und Juni 1814. In: DB II, 13.8.1814, H. 170, S. 561ff; Sellin 2001, S. 250.

<sup>397</sup> Die provisorische Regierung ordnete an, alle Herrschaftsinsignien Napoleons im öffentlichen Raum zu beseitigen. Vgl. Die provisorische Regierung beschließt ferner. In: TB I, 9.4.1814, H. 41, S. 2; Schreiben aus Paris, vom 24. Juny. In: DDB II, 3.7.1814, H. 109, S. 3; Die Vertreter der Staatsmacht gestatteten ferner allen Angehörigen der napoleonischen Armee, sich an einen Ort eigener Wahl zu begeben. Vgl. Verhandlungen der provisorischen Regierung. In: TB I, 9.4.1814, H. 41, S. 2; Die vorläufige Legislative verfügte außerdem, dass Napoleons Regierungsblatt, der "Moniteur", die einzige offizielle Zeitung Frankreichs bleibe. Vgl. Auslaendische Angelegenheiten. Frankreich. Paris, den 8. April. In: Beilage DDB II, 21.4.1814, H. 62, S. 2; Uebersicht der neuesten Zeitereignisse. In: RM, 11.4.1814, H. 40, S. 1; Uebersicht der neuesten Zeitereignisse. In: RM, 19.4.1814, H. 44, S. 2; Blicke auf das Innere von Frankreich. In: KRO, 1814, H. 6.3, S. 502f.

<sup>398</sup> Vgl. Adresse der provisorischen Regierung an das Französische Volk. In: TB I, 9.4.1814, H. 41, S. 3; Adresse an die Französische Armee. Paris den 2. April 1814. In: TB I, 9.4.1814, H. 41, S. 2; Köln, den 11. April. In: Beilage DDB II, 17.4.1814, H. 60, S. 1; Paris, am 24. April. In: FZ, 27.4.1814, H. 71, S. 2f; Inlaendische Angelegenheiten. Hamburg, den 21. Mai. In: DDB II, 21.5.1814, H. 78, S. 1; Napoleon Bonaparte's Entthronung. In: ND, 1814, H. 7, S. 95f.

<sup>399</sup> Vgl. o.T. In: TB I, 9.4.1814, H. 4, S. 179; Napoleon Bonaparte's Entthronung. In: ND, 1814, H. 7, S. 90f; Sellin 2001, S. 155.



Konstitutionsentwurf präsentierten die Pariser Volksvertreter dann am 6. April 1814 der französischen Öffentlichkeit<sup>401</sup> und legten ihn auch dem Bourbonen Ludwig XVIII. zur Begutachtung vor.<sup>402</sup> Noch vor der Verabschiedung eines französischen Grundgesetzes wurde die verfassungsrechtlich ungeklärte Position des Bourbonen durch die Meldung gestärkt, dass Napoleon am 11. April 1814 von Fontainebleau aus seinen Verzicht auf den Thron Frankreichs und Italiens bekannt gegeben habe<sup>403</sup> und auf Weisung der Alliierten nach Elba ins Exil gegangen sei.<sup>404</sup>

Nach Napoleons Abreise akzeptierten die Koalierten Ludwig XVIII., der England verlassen hatte und am 20. April 1814 in Compienge gelandet war,<sup>405</sup> bereits faktisch als den legitimen Vertreter der neuen Pariser Regierung. Sie schlossen am 23. April 1814 mit einem Repräsentanten der Bourbonendynastie einen Waffenstillstandsvertrag in Paris.<sup>406</sup> Die Zeit der Waffenruhe nutzte Ludwig XVIII., um die kurrenten verfassungsrechtlichen Neuordnungsbemühungen des Pariser Senats zu unterlaufen. In seiner „Erklärung des Königs“ aus St. Quen am 2. Mai 1814 kündigte er an, den Verfassungsentwurf der provisorischen Regierung abzulehnen und dem Senat und dem Corps Législatif in Kürze eine eigene, modifizierte Konstitutionsvorlage zu präsentieren.<sup>407</sup> Ohne dass der Machtkampf zwischen dem Pariser Senat und dem Thronaspiranten um die französische Verfassung geklärt gewesen wäre,<sup>408</sup> unterschrieb Ludwig XVIII. am

<sup>400</sup> Vgl. Auszug aus dem Moniteur. Paris, den 6. April. In: TB I, 12.4.1814, H. 43, S. 188; o.T. In: DDB II, 31.5.1814, H. 88, S. 2; Die neue Constitution von Frankreich. In: ND, 1814, H. 8, S. 198.

<sup>401</sup> Vgl. Die neue Constitution von Frankreich. In: ND, 1813, H. 8, S. 198f; Sellin 2001, S. 148.

<sup>402</sup> Vgl. Auslaendische Angelegenheiten. Großbritannien. In: DDB II, 20.4.1814, H. 62, S. 4.

<sup>403</sup> Vgl. Napoleon Bonaparte's Entthronung. In: ND, 1814, H. 7, S. 95; Auslaendische Angelegenheiten. Großbritannien. In: DDB II, 18.4.1814, H. 61, S. 2; o.T. In: TB I, 18.4.1814, H. 45, S. 198; o.T. In: DDB II, 23.6.1814, H. 105, S. 1f. Nach der Abdankung Napoleons mehrten sich die Meldungen, die über die persönliche Zukunft des Ex-Kaisers spekulierten. Vgl. Uebersicht der neuesten Zeitereignisse. In: RM, 1.5.1814, H. 50, S. 2; o.T. In: DDB II, 15.4.1814, H. 60, S. 2; o.T. In: DDB II, 20.4.1814, H. 62, S. 4; Auslaendische Angelegenheiten. Großbritannien. In: DDB II, 21.5.1814, H. 78, S. 2; Auslaendische Angelegenheiten. Großbritannien. In: DDB II, 3.6.1814, H. 91, S. 4.

<sup>404</sup> Vgl. Paris, vom 5. April. In: Beilage DDB II, 7.4.1814, H. 60, S. 1; o.T. In: TB I, 18.4.1814, H. 45, S. 198; Uebersicht der neuesten Zeitereignisse. In: RM, 1.5.1814, H. 50, S. 2; Auslaendische Angelegenheiten. Frankreich. In: DDB II, 23.5.1814, H. 80, S. 2; Auslaendische Angelegenheiten. Frankreich. In: DDB II, 24.5.1814, H. 81, S. 1; Die Insel Elba. In: DDB II, 4.6.1814, H. 92, S. 2; Akaltin 1997, S. 49.

<sup>405</sup> Vgl. Sellin 2001, S. 214.

<sup>406</sup> Vgl. Köln, den 11. April. In: Beilage DDB II, 17.4.1814, H. 60, S. 1; Convention zwischen den hohen verbündeten Mächten und Sr. königl. Hoh., dem Monsieur, Generallieutenant des Königreichs. In: FZ, 27.4.1814, H. 71, S. 1f; Uebersicht der neuesten Zeitereignisse. In: RM, 1.5.1814, H. 50, S. 1; Auslaendische Angelegenheiten. Großbritannien. In: DDB II, 3.6.1814, H. 91, S. 4; o.T. In: DDB II, 8.6.1814, H. 96, S. 2; Griewank 1954<sup>2</sup>, S. 77f.

<sup>407</sup> Vgl. Uebersicht der neuesten Zeitereignisse. In: RM, 9.5.1814, H. 54, S. 3; Frankreich. Erklärung des Königs. In: TB I, 12.5.1814, H. 55, S. 236ff; o.T. In: DDB II, 25.5.1814, H. 82, S. 2; Die neue Constitution von Frankreich. In: ND, 1814, H. 8, S. 202f; Sellin 2001, S. 225ff.

<sup>408</sup> Vgl. Sellin 2001, S. 215.

30. Mai 1814 in Paris die Friedensverträge zwischen Frankreich einerseits und Russland, Preußen, England und Österreich andererseits.<sup>409</sup> In der Präambel zu den Friedensverträgen begründeten die jeweiligen alliierten Vertragspartner Ludwig XVIII. ihren Entschluss, mit der neuen französischen Regierung einen moderaten Frieden zu schließen, mit der Gleichgewichtsmaxime. Allein Frankreichs Erneuerung unter den Bourbonen werde die politische Zuverlässigkeit Frankreichs im europäischen Staatensystem garantieren.<sup>410</sup> Die Veröffentlichung der „Charte Constitutionelle“ am 4. Juni 1814, deren Ausarbeitung Ludwig XVIII. unter strengster Geheimhaltung hatte vorantreiben lassen, bekräftigte die Legitimität der restituierten monarchischen Bourbonenherrschaft in Frankreich unabhängig vom Pariser Senat.<sup>411</sup>

Im Unterschied zur französischen Verfassungsfrage entwickelte sich der Pariser Friedensvertrag<sup>412</sup> schnell zu einem beliebten Gegenstand der publizistischen Betrachtung.<sup>413</sup> Auf der einen Seite kritisierten Berichterstatter das Maß der alliierten Zugeständnisse gegenüber Frankreich.<sup>414</sup> Die Verbündeten hatten beispielsweise auf alle Geldansprüche gegenüber Frankreich sowie auf die Rückgabe der von Napoleon

---

<sup>409</sup> Vgl. Auszug aus dem Moniteur vom 1sten Juny 1814. In: TB I, 6.6.1814, H. 66, S. 282; Frankreich. In: TB I, 8.6.1814, H. 67, S. 285; Inlaendische Angelegenheiten. Hamburg, den 8. Juni. In: DDB II, 9.6.1814, H. 97, S. 1; Der Friede. In: KRO, 1814, H. 6.3, S. 527; Der Friede vom 30. Mai. 1814. In: NEM, 1814, H. 5, S. 133ff.

<sup>410</sup> Vgl. Der allgemeine Frieden von Europa. In: ND, 1814, H. 8, S. 229ff; Der allgemeine Frieden von Europa. In: ND, 1814, H. 8, S. 229ff; Friedensvertrag mit Frankreich. In: Beilage NEM, 1814, H. 5, S. 139ff; Friedenstraktat. In: 10.6.1814, H. 69, S. 2ff; Friedenstraktat. In: RM, 11.6.1814, H. 70, S. 3f; Friedenstraktat. In: RM, 13.6.1814, H. 71, S. 2ff; Friedenstraktat. In: RM, 13.6.1814, H. 72, S. 3f; Friedenstraktat. In: RM, 17.6.1814, H. 73, S. 3f; Griewank 1954<sup>2</sup>, S. 92ff.

<sup>411</sup> Vgl. Die neue Constitution. In: RM, 15.6.1814, H. 72, S. 1ff; Frankreich. Königliche Sitzung. In: TB I, 16.6.1814, H. 70, S. 292ff; Frankreich. Königliche Sitzung. In: TB. I, 18.6.1814, H. 71, S. 303ff; Weis 1978, S. 338.

<sup>412</sup> Bereits vor der Ratifizierung des Traktates war während der Zeit der Waffenruhe immer wieder über Einzelbestimmungen des künftigen Friedensvertrages spekuliert worden. Vgl. Auslaendische Angelegenheiten. Großbritannien. In: Beilage DDB II, 26.4.1814, H. 65, S. 2; Uebergebene Festungen. Magdeburg. In: DDB II, 1.5.1814, H. 68, S. 2; Auslaendische Angelegenheiten. Großbritannien. In: DDB II, 14.5.1814, H. 75, S. 3; Auslaendische Angelegenheiten. Großbritannien. Schreiben aus London, vom 13. Mai. In: DDB II, 26.5.1814, H. 83, S. 3; o.T. In: DDB II, 27.5.1814, H. 84, S. 4; Keine Repraesentanten der Fuersten durch Bevollmaechtigte beym kuenftigen Frieden! In: GERM, 1814, H. 1.3, S. 94.

<sup>413</sup> Einen Gegenstand zur Spekulation bot während der Zeit des Pariser Waffenstillstandes die Frage nach der künftigen Rolle Frankreichs in Europa. Vgl. Etwas über Englands und Amerika's Streitigkeiten. In: DB II, 23.2.1814, H. 88, S. 550f; Auslaendische Angelegenheiten. Frankreich. In: DDB II, 1.5.1814, H. 68, S. 1; Der Staus quo. In: RM, 25.4.1814, H. 47, S. 1; Auslaendische Angelegenheiten. In: Beilage DDB II, 28.4.1814, H. 66, S. 2; Inlaendische Angelegenheiten. Hamburg, den 28. Mai. In: DDB II, 29.5.1814, H. 86, S. 1f; Inlaendische Angelegenheiten. Frankfurt, den 24. Mai. In: DDB II, 30.5.1814, H. 87, S. 1; Auslaendische Angelegenheiten. Großbritannien. In: DDB II, 1.6.1814, H. 89, S. 2; Was muessen wir wollen? In: NEM, 1814, H. 5, S. 59f; Auslaendische Angelegenheiten. Frankreich. In: DDB II, 3.6.1814, H. 91, S. 1.

geraubten Kunstschatze verzichtet.<sup>415</sup> Frankreich hatte außerdem seine Kolonien und Handelsniederlassungen in Übersee zurückerhalten.<sup>416</sup> Darüber hinaus hegten viele deutsche Autoren Zweifel am Friedenswillen und an der Vertragszuverlässigkeit der Franzosen.<sup>417</sup> Auf der anderen Seite schätzten die Journalisten das Pariser Friedenswerk aber gerade wegen der Konzessionen der Alliierten gegenüber Frankreich. Im Unterschied zu vorhergehenden Friedensschlüssen biete das Traktat keinen Anreiz für einen neuen Krieg<sup>418</sup> und sichere die Ruhe auf dem Kontinent durch die versöhnliche Rückkehr der Franzosen unter die europäischen Völker.<sup>419</sup> Von den vereinbarten Friedensgesprächen<sup>420</sup> in Wien erwarteten die Autoren vor allem eine Entscheidung über die künftige Neuordnung der deutschen Staatenwelt.<sup>421</sup>

### 3.5.12. Die Verkündung der Befreiung der Hansestädte Bremen, Hamburg und Lübeck

Die Befreiung der Hansestädte von der französischen Besatzung, wie sie die Verbündeten bereits im Frühjahr 1813 geplant und angekündigt hatten, fand erst im Frühjahr 1814 ihren Abschluss. Nachdem es dem Bremer Senat bereits im November 1813 gelungen war, seiner alten Verfassung Geltung zu verschaffen,<sup>422</sup> konnten die französi-

<sup>414</sup> Vgl. Auslaendische Angelegenheiten. Großbritannien. In: DDB II, 3.6.1814, H. 91, S. 3; Auslaendische Angelegenheiten. Großbritannien. In: DDB II, 4.6.1814, H. 92, S. 1; England. In: TB I, 20.6.1814, H. 72, S. 308; England. In: DDB II, 25.6.1814, H. 106, S. 1.

<sup>415</sup> Vgl. Griewank 1954<sup>2</sup>, S. 83.

<sup>416</sup> Vgl. Weis 1978, S. 338.

<sup>417</sup> Vgl. Kriegsschauplatz. Bern, vom 19. May. In: TB I, 26.5.1814, H. 61, S. 262; S.: Die Französischen Normaenner in der Mitte des 11ten Jahrhunderts in England, ein Vorbild der Franzosen im Anfange des 19ten Jahrhunderts. In: GERM, 1814, H. 1.3, S. 43; Der Friede vom 30. Mai. 1814. In: NEM, 1814, H. 5, S. 135f.

<sup>418</sup> Vgl. Frankreich. In: TB I, 6.6.1814, H. 66, S. 282.

<sup>419</sup> Vgl. Wien, vom 16. Juny. In: DDB II, 5.7.1814, H. 110, S. 1; W.: Einige Worte ueber den am 1. Junius d. J. zwischen den verbuendeten Maechten und Frankreich erfolgten Friedensschluß. In: GERM, 1814, H. 2.2, S. 29f.

<sup>420</sup> Vgl. Inlaendische Angelegenheiten. Frankfurt, den 21. April. In: Beilage DDB II, 28.4.1814, H. 66, S. 1; Auslaendische Angelegenheiten. Frankreich. In: DDB II, 1.5.1814, H. 68, S. 1; Auslaendische Angelegenheiten. Großbritannien. In: DDB II, 10.5.1814, H. 73, S. 3; Auslaendische Angelegenheiten. Großbritannien. Schreiben aus London, vom 13. Mai. In: DDB II, 26.5.1814, H. 83, S. 3; England. London, vom 12. May. In: TB I, 26.5.1814, H. 61, S. 262; Auslaendische Angelegenheiten. Großbritannien. In: DDB II, 3.6.1814, H. 91, S. 4; Auslaendische Angelegenheiten. Großbritannien. In: DDB II, 4.6.1814, H. 92, S. 1; England. In: DDB II, 22.6.1814, H. 104, S. 1; Wolff 1924, S. 34; Voigt, Janine: Die Abschaffung des transatlantischen europäischen Sklavenhandels im Völkerrecht. Zürich 2000, S. 29ff.

<sup>421</sup> Vgl. Miscellen. In: TEU, 1813, H. 1, S. 97; Europa zu Anfange des Jahres 1814. In: KRO, 1814, H. 5.1, S. 113f; Teuschland. In: TB I, 13.6.1814, H. 69, S. 292; Frankreich. In: TB I, 23.5.1814, H. 60, S. 258; Abschiedswort an unsere Teutschen Leser. In: TB II, 30.6.1814, H. 76, S. 282; Schreiben aus Wien, vom 22. Juny. In: DDB II, 7.7.1814, H. 111, S. 3; Anzeige. In: DB II, 23.8.1814, H. 174, S. 640; Griewank 1954<sup>2</sup>, S. 95.

<sup>422</sup> Vgl. Inlaendische Angelegenheiten. Preussen. In: Der DDB I, 27.4.1813, H. 10, S. 1; Bremen, den 6ten November. In: ZF, 7.11.1813, H. 11, S. 1; Anrede des Senats der freien Hansestadt Bremen an

schen Truppen erst nach dem Fall Napoleons im Mai 1814 aus Lübeck<sup>423</sup> und Hamburg<sup>424</sup> vertrieben werden. Bremen, Lübeck und Hamburg sollten nach dem Plan Englands und der nordischen Mächte in die Unabhängigkeit entlassen werden, damit sie ihre Hanseverbindungen erneuern könnten.<sup>425</sup>

### 3.5.13. Die Anzeige der Neuschöpfung des Kirchenstaates

Die Wiederherstellung des ehemaligen Kirchenstaates erhielt vor allem dadurch Beachtung, dass die Figur Pius' VII.<sup>426</sup> nach der Einnahme von Paris durch die Alliierten Mitte März 1814 die Aufmerksamkeit auf sich zog.<sup>427</sup> Erst nach dem Sturz Napoleons erreichten das deutsche Publikum verspätet Nachrichten, dass das Oberhaupt der katholischen Kirche, das jahrelang Napoleons Gefangener in Fontainebleau gewesen war, seine persönliche Freiheit zurückerhalten habe.<sup>428</sup> Pius VII. stehe nun unter alliierterem Schutz. Anfang April 1814 machten dann Meldungen die Runde, dass der Pontifex sich auf einer Reise durch Italien befinde,<sup>429</sup> um seine alte Residenz in Rom wieder

die Bürgerschaft dieser Stadt bey der ersten Versammlung derselben nach hergestellter Freiheit, am 6. Nov. 1813. In: DB II, 29.11.1813, H. 40, S. 398ff; Bulletin Sr. K. H. des Kronpr. v. Schweden. Hauptquartier Boitzenburg, d. 30. Nov. In: FZ, 9.12.1813, H. 32, S. 1f.

<sup>423</sup> Vgl. Das zwey und zwanzigste Bulletin des Kronprinzen von Schweden, der eben kurz vor dem Aufbruche des großen Hauptquartiers von Frankreich daselbst eintraf, theilen wir hier nachträglich mit. Hauptquartier Lübeck, vom 6. December. In: FZ, 31.12.1813, H. 39, S. 3.

<sup>424</sup> Vgl. Worte an die Einwohner Hamburgs. In: ZF, 27.11.1813, H. 11, S. 2f; Alte Fürsten, welche wieder als Regenten auftreten. In: ND, 1814, H. 5, S. 570.

<sup>425</sup> Vgl. Auslaendische Angelegenheiten. Frankreich. In: DDB II, 9.6.1814, H. 97, S. 1; Inlaendische Angelegenheiten. Bremen, den 8. Juni. In: DDB II, 10.6.1814, H. 98, S. 1; Gruner 1986, S. 89; Hundt 1996, S. 60.

<sup>426</sup> Kein Journalist hatte das Konkordat vom 25. Januar 1813 anerkannt, das Napoleon dem gefangen gehaltenen Papst in Fontainebleau abgerungen hatte. Vgl. Concordat, abgeschlossen zwischen dem Kaiser der Franzosen sc. Napoleon und dem Papste Pius dem Siebten zu Fontainebleau am 25. Januar 1813. In: MG, 1813, H. 2, S. 32ff; Concordat zwischen dem Papste Pius VII. und dem Franzoesischen Kaiser, geschlossen zu Fontainebleau in persoenlicher Gegenwart. In: ADA, 1814, H. 1, S. 113ff; Beschluß des Aufsatzes über die Verhältnisse zwischen Napoleon und dem Papste. In: RDVB, 3.4.1813, H. 2, S. 7f; o.T. In: RDVB, 8.4.1813, H. 4, S. 1f; Uebersicht über die neuesten Vorfälle. In: RDVB, 1.5.1815, H. 14, S. 8; Behandlung des heiligen Vaters bei seiner Hinwegführung von Savona nach Fontainebleau, und Schilderung seines dortigen Aufenthaltes. In: FZ, 15.10.1813, H. 3, S. 3ff; Behandlung des heiligen Vaters bei seiner Hinwegführung von Savona nach Fontainebleau, und Schilderung seines dortigen Aufenthaltes. In: FZ, 25.10.1813, H. 4, S. 3; Behandlung des heiligen Vaters bei seiner Hinwegführung von Savona nach Fontainebleau, und Schilderung seines dortigen Aufenthaltes. In: DB II, 28.10.1813, H. 18, S. 141ff; Behandlung des heiligen Vaters bei seiner Hinwegführung von Savona nach Fontainebleau, und Schilderung seines dortigen Aufenthaltes. In: DB II, 29.10.1813, H. 19, S. 150ff.

<sup>427</sup> Vgl. Die eingedrungenen Bischoefe. In: RM, 1.3.1814, H. 20, S. 1f; Andreas 1955, S. 559f; Hocks, Else: Napoleon und Pius VII. Freiburg 1949, S. 95ff.

<sup>428</sup> Vgl. Schroeder 1994, S. 484.

<sup>429</sup> Vgl. o.T. In: TB II, 16.4.1814, H. 44, S. 156; Auslaendische Angelegenheiten. Italien. In: DDB II, 1.5.1814, H. 68, S. 2.

einzunehmen.<sup>430</sup> Dieses Vorhaben des Papstes bestätigte der König von Neapel, der nach seinem Anschluss an die Kriegskoalition kurzfristig die Herrschaft über die römischen Staaten ausübte. Murat wandte sich am 25. April 1814 in einer Erklärung „An die Römer“, um ihnen die bevorstehende Befreiung Roms und die Rückkehr des Kirchenoberhauptes anzukündigen. Die Erneuerung des römischen Papsttums erfolge auf Weisung Gottes. Sie entspreche überdies den Beschlüssen der antinapoleonischen Allianz.<sup>431</sup> Die Autorität Pius' VII. und damit auch die Restitution des Kirchenstaates blieben in der Militärpublizistik unangefochten.<sup>432</sup>

#### 3.5.14. Die Notizen über die anhaltende Distanz Portugals zum Kriegsgeschehen

Das Königreich Portugal fand nur im Ausnahmefall Berücksichtigung in der tagesaktuellen Berichterstattung, weil sich die portugiesische Monarchenfamilie Braganza seit Jahren im brasilianischen Exil befand.<sup>433</sup> Nach dem Einzug der Alliierten in Paris Ende März 1814 wurde ergebnislos darüber debattiert, ob der portugiesische Prinzregent aus Rio de Janeiro nach Lissabon zurückkehren solle, um seine Herrschaft über das Königreich Portugal zu erneuern.<sup>434</sup>

#### 3.5.15. Die Bemerkungen bezüglich der Zurückhaltung der Türkei vom europäischen Kriegsschauplatz

Über die Bündnisbereitschaft der Türkei stritten sich während der Kriegsmonate 1813/14 die Kriegsberichtersteller immer wieder, da der osmanische Sultan weder Na-

---

<sup>430</sup> Vgl. Auslaendische Angelegenheiten. Italien. In: DDB II, 7.3.1814, H. 37, S. 3; Auslaendische Angelegenheiten. Italien. In: DDB II, 9.3.1814, H. 38, S. 2; Inlaendische Angelegenheiten. In: Beilage DDB II, 13.5.1814, H. 74, S. 1; Uebersicht der neuesten Zeitereignisse. In: RM, 11.5.1814, H. 55, S. 1; o.T. In: DDB II, 24.5.1814, H. 81, S. 2; Auslaendische Angelegenheiten. Italien. In: DDB II, 8.6.1814, H. 96, S. 2.

<sup>431</sup> Vgl. Uebersicht der neuesten Zeitereignisse. In: RM, 17.5.1814, H. 58, S. 4; Auslaendische Angelegenheiten. Frankreich. In: DDB II, 18.5.1814, H. 77, S. 1f; Auslaendische Angelegenheiten. Italien. In: DDB II, 1.6.1814, H. 89, S. 2; Rom, vom 27. Juny. In: DDB II, 27.6.1814, H. 116, S. 2.

<sup>432</sup> Vor seinem Einzug in Rom bekräftigte Pius VII. in einer „Urkunde, welche der heilige Vater in Cesena an seine Unterthanen erlassen hat“ seinen Anspruch auf Rom und den Kirchenstaat. Vgl. Urkunde, welche der heilige Vater in Cesena an seine Unterthanen erlassen hat. In: RM, 27.5.1814, H. 63, S. 3f; Inlaendische Angelegenheiten. Trient, den 13. Mai. In: DDB II, 28.5.1814, H. 85, S. 2; Inlaendische Angelegenheiten. Trient, den 14. Mai. In: DDB II, 29.5.1814, H. 86, S. 2; Auslaendische Angelegenheiten. Italien. In: DDB II, 1.6.1814, H. 89, S. 2.

<sup>433</sup> Vgl. Ein Blick auf Europa. In: RDVB, 8.4.1813, H. 4, S. 3.

<sup>434</sup> Vgl. Auslaendische Angelegenheiten. Portugal. In: DDB II, 9.5.1814, H. 69, S. 1; Auslaendische Angelegenheiten. Großbritannien. In: DDB II, 5.6.1814, H. 93, S. 1; London, den 21. Juny. In: DDB II, 30.6.1814, H. 108, S. 2.

poleons Werbungen nachgab noch die antinapoleonische Koalition unterstützte.<sup>435</sup> Erst nachdem die Alliierten 1814 in Paris eingerückt waren, kamen warnende Hinweise auf, dass die Türkei militärisch aufrüste.<sup>436</sup> Gleichzeitig wurde aber auch der Vorschlag des Konstantinopler Hofes übermittelt, ein türkischer Gesandter solle an den Wiener Friedensverhandlungen teilnehmen, um die Interessen des Osmanischen Reiches zu vertreten.<sup>437</sup>

---

<sup>435</sup> Vgl. Auslaendische Angelegenheiten. Turkey. In: DDB I, 17.5.1813, H. 19, S. 3f; Uebersicht der neuesten Vorfälle. In: RDVB, 19.6.1813, H. 35, S. 6; Die Politik der Ottomanischen Pforte. In: KRO, 1813, H. 1.3, S. 330ff; Ansichten der neuesten Zeitereignisse. In: NPZ, 1814, H. 5.5, S. 77; Inlaendische Angelegenheiten. Wien, den 16. Februar. In: DDB II, 4.3.1814, H. 35, S. 1; Uebersicht der neuesten Zeitgeschichte. In: RM, 17.3.1814, H. 28, S. 3; Inlaendische Angelegenheiten. Aus Ungarn. In: DDB II, 21.3.1814, H. 45, S. 3; Die Monate Januar und Februar. In: DB II, 2.4.1814, H. 109, S. 234; Auslaendische Angelegenheiten. Ungarn. In: DDB II, 8.4.1814, H. 55, S. 4.

<sup>436</sup> Vgl. Uebersicht der neuesten Zeitgeschichte. In: RM, 17.3.1814, H. 28, S. 1f; Inlaendische Angelegenheiten. Aus Ungarn. In: DDB II, 21.3.1814, H. 45, S. 3; Auslaendische Angelegenheiten. Ungarn. In: DDB II, 8.4.1814, H. 55, S. 4; Auslaendische Angelegenheiten. Rußland. In: Beilage DDB II, 24.4.1814, H. 64, S. 2.

<sup>437</sup> Vgl. Inlaendische Angelegenheiten. Wien, den 28. Febr. In: DDB II, 14.3.1814, H. 41, S. 2; Ⓣ: Napoleons Resignation. In: DB II, 4.6.1814, H. 140, S. 88ff.